UTE SCHEUB

# DEMO KRATIE

## Die Unvollendete

Plädoyer für mehr Teilhabe

Klimaneutral
Verlag
ClimatePartner.com/53585-1805-1001

*Selbstverpflichtung zum nachhaltigen Publizieren*

Nicht nur publizistisch, sondern auch als Unternehmen setzt sich der oekom verlag konsequent für Nachhaltigkeit ein. Bei Ausstattung und Produktion der Publikationen orientieren wir uns an höchsten ökologischen Kriterien.
Der Inhalt dieses Buches wurde auf FSC®-zertifizierten Papier und der Umschlag auf 100 Prozent Recyclingpapier, das mit dem FSC®-Siegel ausgezeichnet ist, gedruckt. Alle durch diese Publikation verursachten $CO_2$-Emissionen werden durch Investitionen in ein Gold-Standard-Projekt kompensiert. Die Mehrkosten hierfür trägt der Verlag. Mehr Informationen finden Sie unter:
http://www.oekom.de/allgemeine-verlagsinformationen/nachhaltiger-verlag.html

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

© 2017 oekom verlag München
Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH
Waltherstraße 29, 80337 München

Korrektorat: Maike Specht
Umschlaggestaltung: www.buero-jorge-schmidt.de
Satz: Ines Swoboda, oekom verlag

Druck: CPI books GmbH, Leck

Alle Rechte vorbehalten

FSC®
www.fsc.org
MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C083411

CC BY NC ND

Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 4.0 Lizenz (BY-NC-ND). Diese Lizenz erlaubt die private Nutzung, gestattet aber keine Bearbeitung und keine kommerzielle Nutzung. Weitere Informationen finden Sie unter:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de

Bei allen Fragen zu Genehmigungen für Adaptionen, Übersetzungen, Derivate oder Wiederverwendung zu kommerziellen Zwecken besuchen Sie bitte:
www.oekom.de/lizenzen

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial.
Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Ute Scheub

# DEMOKRATIE

## Die Unvollendete

Ein Buch von Mehr Demokratie e. V.

Auftakt
Die bedrohte Demokratie 7

Kapitel 1
Leitmelodie: Demokratie ist
ein Klangkörper 9

Kapitel 2
Das Konzert der Misstöne oder
die Krise der Demokratie 23

Kapitel 3
Loblied auf die Spezies
Homo sapiens – unser Menschenbild 37

Kapitel 4
Mehr Resonanz durch Beteiligung:
ein historischer Rückblick 43

Kapitel 5
Aufspielmöglichkeiten
für die Konzerte der Selbstregierung 49

Schlussakkord
Die Unvollendete 101

Was will Mehr Demokratie e. V.? 105
Über die Autorin 107
Anmerkungen 108

Auftakt

# Die bedrohte Demokratie

Lesen Sie diesen Text, weil Ihnen Demokratie am Herzen liegt? Weil auch Sie glauben, dass sie in Gefahr ist? Dann sind Sie hier richtig. Zwar hat die Anzahl demokratischer Staaten Ende des 20. Jahrhunderts scheinbar unaufhaltbar zugenommen, doch nun geht sie zurück. Stattdessen wachsen vielerorts rechtspopulistische Bewegungen, und die Zahl der Fassadendemokratien, autoritären Entwicklungsstaaten und Diktaturen nimmt zu.

Die Gründe für die Gefährdung der Demokratie sind vielfältig. Im Laufe dieses Essays analysieren wir sie genauer, um sodann verschiedene Rettungsvorschläge vorzustellen. Der aus dem Griechischen übernommene Begriff bedeutet wörtlich »Volks-Regieren«, doch davon sind wir heute weit entfernt – auch in Ländern mit Wahldemokratien wie Deutschland.

In unserer Schulzeit haben wir über Demokratie gelernt, dass »die Macht vom Volk ausgeht«. Aber wohin? Heute scheint der Bevölkerung die Macht *aus*zugehen: Viele fühlen sich machtlos. Sie trauen Politikern und Parteien nicht mehr. Sie schmollen und grollen. Wir erleben eine tief greifende Resonanzstörung zwischen Regierten und Regierenden. Sie grassiert weltweit, in den USA, Europa und Deutschland, und droht demokratische Errungenschaften zu zerstören.

Demokratie ist auch aus anderen Gründen bedroht: Sie setzt Gleichheit voraus und strebt Gleichheit an, aber noch nie gab es so schreiende Ungleichheit und Ungerechtigkeit auf der Erde wie heute. Laut einer Oxfam-Studie besitzen acht superreiche Männer so viel wie die ärmere Hälfte der Menschheit zusammengenommen.[1] Knapp 150 transnationale Konzerne kontrollieren fast die Hälfte der Weltwirtschaft.[2] Das ist Plutokratie, die nackte Herrschaft von Geld. Auch in Ländern mit korrekt verlaufenden Wahlen regieren Platinplutokraten bis in unseren

Alltag hinein, Bank- und Konzernlobbyisten beeinflussen Gesetze und plündern Gemeinwesen. Transnationale Finanzhäuser und Unternehmen scheinen das Sagen zu haben, nicht mehr die Regierungen. Wie wir in der Finanzkrise von 2008 erlebt haben, werden im Zweifelsfall Banken gerettet, aber nicht die Lebensgrundlagen von Menschen. Und die Geheimverhandlungen um die Freihandelsabkommen TTIP und CETA zeigen, dass die Verhandler auf demokratische Rechte der Bevölkerung pfeifen.

Wie wäre die bedrohte Demokratie zu retten? Wir glauben: nur in Vorwärtsverteidigung, nämlich durch Erweiterung, Verbreiterung, Vertiefung. Durch die Inklusion aller Gesellschaftsmitglieder. Durch das Hörbarmachen und die Hörbarkeit aller Stimmen. Durch direkte Demokratie wie bei Volksabstimmungen, durch Partizipation und Gestaltungsmacht für Bürgerschaften, vom kleinsten Dorf aufwärts bis in die EU.

Wenn Sie dabei mitmachen wollen, wenn auch Sie Ihre Stimme in diesem Sinne erheben wollen, dann freuen wir uns sehr. Dann hat dieses Büchlein seinen Zweck erfüllt.

Kapitel 1

# Leitmelodie: Demokratie ist ein Klangkörper



Bevor wir uns der politischen Dimension der Demokratie und ihrer heutigen Krise widmen, geht es hier zunächst um die Grundlagen, die sie überhaupt möglich machen: um die zentrale Rolle von Stimmen und Stimm-Bildung. Ohne unsere scheinbar so selbstverständliche Möglichkeit der sprachlichen Verständigung hätte sich keine menschliche Kultur und Gesellschaft bilden können. Der frühere Schweizer Nationalrat Andreas Gross formuliert es so: »Das Gespräch ist die Seele der Demokratie.«

Stellen Sie sich einen Moment lang vor, Sie würden ganz allein in einer schallisolierten Zelle sitzen. Nackter Boden, nackte Wände, nackte Decke. Kein Ton, kein Geräusch zu hören. Die Umgebung – lautlos. Wenn Sie reden oder schreien – nichts. Kein Widerhall. Alles von den Wänden verschluckt. Die Welt erscheint wie tot. Niemand und nichts mehr, was antwortet. Nicht mal, wenn Sie gegen die Wand trommeln und sich dabei die Hand blutig schlagen.

Jeder und jede von uns würde wohl in solch einer Situation durchdrehen. Wir Menschen brauchen Töne, Stimmen und Antworten wie die Luft zum Atmen. Wir brauchen Resonanz.

»Resonare« kommt aus dem Lateinischen und bedeutet wörtlich übersetzt »zurück-tönen«, »zurück-erschallen«. Das Wort »Resonanz« steht laut etymologischem Wörterbuch für »Nachklang«, »Widerhall«, »Klangverstärkung«, »Anklang«, »Verständnis«, »Interesse«, »Wirkung«. Wir Menschen haben ein existenzielles Bedürfnis nach Antworten, Mit-Schwingung und Mit-Wirkung. Wenn wir keine Resonanz mehr erfahren, ist die Welt tot für uns. Sind wir selbst wie tot. Der Soziologe Hartmut Rosa stellt in seinem Buch »Resonanz« die These

auf, diese sei der Schlüsselbegriff für eine gelingende Weltbeziehung und der Gegenbegriff zu Entfremdung. Eine nichtentfremdete lebendige Welt ist eine resonante Welt, die in uns und mit uns mitschwingt, die viele Antworten, Selbst- und Mitbestimmungsmöglichkeiten bietet. Antworten, die etwas in uns ertönen lassen, kommen von anderen Menschen, aber auch aus Naturerlebnissen, aus künstlerischen, handwerklichen oder spirituellen Erfahrungen oder anderen Quellen.

In einer schallisolierten Zelle würden wir wahrscheinlich irgendwann blind vor Wut um uns schlagen. Und danach in Hoffnungslosigkeit versinken. Das Fehlen von Resonanz raubt uns ein zutiefst menschliches Grundbedürfnis: Kommunikation. Verständigung. Verbindung. Nichtresonanz schlägt schnell um in eine existenzielle Urangst, weil wir uns mutterseelenallein fühlen. Ausgestoßen und verlassen von allen. Dies ist seit der Steinzeit das Schlimmste, was sich das Familien- und Gruppentier Homo sapiens vorstellen kann. Angst mobilisiert gleichzeitig unsere Überlebensreaktionen. Der Pulsschlag erhöht sich, alle Nerven und Muskeln sind angespannt, Stresshormone durchfluten Kopf und Körper: flüchten oder zuschlagen? In Situationen vermeintlicher oder tatsächlicher Bedrohung wird aus Angst schnell flammende Wut. Nichtresonanz, das Ausbleiben von Antworten, produziert Wutbürger.

Und was hat das mit Demokratie zu tun? Unsere *Stimme* spielt dabei eine entscheidende Rolle. Sie ist ein Instrument, nein, *das* zentrale soziale Instrument von Menschen, wörtlich und sprichwörtlich. Ohne Stimme gingen wir sang- und klanglos unter. Die Stimme findet sich nicht zufällig in vielen politischen Begriffen wieder. In allen öffentlichen Angelegenheiten – auf Lateinisch »res publica«, woraus »Republik« wurde – pflegen wir uns über Sprache und Stimme auf gemeinsame Ziele zu verständigen. Die Stimme erklingt in Selbst- und Mitbestimmung, im Stimmrecht und Stimmenmehrheit, in anstimmen, abstimmen, umstimmen, beistimmen, zustimmen, übereinstimmen, in der Stimmung und der Stimmigkeit, in Ein- oder Mehrstimmigkeit. Und – vielleicht ein neues Wort für Resonanz – in Gemeinstimmigkeit.

## Menschen sind Resonanzkörper

Streicht man die Saite einer Geige in einer bestimmten Tonhöhe, beginnt die Saite eines daneben stehenden Klaviers in derselben Tonhöhe mitzuschwingen. Musikinstrumente sind nicht zufällig wie Resonanzkörper gebaut. Menschen auch nicht.

Wir Menschen unterscheiden uns von der Tierwelt vor allem durch unser Sprachvermögen. Tiere verständigen sich zwar ebenfalls mit Tönen und Warnlauten. Sie nutzen dabei aber keine Grammatik, die kompliziertere Sachverhalte deutlich machen kann wie etwa: »Achtung, Säbelzahntiger kommt von links, besser, du weichst nach rechts aus!« Vor ungefähr 100.000 Jahren wanderte der Kehlkopf unserer Vorfahren langsam nach unten. Knochenfunde deuten darauf hin, dass sie sangen, bevor sie sprechen lernten, und dass schon die Neandertaler beides konnten. Die Wanderung des Kehlkopfs wiederholt sich auch in der individuellen Menschwerdung: Babys kommen mit hohen Stimmchen zur Welt, bevor sich im Laufe ihrer Entwicklung auch ihr Organ senkt.[3]

Die Stimmlippen im Kehlkopf, auch »Stimmbänder« genannt, werden von der Atemluft in Schwingung versetzt und produzieren damit die Grundfrequenz und Tonhöhe unserer Stimme. Sind sie dicker, wird der Ton tiefer, was Jungen im Stimmbruch zu spüren bekommen. Im Vokaltrakt und Rachenraum werden einige Frequenzen verschluckt, andere verstärkt. Das führt zur einzigartigen Klangfarbe unserer Stimme – so individuell wie unser Fingerabdruck und unser Charakter.[4] In Sekundenbruchteilen, ohne dass uns dies bewusst wird, können wir im Alltag Stimmen von anderen einordnen – nach Alter, Geschlecht, Herkunft, Körpergewicht, Selbstbewusstsein, guter oder schlechter Laune. Wut erkennen wir im Nu an der Klangfarbe, die durch stärkere Atmung und angespannte Muskeln entsteht. Trauer und Depression hören wir an einer gedämpften, erschlafften Sprechweise. Intimität äußert sich in warmen, tiefen, entspannten Tönen. Stimmen sind geformter Atem.

Unsere Stimmen transportieren nonverbale Emotionen. Ihre Schwingungen, ob hoch oder tief, laut oder leise, zornig oder liebend, übertragen sich sehr schnell. Sie regen dazu an, dass andere Menschen ähnlich

antworten, sie wirken ansteckend. Sind sie aggressiv, kann das im Streit oder gar in Gewalt enden. In den meisten Alltagssituationen aber – in der Familie, unter Kollegen, Nachbarinnen oder Freunden – versuchen wir, unsere Stimmen und Stimmungen zu harmonisieren. Also sprichwörtlich auf derselben Wellenlänge zu bleiben.

Dieses Phänomen, das weitgehend unbewusst verläuft, hat unser Zusammenleben seit der Steinzeit geformt. Nicht nur einzelne Menschen, sondern auch Menschengruppen bilden zusammen Resonanzkörper. Sprechende Stimmen schaffen einen gemeinsamen akustischen Raum. Überall, wo Menschen reden, bilden sie einen gemeinsamen Klangkörper.

Dieser Prozess ist wohl auch das lustvolle Geheimnis von gemeinsamem Singen: Beim Aufeinanderhören schwingen wir uns tatsächlich aufeinander ein. Kehlköpfe treten miteinander in Resonanz, sogar die unterschiedlichen Herzrhythmen vereinheitlichen sich. Chorsingen vertieft den Atem, stärkt nachweislich die Abwehrkräfte und setzt Glücks- und Bindungshormone frei.[5] Wir teilen uns dabei – wie bei jeder menschlichen Kommunikation – die Atemluft und tauschen Billionen von Sauerstoffatomen aus. Und wir gehen glücklich und gut gelaunt nach Hause, mit den Tönen der anderen im Ohr und den Luftatomen der anderen in der Lunge.

Resonanz hat also viel zu tun mit Stimme und Stimmung, Tönen, Schwingen, Antworten und Glücksgefühlen. Die Stimme ist selbst ein Lustorgan. Wird sie über längere Zeit nicht benutzt, werden ihre Besitzer depressiv oder aggressiv. Jeder und jede kennt Situationen, etwa Podiumsdiskussionen, in denen man keine Chance hat, zu Wort zu kommen. Völlig unabhängig vom Thema sinkt die Stimmung rapide, man wird aggressiv und wütend. Umgekehrt reagiert das Publikum dankbar, wenn es zum Mitreden eingeladen wird – in Dialogrunden oder anderen partizipativen Formen.

Menschen sind schon als Babys Resonanzwesen. Sie brauchen Sprache und Stimme als geistige Nahrung, um sich zu entwickeln. Kleinkin-

der lernen sprechen, indem sie Lippenbewegungen und Mimik von Erwachsenen imitieren. Sie wiederholen erste Wörter nochmals und nochmals. Dabei werden die Verbindungsfasern zwischen ihren Gehirnzellen angeregt. Je häufiger ein Wort fällt, desto dicker werden diese Synapsen, desto schneller können sie den Begriff später wiedererkennen. Die Evolution hat es so eingerichtet, dass dieser Lernprozess lustvoll verläuft und mit der Bildung von hirneigenen Glückshormonen belohnt wird. Deshalb lieben Kleinkinder sich wiederholende Reime und Lieder über alles und brauchen sie dringend für ihre »Stimmbildung«.



Menschen sprechen täglich etwa vier Stunden und äußern dabei rund 16.000 Wörter – Frauen etwas mehr, Männer etwas weniger. Wir reden liebend gerne, laut Sozialstudien am allerliebsten über uns selbst und unsere Befindlichkeit. Über ein Drittel unserer Äußerungen bezieht sich auf persönliche Erlebnisse und Beziehungen.[6] Allerdings gibt es heutzutage auch viele »Sprecharbeiter« und vor allem -arbeiterinnen, die in ihrem Beruf fast pausenlos reden müssen: Erzieherinnen, Lehrerinnen, Empfangsdamen. Je länger am Tag, desto angestrengter, desto weniger genüsslich. Umgekehrt ist es ein Leidenszustand, keine Stimme zu haben. Deshalb sind Gebärdensprachen für Taubstumme so wichtig und das Gebärdendolmetschen als Brücke der Verständigung zwischen Nichthörenden und Hörenden. Sprachgelähmte, etwa der Physiker Stephen Hawkin, können sich heutzutage über augenlenkbare Computer und künstliche Stimmen verständigen. Im übertragenen Sinne aber haben Milliarden von Menschen auf der Welt keine Stimme – weil sie arm und ohne Einfluss sind, haben sie nichts zu sagen. Ihre Stimmen werden nicht gehört.

## Musikalische Demokratie

Horchen Sie mal dem Wort »Demokratie« nach. Was bringt es in Ihrem Inneren zum Erklingen? Tönt da noch etwas? Der Begriff, als Fremdwort ohnehin nie sehr gefühlsbeladen, scheint sich abgenutzt zu haben. Aber was gäbe es als Ersatz? »Volksherrschaft«? Dieses Wort setzt ein homogenes »Volk« voraus, das einstimmig agiert. So ein Einheitswesen existiert nur in Mythen. Und macht Demokratie übrigens schon vom

Ansatz her überflüssig, weil es bei Einstimmigkeit nichts mehr abzustimmen gibt. »Das Volk, von dem die staatlich organisierte Gewalt ausgehen soll, bildet kein Subjekt mit Wille und Bewusstsein«, schreibt der Philosoph Jürgen Habermas. »Es tritt nur im Plural auf, als Volk ist es im Ganzen weder beschluss- noch handlungsfähig.«[7] In »Volksherrschaft« steckt aber auch der »Herr«, es ist ein patriarchalisch und hierarchisch besetzter Begriff. Dabei geht es in der Demokratie doch im Wesentlichen um Selbstbestimmung und Mitbestimmung – um Abstimmen, das Erklingenlassen aller Stimmen.

In ihrem Buch »Musical Democracy« schreibt die US-Forscherin Nancy Love, dass es in der politischen Begriffswelt oft um Harmonie und Dissonanz geht. Und man könnte für die deutsche Sprache ergänzen: darum, wer die Erste Geige spielt, wer auf die Pauke haut, wer herumtrompetet, wer laute und leise Töne oder die Klaviatur beherrscht, wer den Takt angibt und wer dirigieren darf. Diese häufig benutzten Sprachbilder zeigen, dass demokratische Abstimmungen ähnlich wie Musikaufführungen ablaufen. Nicht nur von Klassikkonzerten, sondern auch von Chören, Schlagern, Rock-, Blues-, Jazz- oder Folklorebands.

Hartmut Rosa, der Sozialphilosoph aus Jena, sieht Politik als »Resonanzsphäre, in der Demokratie die Welt der öffentlichen Institutionen und die Strukturen des kollektiv geteilten Lebens zum Sprechen bringt«. Die neuzeitliche Demokratie, schreibt er weiter, beruhe auf der Vorstellung, dass sie »jedem Einzelnen *eine Stimme gibt* und *sie hörbar macht*, so dass die politisch gestaltete Welt zum Ausdruck ihrer produktiven Vielstimmigkeit wird«. Resonanz, sagt Rosa, bedeutet nicht Einklang oder Harmonie, sondern Antwort, Bewegung, Berührung, tönendes Widersprechen.[8]

Die Vielstimmigkeit ist dabei absolut entscheidend: Mal tritt die eine, mal die andere Stimme hervor. Musikalisch gesprochen: Harmonie verwandelt sich in Dissonanz, Dissonanz in Harmonie. Erst durch diese musikalischen Spannungen entstehen Lust und Hörgenuss. Über die »kleinen Dramen der Unterordnung und Selbstbehauptung« werde das

gemeinsame Musizieren oder Singen zum Vergnügen, so der US-Philosoph Richard Sennett.[9] Enden spannungsreiche Melodien in harmonischem Wohlklang, dann purzeln in unseren Hirnen die Glückshormone. Warum das so ist, hat die Forschung noch nicht endgültig herausfinden können. Offenbar reagiert das menschliche Gehirn im Babymodus *und* im erwachsenen Zustand stets freudig, wenn Vertrautes wiederkehrt. Vertraute Klänge, Wörter, Bilder und Gerüche lassen in uns ein Heimatgefühl keimen. Es ist, als würden wir heimkehren.



Was aber, wenn es *eintönig* wird? Man stelle sich vor, alle Beteiligten würden denselben Ton anstimmen oder ständig in derselben Harmoniefolge herumdaddeln. Das Publikum würde sich gelangweilt abwenden. Oder den Musikern schon Flötentöne beibringen.

Rhythmus ist ebenfalls entscheidend. Alle Lebewesen steuern sich selbst über Biorhythmen: ihr Wachen und Schlafen, ihre Hungergefühle, ihre Hormonzyklen, ihr Liebesleben und vieles mehr. Jede Zelle, jedes Molekül, jedes Atom schwingt in charakteristischer Weise. Auch Sonnenenergie besteht aus Photonen und Wellen. Der ganze Kosmos beruht letztlich auf Schwingung. Was den Biochemiker Friedrich Cramer dazu brachte, dies alles 1996 in einer »Symphonie des Lebendigen – Versuch einer allgemeinen Resonanztheorie« zusammenzudenken.[10] Unsere enorme Empfänglichkeit für Trommeln, Schlaginstrumente und Rhythmen aller Art beruht wohl auch auf diesem tiefgründigen Resonanzverlangen. Trommelrituale und Feuertänze gehören zu den ältesten Kulturriten der Menschheit. Und Tanzen – das gefühlte Einssein von Rhythmus, Körper und Umgebung – bereitet vielen Menschen hohes Vergnügen. Wenn Trommelschläge und computererzeugte Beats Herztönen und Gehirnfrequenzen entsprechen, können sie Trance auslösen. Rhythmus erzeugt Resonanzgefühle, die so massiv sein können, dass wir regelrecht danach süchtig werden.

Darauf basiert auch ein Teil der Wirksamkeit religiöser und politischer Rituale. In Gesängen, Gebeten und auch in politischen Kundgebungen geht es darum, Sentenzen gemeinsam auszusprechen oder zu singen, etwa das Credo oder das Vaterunser. Sie werden wiederholt und

nochmals und nochmals und nochmals. Dabei entsteht eine suggestive Wirkung, die manchmal bis zur Ekstase gehen kann: Wir versichern uns unseres Glaubens und unserer Identität. Wir erfahren uns als zusammenstehendes Ganzes, das Werte und Ziele teilt. Die gemeinschaftsstiftende Einigung auf eine gemeinsame Ethik – etwa die Zehn Gebote – war in der Menschheitsgeschichte vielleicht die wichtigste Aufgabe von Religionen.

Manche Prediger, vor allem spiritual erfahrene schwarze Pfarrer, setzen solche Stilmittel bewusst ein.[11] Sie sprechen sehr rhythmisch oder bauen wiederkehrende Sentenzen ein, die die Menge wiederholt: Amen! Yeah! Yeah! Martin Luther King war ein Meister darin. Wenn das Publikum antwortet, entstehen ein dialogischer Raum, ein Resonanzgefühl und ein gemeinsamer sakraler Klangkörper.

Rapper und Poetry Slammer spielen ebenfalls mit Rhythmen und Klangmustern. Und auch Protestbewegungen skandieren mit Vorliebe rhythmisierte Parolen. Auf Demonstrationen marschiert man im gemeinsamen Schritt, man ruft zusammen Slogans und beendet Kundgebungen mit Liedern. All das dient ebenfalls der gegenseitigen Resonanzverstärkung und der Bildung eines gemeinsamen Klangkörpers. Getragen von der Hoffnung, die erhobenen Stimmen würden so lautmächtig, dass sie die politischen Gegner beeindrucken.

Auch Auftritte von Politikern und Popstars sind nicht selten so inszeniert, dass sie diese Sehnsüchte nach Rhythmus und Klangwiederholung befriedigen. Die Shows sind eingerahmt von pulsierenden Lichteffekten und hymnischen Steigerungen. Wenn das Publikum begeistert ist, beginnt es von alleine, im Takt zu klatschen und zu trampeln. Und wenn es besonders begeistert ist, so wie von dem Stones-Konzert 1965 in der Berliner Waldbühne, dann ist am Ende vom Auftrittsort nicht mehr viel übrig.

## Ver-Körperungen

Der Philosoph René Descartes (1596–1650) beging einen der folgenschwersten Denkfehler der westlichen Neuzeit, als er Körper, Geist und Gefühle als getrennt definierte. Er glaubte, allein seine Vernunft sei beteiligt bei seinem berühmten Satz »Ich denke, also bin ich«. Dabei können Menschen nicht unabhängig von ihren Körperempfindungen denken. Heute weiß man: Denken ist evolutionär aus Empfinden und Fühlen entstanden und ohne Körper nicht möglich. Moralische Vorstellungen entwickelten sich aus der schon bei Vögeln und Affen vorhandenen Fähigkeit, sich in andere hineinzudenken.[12] Diese Fähigkeit zu Empathie und *Mit-Gefühl* beruht auf »Spiegelneuronen«, die in einem Tier- und Menschenhirn dieselben neuronalen Netzwerke zum Schwingen bringen wie bei seinem beobachteten Gegenüber. Wenn ich Sportlern zuschaue, werden über optische Spiegelneuronen in meinem Gehirn die Nervensysteme aktiviert, die für meine Körperkoordination zuständig sind. Wenn meine Freundin am Telefon von einem schmerzhaften Bauchleiden erzählt, werden über akustische Spiegelneuronen auch meine Bauchempfindungen aktiviert. Wenn ich das Wort »abstimmen« höre, werden meine Stimmorgane aktiviert, und ich will mitstimmen – und wenn ich nicht kann, werde ich sauer.

Auch in vielen Sprachbildern drückt sich aus, wie sehr wir in Körperkategorien denken: Ein Baby greift nach Spielzeug und lernt dadurch zu be*greifen*. Wir haben *Herz*. Oder sind ver*kopft*. Uns gehen Dinge an die *Nieren*. Läuse laufen uns über die *Leber*. Etwas nimmt uns den *Atem*. Wir *hand*eln. Wir haben *Fingerspitzen*gefühl und machen Fort*schritte*, wir haben *den aufrechten Gang* und moralisches *Rückgrat*.

Wörter und Begriffe werden in unserem Gehirn mit einen neuronalen Werterahmen verknüpft, der ebenfalls aus unserer körperlichen Perspektive resultiert. Zum Beispiel werten Menschen ein Objekt in den meisten Kulturen als positiv, wenn es sich »oben« befindet, und negativ, wenn es »unten« ist.[13] Das hat enorme Folgen: Die Hölle ist für uns unten, der Himmel oben. Letzterer gilt als ein besserer und schönerer Ort als die »dreckige« Erde. Wir verehren Götter, Könige und andere

»hochstehende Personen«. »Aufstieg« gilt als positiv, »Abstieg« als negativ. Wir streben stets aufwärts. Die Geschichte, der Fortschritt und die eigene Leistung sollen uns immer höher heben. Wenn »Abstieg« droht, verfallen Gruppen und ganze Gesellschaften manchmal in regelrechte Statuspanik. »Unten«, in der »Unterschicht«, will niemand sein. Alle wollen zur Mittel- oder Oberschicht »aufsteigen«. Ein politisch folgenreiches Denkmuster.

Ein weiteres Beispiel für unseren Hang, in Körperkategorien zu denken, ist die Tradition, eine Nation oder Gesellschaft als Körper zu sehen. Der polnische Historiker Alfred Kantorowicz hat das in seinem Buch »Die zwei Körper des Königs« beschrieben. Wenn der erste sterbliche Körper des Königs tot war, überlebte sein »unsterblicher«: sein Reich. Folglich war die Rede von »Haupt und Gliedern« dieses Königreiches, von »Staatsorganen« einer Nation, von »Körperschaften«, von »politischen und militärischen Armen«, alles gesteuert von einem »Oberhaupt«.

## Misstöne

Das wäre nicht weiter erwähnenswert, wenn nicht in unsicheren Zeiten schwache, fragile oder traumatisierte Menschen der »Großmannssucht« verfallen würden. Sie wollen größer sein, als sie sind, und wünschen sich einen »wehrbereiten« Volks- und Staatskörper mit einem ebenso starken »Oberhaupt« oder Führer herbei. Nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg entstand in Deutschland daraus die Nazibewegung, die sich ihrer Macht über Lieder, Rituale, Gleichschrittmarsch und blutige Überfälle auf »Feinde« versicherte. Sie propagierte das Fantasiebild eines gemeinsamen »Volkskörpers«, durchrauscht von einer »Blutsgemeinschaft«. Dieser sei der Gefahr von jüdischen und kommunistischen *Fremd-Körpern*, »Parasiten« und »Blutegeln« ausgesetzt. Man sieht also: Wortbilder können wirkmächtig und deshalb sehr gefährlich sein.

»Hetzmeuten«, nannte der Literat Elias Canetti die Nazis.[14] Demagogen lenkten die Angstwut solcher Meuten auf alle, die als Sündenböcke taugten: religiöse, kulturelle, politische und sexuelle Minderheiten. Die-

se, so wetterten sie, nähmen uns »unsere« Frauen weg (was seltsamerweise auch Frauen glaubten), sie »unterwanderten« und »überfremdeten« die »Volksgemeinschaft«. Ihr oberster Führer wusste ganz genau: Solange er die rasende Wut der Schwachen auf noch Schwächere lenken konnte, blieb er selbst an der Macht. Eine genügend große Masse von Rachsüchtigen blieb ihm treu, solange er ihr immer wieder neue Beute vorwarf. Ingenieure sprechen von einer »Resonanzkatastrophe«, wenn eine Brücke so gebaut wird, dass der Gleichschritt marschierender Soldaten sie so heftig in Schwingung versetzen kann, dass sie zusammenstürzt. Auch das »Dritte Reich« war gewissermaßen eine Resonanzkatastrophe. Hartmut Rosa spricht von einer »Resonanzpathologie«, einer »Echokammer für eine imaginierte Volksgemeinschaft«.[15]



Der heutige Rechtspopulismus agiert anders, moderner, multimedialer, er zieht in Hetzmeuten durchs Internet. Und in immer mehr Staaten: in den USA, in Russland, in Polen und Ungarn, in der Türkei, in Indien, auf den Philippinen, in Deutschland und anderswo. Das Argumentationsmuster ähnelt sich weltweit. Populistische Führer hetzen ein imaginär einheitliches »Volk« gegen eine »korrupte Elite«. Auch wenn sie selbst noch so reich sind, sehen sich nicht als Teil derselben. Sondern als Anführer einer »Bewegung der Reinen«, die zum »Großreinemachen« ansetzt gegen »Migrantendreck«.

Wenn solche Führer an die Macht gelangen, dann geben sie vor, »das Volk« zu ver*körper*n. Sie versprechen ihm, ganz hoch hinauf zu gelangen, an die Spitze der Welten, dorthin, wo sie selbst stehen. Sie gaukeln ihren Anhängern vor, imaginär mit ihnen zu verschmelzen und identisch mit ihnen werden zu können – reinstes Machtglück für labile Charaktere. »Wenn wir selbst dieses deutsche Volk emporführen«, donnerte Adolf Hitler bei seiner ersten Rede nach Ernennung zum Reichskanzler im Februar 1933, »dann werden wir wieder emporsteigen.« Donald Trump verkündete bei seiner Antrittsrede: »Der 20. Januar 2017 wird als der Tag in der Erinnerung bleiben, an dem das Volk wieder zu den Herrschern dieser Nation wurde.« Marine Le Pen rief nach dem ersten Wahlgang um das französische Präsidentenamt im April 2017, sie sei die »Kandidatin des Volkes«: »Die Zeit ist gekom-

men, das französische Volk von den arroganten Eliten zu befreien, die ihm sein Verhalten vorschreiben wollen.«

Wir wollen damit die modernen Rechtspopulisten nicht mit den Nazis von einst gleichsetzen, es gibt wichtige Unterschiede. Aber wir wollen auf die Gefahr hinweisen, was passiert, wenn Bewegungen einen *einstimmigen* Resonanzkörper anstreben, eine Gleichschaltung von Menschen und Stimmen, die keine anderen Töne mehr zulässt. Das bedeutet im Ergebnis: Monotonie. Trostlose Eintönigkeit. Sind Rechtspopulisten erst mal an der Macht, sind sie die Be-Stimmer, die nicht mehr auf andere Stimmen hören, sondern sie ausschalten.

Sprechen wir also lieber von Folkkonzerten als von Volkskörpern, lieber von Bevölkerung und Bürgerschaft als von einem einheitlichen »Volk«. Ein »Volkskörper« tendiert dazu, letztlich im Gleichschritt zu marschieren und alle »Fremden« niederzutrampeln. Eine Bürgerschaft aber kann in ganz unterschiedlichen Zungen reden und in Vielstimmigkeit übereinstimmen. Und genau darum geht es in der Demokratie.

## Demokratie als gemeinsamer Klangkörper

Philosophen und Politikerinnen haben sich wenig Gedanken darüber gemacht, dass Demokratie eines sinnlichen Charakters und positiver Sprachbilder bedarf, um attraktiv zu sein. Dass sie sprichwörtlich ver*körpert* und von Menschen gelebt werden muss. Dass sie in Tönen und Stimmen erklingen und positive Gefühle tragen muss. In Büchern zum Thema wimmelt es stattdessen von Sätzen wie den folgenden: »Mehr Input-Legitimation ohne wesentliche negative Beeinträchtigung der Output-Legitimation ist möglich. Die bestätigte Verträglichkeitshypothese hebt dabei die Systemkompatibilität als eine unverzichtbare Voraussetzung für die verträgliche Implementierung und Ausweitung direktdemokratischer Partizipation hervor.« Noch Fragen?

Die eigene Stimme zu erheben und mit anderen Übereinstimmung zu finden ist ein lustvoller Akt, bei dem Herz, Mund, Geist und Seele beteiligt sind. Wir sprechen für uns selbst. Wir erleben uns als lebendi-

ge Individuen. Als stimm- und wirkmächtig. Wir diskutieren, unsere Stimmen gehen durcheinander, wogen hin und her im Raum, tragen immer neue Argumente vor, bejahen und verneinen, wägen ab, spitzen zu, aufgeregt oder ruhig. Nach einer Phase von Dissonanzen und schrägen Tönen kommen sie auf der Suche nach einem gemeinsamen Nenner gar nicht so selten auf einen neuen Grundakkord. Direkte Demokratie besteht aus einem gemeinsam gebildeten Klangkörper. Unsere Stimmen erklingen in einem Raum voller gespitzter Ohren, die aufeinander hören, voller Augen, die sich ansehen – daher unser tiefes Bedürfnis nach *An-Sehen*. Demokratie *ist* ein Klangkörper. *Ein sinnlicher, geistiger und emotionaler Raum der Verständigung.*



Nicht immer muss dabei am Ende abgestimmt werden. Beratungen, also die Vorbereitung von Entscheidungen, können genauso lustvoll sein. Auch hier bilden die Stimmen einen gemeinsamen Klangkörper. Wenn wir es geschafft haben, uns harmonisch auf Empfehlungen und Ratschläge zu einigen, sind wir hochzufrieden. Wir haben das Gefühl, Gutes bewirkt zu haben und mehr oder weniger mit einer Stimme zu sprechen. Die »deliberative Demokratie« – das lateinische Wort »deliberare« bedeutet »beratschlagen, in Erwägung ziehen« – kann die Teilnehmenden glücklich machen, das weiß man aus Befragungen. Argumente allein bewirken noch lange keine Einigung, die Überzeugungskraft der Vernunft allein ist es nicht. Offenbar gibt es eine menschliche Grundfähigkeit, sich aufeinander einzuschwingen, ein Grundbedürfnis nach Resonanz.

Doch seine Geheimnisse – wann kommt das zum Tragen, wann nicht? – sind weitgehend unentdeckt. Eine Studie neuronaler Hirnaktivitäten von synchron sprechenden Menschen ergab Hinweise, dass das gemeinsame Reden die Gruppenbindung und die Sympathien untereinander festigt. Aber die Autoren sagen selbst, dass es hier nur wenig Forschung gibt.[16] Eine der wichtigsten sozialen Fähigkeiten des Menschen ist kaum ergründet: seine soziale Resonanzfähigkeit.

Ebenso lustvoll könnte es sein, zu hören und zu sehen, wie jene Abgeordneten sprechen, denen wir unsere Stimme verleihen, indem wir

sie wählen. Sie sprechen ja für uns, in unserem Namen, sollten es zumindest dem Anspruch nach tun. Sie sollen uns repräsentieren. Unsere politischen Wünsche, Weltvorstellungen, Wertvorstellungen, Interessen und Bedürfnisse. Sie sollen das wiedergeben, was wir denken, vielleicht sogar noch ein wenig intelligenter, als wir selbst das könnten.

Das geht aber nur, wenn sie in Resonanz mit uns bleiben. Wenn die Wellenlängen zwischen uns nicht von betonierten Verhältnissen verschluckt werden.

Kapitel 2

# Das Konzert der Misstöne oder die Krise der Demokratie



Und hier sind wir schon mitten in der heutigen Resonanzstörung zwischen Regierenden und Regierten. Die Gründe dafür sind sehr komplex. Es gibt strukturelle, politische, ökonomische, historische und sozialpsychologische Ursachen. Sie summieren sich, sie legen sich übereinander zu einem Geräuschteppich der Misstöne. Im Folgenden versuchen wir das genauer zu analysieren.

## Dissonanz zwischen demokratischen Idealen und Wirklichkeit

Eine wichtige Rolle spielt die enorme Dissonanz zwischen Idealen und Wirklichkeit. In der Schule lernen wir, dass das Parlament ein Ort des Austauschs der besten Argumente ist. Diejenigen, die am überzeugendsten sprechen, setzen sich durch und gewinnen die Abstimmung.

Haha. Das Ergebnis fast jeder Bundestagsdebatte steht von vornherein fest. Die Opposition kann noch so sinnvolle Vorschläge vorlegen – sie werden von der Regierungskoalition meist aus Prinzip niedergestimmt. Der 2016 verstorbene Publizist Roger Willemsen hat den Bundestag ein ganzes Jahr lang beobachtet und jede einzelne Plenardebatte verfolgt. Sehr selten erlebte er eine Sternstunde, und zwar nur dann, wenn sich das Parlament von der Fixierung auf Regierung kontra Opposition löste. Der Standard des »Hohen Hauses« bestand nach seiner Beobachtung in Respektlosigkeit, gegenseitiger Missachtung und Herabsetzungen aller Art. Politischen Gegnern würden »grundsätzlich die niedrigsten Beweggründe« unterstellt. Zuhören sei vollkommen unüblich: »Niemand darf seinen Standpunkt verlassen, niemand darf je überzeugt werden.« Im Bundestag herrsche »bisweilen ein Geschrei wie auf dem Pausenhof, die Redner werden ignoriert, man unterhält

sich laut, beschäftigt sich mit seinem Handy, dann wieder schaut eine komplette Fraktion nach hinten.«[17]

Nicht in solch drastischen Worten, aber inhaltlich ähnlich schilderte es der SPD-Bundestagsabgeordnete Marco Bülow auf der Bundesmitgliederversammlung von Mehr Demokratie im Juni 2016.[18] Bülow konzentrierte sich zu Beginn seiner parlamentarischen Laufbahn auf Energiepolitik – um sodann zu erleben, dass die wichtigen Entscheidungen in diesem Bereich ganz woanders und völlig über seinen Kopf hinweg gefällt wurden. Aus diesem Grunde setzte er neue Schwerpunkte: innerparteiliche Demokratie und Transparenz, Antilobbyismus. Dass das seine Parteikarriere nicht befördert, nimmt er in Kauf. Seine Themensetzung findet er bitter nötig: »Wir haben ein verkrustetes System, das langsam abtriftet, von dem die Menschen langsam die Nase voll haben.«

Ebenfalls in der Schule haben wir das System der Gewaltenteilung gelernt, das auf den französischen Aufklärer Montesquieu zurückgeht: Die Legislative (das Parlament) kontrolliert die Exekutive (die Regierung); die Judikative (die Justiz) korrigiert alle beide. Doch Marco Bülow und andere Abgeordnete erleben tagtäglich eine völlig andere Realität. Die meisten Gesetzentwürfe stammen aus der Hand einer übermächtigen Exekutive. Die Regierungsmitglieder sprechen mit den Fraktionsvorsitzenden der Regierungskoalition das Vorgehen ab. Gesetzestexte durchlaufen im Bundestag zwar die vorgesehenen Lesungen, werden dabei aber selten verbessert, und seien die Argumente von Fachleuten in den Ausschüssen oder Plenardebatten noch so überzeugend. Zugespitzt formuliert: Inhaltliche Argumente stören. Kein Wunder, dass handwerklicher Pfusch zunimmt. Das Bundesverfassungsgericht hat schon viele Regierungsvorlagen als »verfassungswidrig« kassiert.

Fruchtbare inhaltliche Debatten werden durch den Fraktionszwang im Keim erstickt. Die Regierungskoalition legt zwar kaum noch selbst Gesetze vor, lehnt aber alles ab, was von der Opposition kommt, selbst wenn sie inhaltlich damit einverstanden ist. »Zur Not macht man eigene Gesetze, die dann genauso aussehen«, hat Marco Bülow beobachtet.

Wohl am fatalsten ist der überbordende Lobbyismus. Auf jeden Bundestagsabgeordneten kommen ungefähr acht Lobbyisten, auf EU-Ebene sind es sogar noch mehr.[19] Marco Bülow kritisiert: »Konzerne sitzen in Ministerien und arbeiten an Gesetzestexten mit oder haben direkten Zugang zu Ministern und Staatssekretären.« Aber nur eine Minderheit von Abgeordneten ist nach seiner Beobachtung bereit, einen Kodex gegen Lobbyismus zu unterstützen – auch weil damit lukrative Nebeneinnahmen wegfallen. Der SPD-Politiker fordert deshalb als Mindestmaßnahme zur Belebung der Demokratie die Eindämmung des Fraktionszwangs und mehr Transparenz.



Demokratie, so haben wir ebenfalls auf der Schulbank gelernt, ist ein Versprechen auf Gleichheit. Laut Verfassung ist jede Bürgerin und jeder Bürger vor dem Gesetz gleich, so individuell unterschiedlich sie sein mögen. Jeder und jede hat eine Stimme, die gleich viel wert ist. In der Praxis aber regiert heute eine nie da gewesene Ungleichheit. In Deutschland besitzt ein Prozent der Bevölkerung etwa ein Drittel des Gesamtvermögens.[20] Auch in anderen Ländern plündert eine dünne Schicht von Superreichen den Rest der Bevölkerung aus. Ins Akustische übersetzt: Einige wenige tröten mit einer kilometerlangen Wuwuzela, während die Stimmen riesiger Bevölkerungsmehrheiten unhörbar gemacht werden. »Postdemokratie« nannte der britische Soziologe Colin Crouch diese Verhältnisse in seinem gleichnamigen Bestseller von 2004. Hinter der parlamentarisch-demokratischen Fassade, so Crouch, hätten die Geldeliten die meisten Entscheidungen längst gefällt.

»Alle Gewalt geht vom Volke aus«, so steht es in Artikel 20 des Grundgesetzes. Aber wo geht sie hin? Auch hier glauben nur noch Schulkinder, dass das Volk der eigentliche Souverän ist, wie es in den Lehrbüchern steht. Außerhalb von Wahlen hat die Bevölkerung nicht viel zu sagen. Unsere großartigen menschlichen Potenziale zur Problemlösung, Konfliktregulierung und Entscheidungsfindung werden im üblichen Politbetrieb nicht mehr gefordert. Sie verkümmern kläglich. Wir bleiben alle weit unter unseren Möglichkeiten – auch die Abgeordneten selbst.

Im Grundgesetz heißt es weiter: »Die Staatsgewalt wird vom Volke in Wahlen *und Abstimmungen* ... ausgeübt.« Aber Abstimmungen auf Bundesebene gibt es mangels bundesweiter Volksentscheide gar nicht. Man könnte hier zugespitzt sogar behaupten: Seit der ersten Bundestagswahl findet ein ständiger Verfassungsbruch statt. Der wäre mit der Einführung bundesweiter Volksentscheide zu beheben – darauf werden wir noch zurückkommen.

Die Wahlbevölkerung kann auch keine Person auswählen, sondern nur ein »Parteipaket«. Die Kandidatenliste wird von den Parteien und ihren Gremien vorher festgelegt. Man kann dahinter nur ein Kreuzchen machen oder es sein lassen – aus Protest gegen diese reduzierte Auswahl. Man stelle sich mal vor, die Wahlberechtigten bekämen eine Liste mit politischen Grundsatzfragen vorgelegt: Sind Sie für oder gegen Kriegseinsätze? Für oder gegen die Ausrichtung der Wirtschaft aufs Gemeinwohl? Für oder gegen die Gleichstellung von Frauen oder von Homosexuellen? Für oder gegen Gentechnik? Für oder gegen Privatisierungen im Gesundheits- und Rentensystem? Und das Ganze noch etwas differenzierter formuliert. Und mit Zustimmungsmöglichkeiten auf einer Skala von 1 bis 10. Die Ergebnisse würden deutlich anders und nuancierter ausfallen als bei der Parteienwahl, bei der wir notgedrungen jedes Mal die Katze im Sack wählen.

## Fatale Gleichsetzung von Wahlen und Demokratie

»Wahlen« und »Demokratie« werden heute gleichgesetzt – geschichtlich gesehen, vollkommen zu Unrecht. Der Historiker David Van Reybrouck erinnert in seinem brillanten Essay »Gegen Wahlen« daran, dass sich die ursprünglichen Demokratien in Athen und anderswo vor allem durch Losverfahren ausgezeichnet haben. Öffentliche Ämter wurden ausgelost, sodass alle die Chance hatten, beim Mitregieren »auch mal dranzukommen«. »Demokratie« mit »Wahldemokratie« gleichzusetzen sei ein fundamentales Missverständnis, das uns zu »Wahlfundamentalisten« gemacht habe. Er habe nicht wirklich etwas gegen Wahlen, die seien aber nur eine Methode und kein Selbstzweck: »Wah-

len sind heutzutage primitiv. Eine Demokratie, die sich darauf reduziert, ist dem Tode geweiht.«[21]

Die Empirie scheint ihm recht zu geben: Größere Teile des Publikums in Wahldemokratien wenden sich ab. Die Beteiligung bei Bundestagswahlen geht tendenziell immer mehr bergab, von kleinen Ausschlägen nach oben abgesehen. Auf ihrem Höhepunkt 1972 lag sie bei stolzen 91 Prozent, 2013 betrug sie nur noch 71 Prozent. Bei den Europawahlen von 1979 beteiligten sich die deutschen Wahlberechtigten zu fast 66, 2014 nur noch zu 48 Prozent. Viele Menschen fühlen sich offenbar nicht mehr vertreten. Und Parlamente sind tatsächlich alles andere als repräsentativ für die Wahlbevölkerung: Etwa 95 Prozent der deutschen Abgeordneten sind Akademiker, rund ein Viertel Juristen und die meisten ältere weiße Männer. Nach Einführung der umstrittenen Hartz-IV-Gesetze wies der CDU-Politiker Heiner Geißler darauf hin, dass in den parlamentarischen Gremien, die darüber berieten, nie ein Betroffener saß.



Gleichzeitig haben die »Volksparteien« in Deutschland Millionen Mitglieder verloren und einen massiven Vertrauensverlust erlitten. Ob der Hype um den SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz anhält oder nicht – auch er kann nicht wiedergutmachen, was im Laufe der Jahre verloren ging. Was das berufliche Ansehen anbelangt, stehen Politiker heute am untersten Ende der Skala. In einer Umfrage von 2016 vertrauten ihnen nur noch 14 Prozent der Befragten.[22] Das mag für viele hart arbeitende Abgeordnete eine sehr ungerechte Beurteilung sein. Aber hier rächt sich, dass Resonanz und Rückkopplung mit dem Bevölkerungswillen jenseits von Wahlen einfach nicht vorgesehen ist. Wahlstimmen wandern bezeichnenderweise in eine »Urne«, als ob sie dort begraben werden sollten.

Und: Die Parteien konkurrieren miteinander, als wären sie Markenprodukte in einem Supermarkt. Oder in den Worten der Kanzlerin: in einer »marktkonformen Demokratie«. Vor allem im Wahlkampf sind ihre Slogans kaum mehr von Waschmittelwerbung zu unterscheiden. Aber Werbung lügt, das wissen wir alle, und Eigenlob stinkt. Warum sollten

wir Selbstlob bei Politikern gut finden, wenn es im Alltag zu Recht als schlechtes Benehmen gilt? Ein großer Teil des Publikums wendet sich angewidert ab – vor allem jene, die eh den Eindruck haben, überflüssig zu sein. Die Kritik, die der Philosoph Karl Jaspers bereits 1966 an den Parteien formulierte, hat nichts an Aktualität verloren: »Bei den Wahlen operieren sie nach Prinzipien der Reklametechnik. Ihre Handlungen bedenken die materiellen Interessen von Gruppen, deren Stimmen sie erwerben möchten.« Damit würden sie statt Organen des Volkes zu »Organen des Staates«.[23]

Parteien werben mit ihrer Unverwechselbarkeit, dabei werden sie sich immer ähnlicher. Seit der Französischen Revolution gilt ein Rechts-links-Schema, das schon lange keine Orientierung mehr schafft und nicht mehr sinnvoll erscheint. Manche »Rechte«, die sich »konservativ« nennen, muten Gesellschaften Geschwindigkeiten bei technologischen Veränderungen zu, die nicht mehr zu beherrschen sind. »Linke« wiederum sind oft die eigentlichen »Konservierer«, wenn sie Natur oder soziale Rechte schützen wollen. In der pointierten Formulierung der Kulturjournalistin Sieglinde Geisel: »Früher wollten die Linken, dass alles anders wird, heute sind es die Rechten. Die Linken wiederum sehen sich auf einmal in der Rolle der Konservativen, der Bewahrenden, jetzt sind sie es, die von ›Werten‹ sprechen. So haben alle die Plätze gewechselt: Die Eliten sind links, die Revolutionäre rechts, und die Alternativen von gestern müssen feststellen, dass man sie auf das Abstellgleis des Gutmenschentums manövriert hat.«[24]

## Der Normalzustand der Krise

Hinzu kommen verschiedene sozialpsychologische und ökonomische Umstände. Krise ist der neue Normalzustand geworden. Klimakrise, Hungerkrise, Wasserkrise, Finanzkrise, Flüchtlingskrise, Eurokrise: Krise, wohin man blickt. Wir scheinen aus dem Krisenstadium nicht mehr herauszukommen. Die psychische Grundverfassung von Menschen verträgt aber keine Dauerkrise und keinen Dauerblick in den Abgrund. Krisen setzen Stresshormone und Ängste frei. Angststörungen und depressive Verstimmungen nehmen massiv zu. Wer Angst um sei-

ne Existenz hat – ob begründet oder nicht –, wird depressiv, launisch, reizbar, aggressiv und wütend.

Bisher haben Wahldemokratien mehr oder weniger davon gelebt, dass das ökonomische Wachstum unter den Wahlberechtigten verteilt werden konnte. Aber in Deutschland und vielen industrialisierten Ländern wächst die Wirtschaft kaum mehr. Und wenn überhaupt, dann schnappen sich die Superreichen den Löwenanteil. »Unten« kommt kaum mehr etwas an. Die Reallöhne stagnieren weitgehend. Sinnentleerte, schlecht bezahlte Jobs nehmen immer mehr zu. Es zeugt von hoher Lebenskunst, wenn Callcenterbeschäftigte, Klofrauen oder Schlachthausreiniger es schaffen, Sinn in ihr Leben zu bringen.



Die Demokratie ist als Staatsform seit der Finanzkrise 2008 weltweit auf dem Rückzug, weil sie das Versprechen auf Umverteilung und auf »Gleichheit der Gleichen« nicht einhalten kann. Darauf weist auch der Berliner Völkerrechtler Johannes Thumfart in einem »Spiegel«-Essay hin: »In den Entwicklungsländern hat die Krise die vorhandenen kleptokratischen Tendenzen verschärft. In den entwickelten Industrienationen hat sie für eine weitere Zunahme der sozialen Ungleichheit gesorgt. Vor allem aber brachte sie ans Tageslicht, was Investmentbanker schon lange wussten: Der nicht beweisbaren liberalen Behauptung, dass die Gier von Einzelnen Werte für alle erzeuge, wohnt entweder unbeschreibliche Naivität inne. Oder es handelt sich um bewusste Irreführung.«[25]

Wachsen tun heutzutage vor allem die Schuldenberge: Die Ökonomie basiert auf Pump, auf sozialen und ökologischen Zukunftsanleihen, was auf Dauer nicht gut gehen kann. Die Versuche, ausbleibendes Wachstum »anzukurbeln«, werden nur die Klimakatastrophe weiter anheizen und die Ökosysteme noch schneller zusammenbrechen lassen. Angesichts von Klima- und Ressourcenkrisen fasste der Wirtschaftswissenschaftler Kenneth Boulding unser Jahrhundertproblem in einem einzigen griffigen Satz zusammen: »Wer glaubt, dass in einer endlichen Welt unendliches Wirtschaftswachstum möglich ist, ist entweder ein Idiot oder ein Ökonom.«

»Unsere Kinder werden es einmal besser haben« – dieser Erzählung der kapitalistischen Ökonomie glaubt deshalb kaum jemand mehr. Wir sind schon froh, wenn unsere Kinder und Enkel es nicht wesentlich schlechter haben werden als wir. Die Stimmen der Erzählung über eine neue ökosoziale Wirtschaft sind aber noch zu leise. Also werden die Stimmen der Ewiggestrigen wieder laut. »Die Zeiten, in denen das Alte noch nicht sterben kann und das Neue noch nicht werden kann, sind die Zeiten der Monster«, so formulierte es einmal der italienische Politiker und Philosoph Antonio Gramsci.

Vor allem bei Ostdeutschen wachsen Zweifel, Misstrauen, Ärger und Wut. Viele von ihnen fühlen sich »von oben« gleich zweifach verraten. Erst mussten sie einen diktatorischen Staat erdulden, indem das »Zwiesprech« und die Angst vor den Folgen freier Rede Alltag waren. Dann erlebten sie in der Wiedervereinigung, wie ihre ganze Vergangenheit entwertet und vernichtet wurde – vom Abriss des DDR-»Volkspalastes« bis zur Zahnpastamarke. Das förderte Gefühle von Macht- und Resonanzlosigkeit. Viele resignierten.

Andere begannen, ihre Ärger- und Rachegefühle auf Fremde zu projezieren, auf diejenigen, die noch machtloser waren als sie selbst. Pegida und AfD entstanden. Ein Kongress der »Neuen Gesellschaft für Psychologie« analysierte im März 2017: Die Angst vor Abstieg und Armut werde hier abgespalten und »als Hass auf Flüchtlinge und andere Abgeschriebene abgeleitet, die damit eine klassische Sündenbockfunktion erfüllen«. Das Motto dieses Abspaltungsprozesses lasse sich beschreiben mit »Wer nicht leiden will, muss hassen«. Es diene damit »der Abwehr von Gefühlen der Ohnmacht und Depression«.[26]

Damit wollen wir keinesfalls behaupten, dass Fremdenfeindlichkeit nur im Osten grassiert. Im Westen nimmt sie genauso (wieder) zu. Der Bielefelder Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer erforscht seit vielen Jahren die »gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit«. Und warnt genauso lange, dass diese längst in der Mitte der Gesellschaft und im gut gestellten Bürgertum angekommen ist.[27]

Allerdings fällt diese Menschenfeindlichkeit umso geringer aus, je mehr Erfahrungen Einheimische mit Zugewanderten haben. Wer historisch wenig Umgang mit ihnen hatte, wer auf dem Land lebt ohne Kontakt zu ihnen, neigt zu Voreingenommenheit und aggressiver Ablehnung. Wer aber täglich beim türkischen Gemüsehändler um die Ecke einkauft, gerät nicht so schnell in Gefahr, diesen als Bedrohung zu sehen. Und wer den dramatischen Geschichten von Geflüchteten zuhört, reagiert zumeist mit empathischem Verständnis.



In ihrem Buch »Gegen den Hass« seziert die Autorin Carolin Ehmcke das Video von der Blockade eines Busses voller Geflüchteter durch aggressive Einwohner im sächsischen Clausnitz. Sie fragt: »Wie ist es möglich, das weinende Kind, die beiden verschreckten jungen Frauen in der ersten Reihe des Busses zu sehen – und ›weg‹ zu brüllen? Sie schauen auf verängstigte Menschen und bemerken weder Angst noch Menschen.«[28] Ihre Antwort: Die Clausnitzer Busblockierer »nehmen keine Individuen mehr wahr, sondern nur noch Kollektive«. Ein islamistischer Attentäter steht für sie für »den Islam«. Ein Journalist, der schlecht recherchiert, für »die Lügenpresse«. Es ist, als seien solche Menschen von paranoider Wahrnehmungsunfähigkeit befallen, als hätten sie Schaum vor Ohren, Augen und Mund. In Pegida-Kreisen wird zum Beispiel kolportiert, Angela Merkel sei Jüdin, die aus Rache für den Holocaust zusammen mit den Moslems nun alle Deutschen dem »Volkstod« zuführen wolle.

## Rasender Stillstand

Was kein Wahn ist: Die hochautomatisierten Finanzmärkte sind heute genauso instabil wie das von kriminellen Banden unterwanderte Internet. Oder das Wetter im Zeichen des Klimawandels. Oder auch die Kriegs- und Krisengebiete in Afrika und Nahost, die Millionen Menschen in die Flucht treiben. So wie der Schlag eines Schmetterlingsflügels nach der Chaostheorie einen Orkan auslösen kann, so kann ein einzelner Twittertweet die nächste Finanz- oder Migrationskrise auslösen. Die Politik rennt dem Ganzen als Feuerwehr hinterher und ist dennoch oft viel zu langsam.

Wirtschaft, Geld und Technik sollen eigentlich dazu dienen, Grundbedürfnisse zu befriedigen und die Lebenszufriedenheit von Menschen zu heben. Aber diese haben sich vom Mittel zum Selbstzweck, vom Diener zum Herrscher entwickelt. Das System läuft im Modus der Eigendynamik. Fragen nach dem Sinn von Geld oder Technik werden nicht mehr beantwortet. »Rasender Stillstand« hat der französische Philosoph Paul Virilio diesen Zustand genannt. Jeder und jede muss im Hamsterrad weiterrennen, ob sie will oder nicht, weil sie sonst den vermeintlichen »Anschluss« verpasst. Abstiegsängste und Statuspanik sind die Folge.

Die einzige »Vision«, die Wirtschaft und Politik uns derzeit präsentieren, hört auf den Namen »Industrie 4.0« oder »Internet der Dinge«. Eine durchdigitalisierte Roboterwirtschaft wird aber vor allem totalitäre Kontrolle ermöglichen, Menschen ihrer Arbeitsplätze berauben und sie letztlich überflüssig machen. Wozu also das Ganze? Angeblich oder tatsächlich ist die Hälfte aller Jobs in den Industriestaaten in den nächsten Jahrzehnten durch digitale Automatisierung bedroht. Aber selbst wenn dann das Heer der Entlassenen so etwas wie ein bedingungsloses Grundeinkommen bekäme: was für eine sinnlose, trostlose Zukunftsperspektive, isoliert zu Hause von selbsteinkaufenden Kühlschränken bedient und von Paketdrohnen beliefert zu werden!

Die Frage, ob solche Technologien gesellschaftlich erwünscht und überhaupt noch steuerbar sind, kann gar nicht mehr gestellt werden. Digitalisierung sei selbstreferenziell, weil sie Antworten auf Probleme gebe, die sie selbst verursacht habe, schreibt die Internetunternehmerin Yvonne Hofstedter. Sie sieht darin »das Ende der Demokratie«. Die künstliche Intelligenz des »Überwachungskapitalismus« ermögliche die Totalkontrolle aller, entmündige und atomisiere uns und beraube uns der demokratischen Freiheiten und Grundrechte.[29]

## Ziemlich asoziale Medien

Die Initialzündung für die Erosion der Demokratie und den Aufstieg rechtspopulistischer Bewegungen lieferte ebenfalls eine neue Digitaltechnologie: die sogenannten sozialen Medien. Facebook, Twitter & Co. stellen mehr oder weniger rechtsfreie Räume zur Verfügung, die User zum Absenden von Hassparolen nutzen. Die Grenze des öffentlich Sagbaren hat sich dadurch extrem ausgeweitet. Beschimpfungen und Beleidigungen sind üblich geworden, und weil die meisten anonym erfolgen, können sie juristisch nicht oder nur schwer verfolgt werden. Der Klangraum der Öffentlichkeit ist voller Hass und Misstöne.



Aber halt – sind Hasskommentare im Internet überhaupt ein öffentlicher Klangraum? Sie finden ja eben nicht in einem gemeinsamen Raum statt, sondern werden als Einwegparole von einsamen Bildschirmhockern losgeschleudert. Hier gibt es kein Aufeinanderhören, keine soziale Kontrolle, keinen Raum voller gespitzter Ohren. Höchstens die Reaktionen anderer User, oft genug ebenfalls isolierte Menschen. Wobei sich auch noch die Frage stellt, ob Isolation die Ursache oder die Folge dieser Kommunikationsform ist.

»Die meisten sind Männer zwischen 20 und 30«, hat der Behindertenaktivist Raúl Krauthausen beobachtet, der ständig Hassmails erhält. »Sie arbeiten am Abend oder nachts. Sie spielen gern Computer und gucken Fußball. Und es werden immer mehr. Wahrscheinlich fehlt ihnen das Gefühl, bedeutend zu sein. Das kompensieren sie mit Hasskommentaren.« Die Rechtspopulisten hätten nur durch das Internet so groß werden können, glaubt er: »Es gibt eine Korrelation zwischen zunehmender Gewalt an Minderheiten und dem Internet.«[30] Die Grünen-Politikerin Renate Künast hatte den Mut, an der Haustür einiger zu klingeln, die ihr Hassparolen und Vergewaltigungsdrohungen geschickt hatten. Und traf auf vollkommen erstaunte Männer, die sich die Frage, was ihre Mails bewirken, schlicht nicht gestellt hatten.[31]

Soziale Medien – oder soll man sagen: asoziale Medien? – haben auch das Aufkommen von »Fake News« gefördert und den Wahlsieg von Obertwitterer Donald Trump möglich gemacht. Manche glauben,

Trump wolle über seine Tweets einfach nur ein großartiges Bild von sich selbst verbreiten. Deshalb beschimpfe er herkömmliche Medien, die kritisch über ihn berichten, als »Lügenpresse« und »Volksverräter«. Aber hinter solchen Schmähtiraden steckt mehr. Rechtspopulistische Führer verfolgen mit dem Streuen von »Fake News« und »Alternative Facts« eine Strategie der Dissonanz. Erfundene Nachrichten sollen für Verwirrung und Verunsicherung sorgen. Und den Eindruck entstehen lassen, dass nichts mehr stimmt, nichts und niemandem mehr zu trauen ist und die Welt ein einziger feindseliger Ort ist, in dem nur der Stärkere überlebt. Das lässt Angst, Ärger und Wut entstehen. Sowie den Wunsch, ein starker Führer möge einen aus diesem Nebel der Verwirrung herausführen. Er möge die lauten Stimmen der »Störer« zum Verstummen bringen und endlich Einstimmigkeit herstellen.

Trumps Anhänger sind vor allem weiße, schlecht verdienende Männer. Wenn sie ihre Familien nicht mehr ernähren können, fühlen sich viele »zwangsfeminisiert«. Frauen, finden sie, hätten ihren angestammten Platz an Heim und Herd einzunehmen. Von der Rückkehr zur »gottgegebenen« patriarchalischen Ordnung hängt für sie sogar »letztlich das Heil der Menschheit« ab.[32] Innerhalb der USA sind Weiße, demografisch gesehen, schon bald in der Minderheit, und international wird China die absteigende Supermacht bald aufholen. »Make America white again« steht hinter Trumps Wahlsieg, aber auch: »Make America male again«.

Schon als Geschäftsmann ließ Trump Hochhäuser bauen, die alle anderen überragten, und seinen Namen auf Wein-, Whisky- und Parfümflaschen setzen, auf den vergoldeten Trump Tower, auf Flugzeuge, auf alles, was hoch hinaus will und in den Himmel ragt. Als Präsident fordert er nun die maximale Aufrüstung mit Atomraketen und Weltraumflügen zum Mond und Mars.[33] Bei seiner Fangemeinde kommt diese groteske phallokratische Inszenierung gut an.

Weiße unqualifizierte Männer, die den Aufstieg der Industriegesellschaft in den 1950er- und 1960er-Jahren möglich gemacht hätten, fühlten sich heute durch die Globalisierung abgewertet, analysiert der

Soziologe Oliver Nachtwey. Denn »wenn man nicht genug leistet, dann kann man sehr schnell absteigen, fühlt sich sehr schnell abgewertet, und dann ist der Markt plötzlich kein Freiheitsmedium mehr, sondern etwas im Grunde Autoritäres, was die Leute bestraft, die nicht marktgerecht genug sind«. Und während solche Männer »wahnsinnig unter Druck stehen, ziehen aus ihrer Sicht die Frauen an ihnen vorbei. Sie, die ehemals Etablierten, die Haushaltsvorstände, die die Familien geführt haben, fühlen sich von allen Seiten unter Druck.« Das führe dazu, »dass sie gewissermaßen um sich schlagen und die Konkurrenten abwerten. Die Chinesen, die sie bedrohen, die Frauen, die an ihnen vorbeiziehen. Und sie möchten im Grunde zurück zu dieser alten Gesellschaft, in der sie noch das Sagen hatten.«[34] Mit wenigen Unterschieden gilt dasselbe auch für die Anhänger deutscher und europäischer Rechtspopulisten.



## Tief gespaltene Gesellschaften

Der deutschjüdische Sozialphilosoph Theodor W. Adorno, in der Nazizeit in die USA geflüchtet, testete dort Hunderte von Personen mit demokratisch-liberalen oder konservativ-autoritären bis faschistischen Ansichten. Die Ergebnisse, 1968 auch in Deutschland erschienen, machten unter dem Titel »Der autoritäre Charakter« Furore.[35] Im ersten Teil des Buches geht es um US-Demagogen; ersetzt man das Wort »Juden« durch »Moslems«, liest sich der Text übrigens wie eine Beschreibung von Trumps Wahlkampfauftritten. Im zweiten Teil werden die Testergebnisse vorgestellt. Sehr grob zusammengefasst: Konservative oder gar faschistische Charaktere scheinen tendenziell innerlich erstarrt zu sein. Sie folgen Autoritäten blind und sind nicht fähig, sie infrage zu stellen. Ihr Lebensstil ist nicht selbst-, sondern fremdbestimmt. Sie neigen zu Überangepasstheit gegenüber moralischen Normen und Befehlen »von oben«. Sie sind auch nicht fähig, innere Konflikte zu erkennen, sondern projizieren sie nach außen, auf »Feinde«. Liberale hingegen sind tendenziell »durchlässige« Charaktere. Sie können sich selbst reflektieren und sich ihrer negativen Gefühle bewusst werden, statt sie auf »Fremde« zu projizieren, und flexibel auf Neues reagieren. Zugespitzt formuliert: Das Wissen darum, dass man selbst schlecht und böse sein kann, macht jemanden zu einem besseren Menschen.

Viele moderne Gesellschaften sind heute entlang dieser Werte zutiefst gespalten. Im »World Values Survey«, einer seit 1981 laufenden globalen Umfrage, hat der US-Forscher Ronald Inglehart festgestellt, dass der Werteriss durch praktisch alle Gesellschaften geht. Seine »Landkarte der Werte« macht dies deutlich.[36] Traditionelle setzen demnach auf Religion, Nation, Familie, Autorität, Unterordnung der Frau, Gehorsam und Fleiß. Säkular-Rationale hingegen betonen Selbstbestimmung, Teilhabe, Patchworkfamilien, Umweltschutz, Frauen- und Minderheitenrechte. Der Trend in vielen westlichen Gesellschaften geht laut Inglehart zwar zu Letzteren und stärkt den Wunsch nach mehr Demokratie. Aber Trumps Wahl zeigt eben auch, dass extreme Pendelausschläge möglich sind.[37]

Wenn die Demokratie überleben soll – egal, in welchem Land –, bleibt dem »liberalen« Teil der Bevölkerung nichts anderes übrig, als mit dem »konservativen« auszukommen. Die Alternative dazu wäre, Gewalt und Bürgerkrieg. Das heißt auch: Wir bedürfen sehr vieler Räume der Verständigung, weit mehr, als bisher existieren. Die Weiterentwicklung von Demokratie, das Hörbarmachen von möglichst allen Stimmen, ist eine Überlebensfrage für alle.

Kapitel 3

# Loblied auf die Spezies Homo sapiens – unser Menschenbild



Manche mögen jetzt fragen: Wenn Menschen immer wieder zum Autoritär-Faschistischen neigen, wie kann man ihnen dann vertrauen? Wie kann man bloß »den Pöbel« mitmachen lassen bei direkter und partizipativer Demokratie?

Wir möchten darauf antworten: Menschen sind fähig zum Guten *und* zum Bösen, zu Frieden und zu Gewalt, zur Schreierei und zur Verständigung. Wären wir nur gut, bräuchten wir keine Ethik und keine politischen Verabredungen für unser Zusammenleben. Es kommt aber immer auf die Gestaltung dieser Regelwerke an.

Regeln und Normen haben einen selbstverstärkenden Charakter, der sich in dem Sprichwort ausdrückt: »Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus.« Wirtschaftstheoriker behaupten, dass Menschen »im Kampf ums Dasein« zu Konkurrenz und rücksichtslosem Egoismus neigen und zur Selbstlosigkeit nicht fähig sind. Also wurde »Wettbewerbsfähigkeit« zu einem ihrer obersten Prinzipien. Unternehmen, Gemeinwesen, Städte und Länder sollen alle in einem ewigen »Standortwettbewerb« gegeneinander kämpfen. Folge: Sie werden tatsächlich zu rücksichtslosen Akteuren. Ähnlich ist es in der gesellschaftlichen Sphäre: Sprechen Politiker der Bevölkerung die Fähigkeit zum Selbstregieren und Eigengestalten ab, schaffen sie Wutbürger. *Eine Politik, die keine Resonanz zulässt, stellt den Pöbel überhaupt erst her.*

Gestaltet man die Regeln aber im Vertrauen auf die sozialen Fähigkeiten der Menschen, dann verhalten sich die meisten auf diese Weise, weil sie den Idealen entsprechen wollen. In Betrieben, die sich den Prinzipien der »Gemeinwohlökonomie« verschrieben haben, ist das wunderbar zu beobachten.[38] Menschen zeigen vor allem dann prosoziales

Verhalten, wenn Regelwerke das betonen und fördern – und nicht, wie in der »normalen« Wirtschaft, faire Anbieter mit Wettbewerbsnachteilen bestrafen.

Offenbar ist uns Altruismus sogar angeboren. Der Forscher Michael Tomasello ließ anderthalbjährige Kleinkinder testen, indem vor ihren Augen eine erwachsene Versuchsperson mit vollen Händen sich mühte, eine Schranktür zu öffnen. Fast immer ließen die Kinder ihr Spielzeug im Stich und stießen die Tür auf.[39] Auch Erwachsene sind selbstlos in Situationen, in denen weder sie noch ihre genetischen Verwandten Vorteile haben – was Evolutionsbiologen heftig ins Grübeln brachte. Menschen geben Trinkgelder in Restaurants, die sie später nie mehr betreten. Sie teilen sich in allen möglichen Situationen Essen oder Geld, obwohl niemand sie dazu zwingt. Sie retten Ertrinkende und begeben sich selbst dabei in Lebensgefahr.

Wir sind grundsätzlich fähig zu Solidarität und Selbstregierung, zu Demokratie und Frieden, Freiheit und Selbstreflexion. Unsere Stimme des Gewissens und der Vernunft möchte gehört werden. Wir haben ein Resonanzverlangen, eine tiefe Sehnsucht danach, unser Leben selbstbestimmt zu gestalten und etwas Positives in die Welt zu tragen.

Und genau das sollten die Regeln des Zusammenlebens ausdrücken. In Räumen der Verständigung können wir zusammen daran arbeiten, dass Selbst- und Mitbestimmung überall möglich werden. Politische Ergebnisse werden hochwertiger, je mehr Menschen sich persönlich begegnen und mit Hirn, Herz und Hand zusammenarbeiten. Partizipation lebt von intensiver Beziehungsarbeit und »Ganzkörperlernen«, gemeinschaftliche Lernprozesse sind resonant. Sie ermöglichen Kokreation und verändern Menschen nachhaltig. Wenn sie sich gegenseitig als Gestalter und Verantwortliche wahrnehmen, wird eine kreative friedliche Gesellschaft direkt erlebbar. Oder um eine alte Parole von Lenin umzudrehen: Kontrolle ist gut, Vertrauen ist besser.

Staaten und Gemeinwesen sollten dieses Vertrauen ausdrücken, indem sie viel mehr direkte und partizipative Demokratie zulassen. Was wie-

der positive Rückwirkungen hat: Wer politisch mitbestimmen kann, fühlt sich zugehörig und ernst genommen; er oder sie wendet sich nicht ab; sie oder er hat das Gefühl, dass ihr oder sein Engagement Resonanz erfährt. Wer weiß, dass die eigene Stimme gehört wird, zeigt weit weniger mit dem Finger auf »die da oben«. Wer sich respektiert fühlt, kann leichter hinnehmen, wenn eine Entscheidung mal nicht im eigenen Sinne ausgeht. Solche Abstimmungen ermöglichen allen Gesellschaftsmitgliedern, Verantwortung für das Ganze zu übernehmen, sich selbst einzubringen und das eigene Potenzial um ein Vielfaches zu entfalten. Politikverdruss, Ausgrenzung und Hass wird der Resonanzboden weitgehend entzogen.



## Selbst- und Mitbestimmung machen glücklich

Das heißt nicht, dass Rechtspopulismus dann völlig verschwindet. Es gibt ihn auch in der Schweiz, dem »Mutterland« der direkten Demokratie. Aber so unangenehm schrill diese Stimmen auch dort erklingen: Dort verüben Rechtspopulisten und Rechtsradikale weit weniger Gewaltakte als in Deutschland oder anderen Ländern. Offenbar entfaltet direkte Demokratie eine starke Bindekraft.

Aus Umfragen der Glücksforschung in 150 Ländern der Welt weiß man, dass der Mensch des Menschen höchstes Glück ist. Forscher stellten länder-, religions- und kulturübergreifend fest: Zu den stärksten Gefühlen der Lebenszufriedenheit führen Liebe, Eingebundensein, Nachbarschaft, Freundschaft, Sicherheit, Geborgenheit, Selbst- und Mitbestimmung. Umgekehrt macht nichts so unglücklich wie das Gefühl von Ohnmacht, diktatorischer Fremdbestimmung und erzwungenem Verstummen: Man verbeißt sich, verkrümmt sich, zehrt innerlich aus. Viele frühere DDR-Bürger oder aus anderen Diktaturen Geflüchtete wissen davon ein Lied zu singen.

Die Schweiz ist eine jahrhundertelang von unten gewachsene, bürgerstolze Demokratie. Kantone lassen kommunale Selbst- und Mitbestimmung in unterschiedlichem Ausmaß zu. In den sogenannten Landsgemeinden versammeln sich traditionell Hunderte oder Tausen-

de Personen unter freiem Himmel, diskutieren und verabschieden Gesetzentwürfe. Für uns unvorstellbar – aber es funktioniert. Und macht glücklich. Der Glücksforscher Bruno Frey verglich Schweizer Kantone miteinander und bekam heraus: Je ausgeprägter die direktdemokratischen Möglichkeiten dort sind, desto höher die Zufriedenheit der Befragten – und zwar über alle Einkommensklassen hinweg. Sein Fazit: »Die verfassungsmäßig garantierten Mitbestimmungsrechte erhöhen die Lebenszufriedenheit der Bürger systematisch und beträchtlich.« Demokratie verbessere politische Entscheidungen und erhöhe damit den »Ergebnisnutzen«. Politische Partizipation habe aber auch einen Wert an sich und stifte »Prozessnutzen«.

Auch deshalb steht die Schweiz seit vielen Jahren zusammen mit skandinavischen Ländern an der Spitze der »glücklichsten« Gesellschaften weltweit. »Wer in Ländern mit umfassenden demokratischen Institutionen lebt, ist mit seinem Leben tendenziell zufriedener«, stellt Glücksforscher Frey fest. Das Ausmaß an Vertrauen in politische Institutionen beeinflusse die Lebenszufriedenheit.[40]

Auch in den USA gibt es ähnliche Ergebnisse. Dort sind in 24 von 50 Bundesstaaten direktdemokratische Verfahren zugelassen, und in ebenjenen Staaten sind die Menschen laut Umfragen signifikant glücklicher. Je öfter Volksbefragungen stattfinden, desto stärker ist die Zufriedenheit. Forscher erklären das so: Wenn man Leuten die Selbstregierung erlaube, entwickelten sie das Gefühl, beteiligt zu werden und ihr Leben besser kontrollieren zu können. Zudem sei die Politik solcher Bundesstaaten stärker darauf ausgerichtet, das Wohlergehen, die Gesundheit und Sicherheit der Bevölkerung zu fördern. Ärmere fühlten sich weniger ausgeschlossen und entfremdet, Reichere würden nicht mehr automatisch bevorzugt.[41]

»Mündige Bürger würden niemals einem Rattenfänger hinterherlaufen«, schreibt der Schweizer Aktivist Hans Widmer, der zutiefst an die menschliche Fähigkeit zur Selbstregierung und Selbstregulierung glaubt. Reine Wahldemokratien sieht der Gründer der Initiative »Neustart Schweiz« allerdings kritisch: »Zwischen den Bürgern und den

politischen Geschäften einer repräsentativen Demokratie steht eine Schicht von Repräsentanten, die, wie die Aristokratie, der sie in Europa nachgerückt sind, von ihren Privilegien leben. Naturgemäß suchen sie ihre Wiederwahl durch Gefälligkeiten an ihre Klientel zu befördern.«

Mündig ist aus seiner Sicht »derjenige Mensch, der seine Antriebe aus Einsicht in etwas Größeres als seine unmittelbaren Bedürfnisse beherrscht: erstens in sein Leben als ein Ganzes und zweitens in die Gesellschaft, in die dieses eingebettet ist. Das setzt Kenntnis wie Übung voraus.« Und: »Voraussetzung für solche Mündigkeit ist das Gefühl von Zugehörigkeit, Überschaubarkeit, ja: Heimat.« Das lebendige Lokale als Kompensation für Kälte und Unübersichtlichkeit sei in Zeiten der Globalisierung nötiger denn je.



## Netze von Gleichgestellten

Das menschliche Potenzial zur Selbstorganisation ist riesig – viel größer, als wir vielleicht selbst glauben. Das zeigen auch Großunternehmen neuen Typs, die ihre Hierarchie mitsamt »Personalführung« radikal abgeschafft haben.[42]

Der japanische Autohersteller Toyota führte bereits in den 1960er-Jahren Teamarbeit ein. Das Management befragte Arbeiter am Fließband, wie man die hohen Ausschussraten senken könnte. Diese wussten das natürlich viel genauer als ihre Vorarbeiter oder Chefplaner und erarbeiteten Vorschläge. Toyota wurde in der Folge produktiver als seine Konkurrenten, die dieses Modell nach und nach übernahmen.

Ein anderes Beispiel aus dem Dienstleistungsbereich: die Pflegeorganisation »Buurtzorg«. Gegründet 2007 von nur 10 Menschen, ist sie heute mit über 7.000 Beschäftigten der größte ambulante Pflegedienst in den Niederlanden. Teams von 10 bis 12 Pflegekräften arbeiten völlig selbstständig und teilen sich ihre Arbeit selbst ein. Sie betreuen je 50 Personen, gehen in Familien, trinken dort Tee und unterhalten sich. Was nach gemütlichem Schlendrian klingt, ist höchst effektiv: Patienten werden in ihrer Autonomie gestärkt und dadurch schneller gesund,

Mitarbeitende machen ihre Arbeit sehr gerne und sind zu 60 Prozent weniger krank als anderswo. Alle Beteiligten sind zufriedener. Buurtzorg gehört zu den beliebtesten Arbeitgebern. Und das niederländische Gesundheitssystem spart dadurch jährlich zwei Milliarden Euro ein. Das alles, weil ein Großunternehmen dem Grundsatz folgt: »Kontrolle ist gut, Vertrauen ist besser.«

Programmierer und Softwarespezialistinnen nennen solche Strukturen »Peer-to-Peer-Netze«, abgekürzt P2P. Peers sind Gleichgestellte, sie arbeiten auf Augenhöhe miteinander und sind vernetzt. Solche Netze sind wesentlich widerstandsfähiger gegen Störungen: Es gibt keine Zentrale mehr, die anordnet, was zu tun ist. Alle arbeiten dezentral mit vielen kleinen Unterstrukturen. Wenn ein »Netzteil« ausfällt, füllen andere sofort die Lücke.

Das ist auch die beste Strategie für die komplexen Zukunftsprobleme moderner Gesellschaften: Demokratisierung und Dezentralisierung lassen viele kleine Netze entstehen, die Gemeinschaftlichkeit tragen und lokale Lösungen befördern.

Kapitel 4

# Mehr Resonanz durch Beteiligung: ein historischer Rückblick

Demokratie kann heute nur in Vorwärtsverteidigung gerettet werden: durch Verbreitung und Vertiefung, durch mehr Volksgesetzgebung, durch stärkere Inklusion aller Stimmen, durch eine Beteiligungskultur, die ihren Namen verdient. Reine Wahldemokratien sind nicht (mehr) zeitgemäß. Im Gegenteil könnte für sie ein afrikanisches Motto zutreffen: »Was du für mich tust, aber ohne mich, das tust du gegen mich.«[43] Wir brauchen mehr Resonanz auf allen Ebenen, sonst ernten wir Rechtspopulismus.



## Der Souverän ist oben, die Regierung unten

Alle Demokratietheorien gehen davon aus, dass die Bevölkerung der eigentliche Souverän ist. Von ihr und nur von ihr geht die Macht oder »Gewalt« aus. Egal, ob die Bürgerschaft sich direkt selbst vertritt, wie bei Volksabstimmungen und in direkter Demokratie. Oder ob sie Entscheidungen durch Beratung vorbereitet, wie bei deliberativer Demokratie. Oder ob sie Abgeordnete wählt, wie bei Wahldemokratien. Immer steht sie als Souverän an oberster Stelle. Die Menschen erheben entweder selbst ihre Stimmen oder *verleihen* sie ihren Vertretern und Repräsentantinnen. Diese verschiedenen demokratischen Formen ergänzen sich gegenseitig. Demokratie bedeutet Selbstregierung der Bevölkerung, »government of the people, by the people, for the people«.

Deshalb sind sämtliche Begriffe falsch, die die Bevölkerung als »Basis« sehen, die was oder wen auch immer nach »oben« delegiert. Nur umgekehrt kann es richtig sein: Der Souverän steht an *höchster Stelle* und delegiert seine Macht *nach unten*. Er spricht entweder für sich oder wählt Abgeordnete. Eine Regierung und ein Parlament sollten sich im-

mer bewusst sein, dass ihnen die Stimmen der Menschen nur zeitweise verliehen wurden, dass sie unterhalb des Souveräns stehen.

In einem gut organisierten Land ist die Umsetzung des Bevölkerungswillens leichter als anderswo: Föderale, regionale und kommunale Strukturen machen es möglich. Solche Strukturen sind »subsidiär«: Nur dann, wenn die kleinere oder lokale Einheit dazu nicht in der Lage ist, greift die größere gesellschaftliche oder staatliche Einheit ein: regulierend, kontrollierend oder helfend. Gemeindereformen, bei denen Kommunen entmachtet und Behörden zusammengelegt werden, können deshalb gefährlich sein. Sie sparen zwar Personal und Geld ein, aber auch Lebenszufriedenheit der Bürger. Wenn sich Institutionen von der Bevölkerung räumlich entfernen, wenn Schulen, Kliniken oder Behörden plötzlich kilometerweit entfernt in der nächsten oder übernächsten Stadt liegen, wächst daraus politische Distanz oder gar rechtspopulistische Wut.

Zugegeben: Demokratie als Selbstregierung ist nirgendwo auf der Welt voll verwirklicht, auch in der Schweiz nicht. Aber das gehört ja genau zu ihren herausragendsten Eigenschaften: Sie ist die einzige Staatsform, die sich aus sich selbst heraus weiterentwickeln kann. Der US-Politikwissenschaftler Francis Fukuyama hatte 1992 nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus behauptet: Wenn weltweit liberale Wahldemokratien regieren würden, sei die Menschheitsgeschichte an ihr Ende gelangt. Eine absurde Vorstellung. Denn Demokratisierung ist ein unendlicher Prozess, der zur Erstarrung neigende Machtstrukturen immer wieder verflüssigt. Demokratie ist eine musikalische Aufführung, in der möglichst alle Stimmen nebeneinander und nacheinander zum Klingen gebracht werden: da capo al fine da capo.

## Losverfahren als urdemokratisches Prinzip

Das antike Athen im 5. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung gilt gemeinhin als »Wiege der Demokratie«. Allerdings ist das eine sehr westliche Sichtweise, die unzählige uralte, teilweise bis heute praktizierte Demokratieformen übersieht. Etwa bei Jäger-und-Sammler-Gesell-

schaften, die jeden Abend am Lagerfeuer von Gleich zu Gleich beraten. Oder bei indigenen Bevölkerungsgruppen, die egalitäre Konsensfindung pflegen. Aber schauen wir uns an, wie Athen als eine der ersten schriftlich dokumentierten Demokratien der Welt funktionierte – jedenfalls soweit wir das aus historischen Quellen wissen.

Die Selbstregierung ging aus von der philosophischen Vorstellung, dass Menschen von Natur aus dieselben Rechte und dieselbe Würde besitzen – die »Naturrechte«, später »Menschenrechte«. Die auf demselben Territorium lebenden Menschen bilden eine Gemeinschaft der freien und gleichen Bürger. Sie können das Gemeinwesen gleichberechtigt gestalten. Frauen, Sklaven, Kriegsgefangene, Zugezogene und Männer unter 30 wurden im antiken Athen allerdings nicht als vollwertige Menschen angesehen. De facto war dort eine höchst eingeschränkte Demokratie am Werke: Nur ungefähr zehn Prozent der Bevölkerung, etwa 30.000 bis 60.000 männliche Vollbürger, besaßen das Recht, mitzumachen und mitzubestimmen.



Die Volksversammlung und der »Rat der 500« fungierten als Legislative, der Magistrat als Exekutive und das Volksgericht als Judikative. Die meisten Ämter wurden per Los, also per Zufall, vergeben, sodass jeder*mann* die Chance hatte, mitregieren zu können. Schätzungsweise 50 bis 70 Prozent der »Freien und Gleichen« hatten irgendwann ein Amt inne. Bei der »Volksversammlung« kamen Tausende von Männern zusammen und trafen gemeinsame Entscheidungen oder erließen Gesetze. Auch das »Volksgericht« bestand aus 6.000 Männern, die wiederum fast jeden Morgen Hunderte von Jurymitgliedern für die alltäglichen Rechtsfälle oder die Überprüfung der Gesetze auslosten: »Volksrichter« war man nur einen Tag lang. Die per Zufall in den Rat der 500 und den Magistrat Gelangten amtierten meist bloß ein Jahr und konnten nicht wiedergewählt werden. Es gab also keinen Unterschied zwischen Regierenden und Regierten, keine Berufspolitiker. Die Bevölkerung, genauer gesagt, ihr männlicher griechischer Teil, regierte sich selbst. Regieren und Regiertwerden müsse »reihum« gehen, befand Aristoteles: »Alle Ämter werden aus allen besetzt, alle herrschen über jeden und jeder abwechslungsweise über alle.«[44]

Die freien Bürger versammelten sich im Tages-, Wochen- oder Monatsrhythmus auf der »Agora«. Das war der zentrale Fest- und Marktplatz, der Mittelpunkt der »Polis«, des Stadtstaates. Politik, Justiz, Ökonomie, Kultur und Religion waren noch nicht getrennt: Auf der Agora fanden neben politischen Versammlungen auch Gerichtsverhandlungen und Handelsmärkte statt, kulturelle Veranstaltungen, religiöse Feiern und Riten, in denen eine gemeinsame Identität beschworen wurde. Sie bestand typischerweise aus einer Freifläche im Schnittpunkt mehrerer Wege, am Rande bebaut mit Tempeln, Säulenhallen und öffentlichen Bauten, die Schutz vor Sonne und Regen boten. Deren Wände mussten widergehallt haben vom Stimmengewirr, von Klatsch und Tratsch der Marktweiber, von den Liedern der Schausteller, den Rufen der Eselstreiber, von heftigen Diskussionen der Bürger. Demokratie war und ist Ausdruck eines körperlichen, emotionalen und geistigen Urbedürfnisses, die eigene Stimme erheben zu können.

Diese »Mutter aller öffentlichen Plätze« spielte eine zentrale Rolle bei der Entwicklung des städtischen Lebens. Die Agora diente als alltäglicher Treffpunkt und Diskussionsort der Athener. In diesem Stadtstaat von 300.000 bis 600.000 Menschen trafen sich tagtäglich Tausende auf dem zentralen Platz, um alle Angelegenheiten direkt und selbsttätig zu regeln. Das heißt auch: Das gegenseitige An-Sehen, wortwörtlich und im übertragenen Sinne, spielte eine enorme Rolle. Ebenso die gegenseitige An-Hörung. Das war körperlich erlebbare Demokratie. So ganz anders als heute, wo viele Menschen den Tag vor Bildschirmen verbringen, ihre gewählten Repräsentanten nur auf Bildschirmen erleben und selbst auf öffentlichen Plätzen lieber auf die Bildschirme ihrer Smartphones schauen als in die Augen anderer.

Auch die Römische Republik beruhte anfangs noch auf der Idee der Gleichberechtigung der Freien. Dann hielt dort mehr und mehr das oligarchische Prinzip Einzug: Die Stimme eines Reichen hatte mehr Gewicht bei der Wahl eines Konsuls als die eines Armen. Und in späteren Zeiten, als Kaiser und Könige Europa regierten, gingen die demokratischen Ideale völlig verloren. Das Machtschema drehte sich wieder um: Nicht mehr die Bürgerschaft war der Souverän, son-

dern die Herrscher, die von oben herab ihre Sklaven, Leibeigenen und Untertanen knechteten.

In den mittelalterlichen Stadtstaaten wie Bologna, Pisa, Venedig oder Florenz lebte das alte demokratische Denken allerdings weiter, ebenso in den freien Reichsstädten. Die Republik Venedig praktizierte mit der »Ballota« eine umständliche Mischung von Wahl- und Losverfahren, in Florenz wurde nur gelost. »Der Gebrauch des Losverfahrens fiel häufig mit dem Höhepunkt von Wohlstand, Prosperität und Kultur zusammen«, fiel dem belgischen Historiker Van Reybrouck auf.[45]

Erst im Zeitalter der Aufklärung erfuhr die Demokratie neue Wertschätzung. »Wahl durch Los entspricht der Natur der Demokratie, Wahl durch Abstimmung der Natur der Aristokratie«, schrieb Montesquieu, Vordenker des modernen Rechtsstaates. Sein Kollege Jean-Jacques Rousseau empfahl 1762 in seinem berühmten Werk »Der Gesellschaftsvertrag« eine Mischung aus Los- und Wahlverfahren.[46] »In jeder wahren Demokratie ist ein Amt kein Vorteil, sondern eine drückende Last, die man gerechterweise nicht dem einen mehr als dem anderen auferlegen darf. Das Gesetz allein darf sie dem auferlegen, auf den das Los fällt«, glaubte er.

Aber nach der Französischen Revolution wurde das alles vergessen, führt David Van Reybrouck aus. In den Republiken von Frankreich und den USA wurden »Wahldemokratie« und »Demokratie« gleichgesetzt. Und zwar aus einem sehr antidemokratischen Impuls heraus. Abbé Sieyès, einer der wichtigsten französischen Revolutionäre von 1789, notierte damals, dass »Frankreich keine Demokratie ist und keine sein kann«. Und für James Madison, den Vater der US-Verfassung, war Demokratie »stets ein Schauplatz für Unruhen und Streitigkeiten«. Der Oberste Bundesrichter John Jay ergänzte: »Die Leute, die das Land besitzen, sollen es auch regieren.« Wie Thomas Jefferson und George Washington gehörte auch Jay zu den reichsten US-Bürgern, zu den Großgrundbesitzern und Sklavenhaltern.[47]

Nach der Definition von Montesquieu war die USA keine Demokratie. Denn diese lautete: »Sobald in der Republik das Volk als Körperschaft die souveräne Macht besitzt, haben wir eine *Demokratie* vor uns. Sobald die souveräne Macht in den Händen eines Teiles des Volkes liegt, heißt sie *Aristokratie*.«[48] Van Reybrouck folgert: »Die Französische Revolution, ebenso wie die Amerikanische, verjagte nicht die Aristokratie, um sie durch eine Demokratie zu ersetzen, sondern sie verjagte eine *erbliche* Aristokratie, um sie durch eine *gewählte* Aristokratie zu ersetzen.«[49]

In seinem 1975 geschriebenen Bericht »Die Krise der Demokratie« befand der US-Politikwissenschaftler Samuel Huntington sogar ganz offen, »Exzesse der Demokratie« seien zu vermeiden. In seinen Augen waren nur Präsidenten tauglich, die zusammen mit einer Handvoll Wallstreet-Bankern das Land führten.

Wenn man die Vereinigten Staaten von heute betrachtet, muss man sogar zu noch schärferen Schlüssen kommen: Die USA sind eine *Plutokratie*, eine Herrschaft der Superreichen. Denn nur Millionäre und Milliardäre bringen genug Geld auf, um die extrem teuren Wahlkämpfe von Präsidentschaftskandidaten zu finanzieren. Früher waren das die Dynastien der Kennedys, Bushs und Clintons, heute ist es Donald Trump.

Kapitel 5

# Aufspielmöglichkeiten für die Konzerte der Selbstregierung

Welche Aufführungsmöglichkeiten gibt es für neue Formen von Demokratie, für die Konzerte der Selbstregierung? Es sind viele. Beginnen wir nochmals mit der Schweiz, weil sie mit Abstand die am weitesten entwickelte direkte Demokratie der Welt ist. Allein in diesem kleinen Land mit seinen etwa acht Millionen Einwohnern findet die Hälfte aller Volksabstimmungen weltweit statt. Allerdings hat sich die Selbst- und Mitbestimmung bisher auf den politischen Sektor beschränkt und die Schweizer Banken und Konzerne mit ihren ausbeuterischen Praktiken weitestgehend verschont.



## Instrumente der direkten Demokratie

Die Schweiz hat sich früher als die meisten anderen Nationen zu einem Staat freier Bürger entwickelt. Wobei ihre Bürger*innen* länger ohne Wahlrecht blieben als anderswo, bis 1971 und im Kanton Appenzell Innerrhoden sogar bis 1991. Angeblich 1291 – das Datum ist umstritten – schworen Vertreter der späteren Kantone Uri, Schwyz und Unterwalden auf einer Wiese am Vierwaldstätter See einen Bund gegen den tyrannischen Adel, die Vögte der Habsburger. Friedrich Schiller schuf aus diesem Stoff später das Drama »Wilhelm Tell« und damit den Gründungsmythos der Alten Eidgenossenschaft. Daraus erwuchs 1848 der moderne Schweizer Bundesstaat.

Volksabstimmungen gab es dort schon seit dem Mittelalter in den sogenannten Landsgemeinden, später auch in Städten wie Zürich. In den freien Gemeinden der Drei Bünden gedieh die direkte Demokratie am weitesten. Sie entwickelten sich seit dem 16. Jahrhundert zu einem in Europa einzigartigen Gebilde: einem dreisprachigen, mehrreligiösen und selbstregierten Freistaat. Die Bündner Bürger schworen, außer

Gott keinen Herrn über sich zuzulassen. Sie beanspruchten das Recht, »je nach Mehrheit Gesetze zu machen und aufzuheben, Bündnisse mit fremden Fürsten und Gemeinschaften zu schließen, über Krieg und Frieden zu bestimmen und alle anderen Angelegenheiten zu beraten, welche höhere und niedere Gewalt betrafen«.[50]

Die selbstverwalteten freien Gemeinden waren über Jahrhunderte föderalistische, dezentrale Kleinstaaten, später wurden daraus die Kantone. Ein Herzstück bildeten die »Talgenossenschaften«. Eine der ältesten ist die der Berggemeinde Törbel aus dem Jahr 1224, die flächengrößte die Oberallmeindkorporation Schwyz. Die Bürger eines Tales schlossen sich zu einer solidarischen Arbeits- und Versicherungsgemeinschaft zusammen. Gemeinschaftlich bewirtschafteten sie ihre Allmenden – Almen, Wälder, Gewässer – und halfen sich aus Notsituationen heraus. Freiheit und Gleichheit sahen sie nicht als Gegensatz, sondern als Ergänzung: Sie empfanden sich als frei, weil sie *gleich* waren. Das beförderte ihre bürgerstolze Gemeinschaftsethik. Viele übernahmen ehrenamtliche Aufgaben in der Gemeinde.

»Diese föderalistische Gesinnung«, schrieb der Historiker Wolfgang von Wartburg 1951 in seiner »Geschichte der Schweiz«, »überwand das Misstrauen zwischen Stadt und Land, sie stellte die kleinen Orte den großen gleich, sie ermöglichte es, die religiöse Spannung auszuhalten und innere Zwistigkeiten zu überwinden.« Sie beförderte auch demokratische Ideen wie »ein Mann – eine Stimme«, wobei die Frauen lange nicht mitgedacht wurden. Die Erfahrung einer föderal-demokratischen »res publica« beeinflusste wiederum den Genfer Bürger Jean-Jacques Rousseau, der in seinem »Gesellschaftsvertrag« vorschlug, die großen Staaten nach kleinstaatlichen Prinzipien aufzulockern.

Die direkte Demokratie der Eidgenossenschaft wurde im Laufe der Zeit immer mehr erweitert und vertieft. Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts findet sie nicht nur auf kommunaler und kantonaler, sondern auch auf nationaler Ebene statt. Volksentscheide können jederzeit und zu allen Themen gestartet werden, sobald eine Initiative mit 100.000 Unterschriften eingereicht wird. Bei den Abstimmungen entscheidet

immer die einfache Mehrheit. Ein Quorum, also ein vorgeschriebenes Mindestmaß an Stimmbeteiligung wie hierzulande, gibt es nicht. Und seit 1987 ermöglicht die Einführung eines »doppelten Ja mit Stichfrage«, dass Wahlberechtigte sowohl einer Volksinitiative als auch einem Gegenvorschlag des Parlaments zustimmen können. Das klingt vielleicht etwas verwirrend, ist aber sinnvoll, weil es pure Ja-Nein-Entscheidungen vermeidet und eine differenzierte Stimmabgabe ermöglicht.

Jeder Schweizer und jede Schweizerin stimmt an jährlich vier Terminen über durchschnittlich zehn Gesetze, Initiativen oder Referenden auf Bundesebene ab und über noch mehr auf kantonaler und Gemeindeebene. Mit den Wahlunterlagen zusammen bekommen die Menschen ein »Abstimmungsbüchlein«, das alle wichtigen Informationen enthält: die zur Abstimmung stehende Vorlage, Pro- und Kontra-Argumente, die Meinung des Bundesrats, der Kantonsregierung oder des Gemeinderats sowie die Ergebnisse früherer Beratungen und Abstimmungen in diesen Gremien.



Die Schweizer Bevölkerung weiß, dass sie das letzte Wort hat und ein Korrektiv ist für Parlament und Regierung. Immer wieder gab es hier überraschende Ergebnisse. So wurde die Eidgenossenschaft nach einer Volksabstimmung gegen Gentechnik zum ersten Land der Welt, das »die Würde der Kreatur« auch für Pflanzen in seiner Verfassung verankert hat; trotz des Drucks von Schweizer Gentechkonzernen wie Syngenta verlängerte das Parlament mehrfach und zuletzt Anfang 2017 ein entsprechendes Anbaumoratorium. 2016 lehnte eine klare Bevölkerungsmehrheit die Initiative der rechtspopulistischen SVP ab, in der unter anderem gefordert wurde, in der Schweiz geborene Menschen mit ausländischen Eltern abzuschieben (»auszuschaffen«), wenn sie kleine Delikte begangen hatten.

Obwohl sich bei den jeweiligen Abstimmungen selten mehr als 40 bis 60 Prozent der Wahlberechtigten beteiligen, identifizieren sich laut Umfragen mehr als drei Viertel der Bevölkerung mit der direkten Demokratie – mehr als mit jeder anderen politischen Institution.[51] Die Abstimmungen sind Resonanzkammern für die gesamte Bevölkerung.

Das Initiativrecht ist zudem eine hervorragende Möglichkeit, bestimmte Themen gesellschaftlich zur Diskussion zu stellen. Den Personen, die Unterschriften sammeln, ist oftmals von vornherein bewusst, dass sie keine Mehrheit erreichen werden; trotzdem werden sie aktiv. So geschehen bei den Initiativen zur Abschaffung von Armee und Militärdienst, zur maximalen Gehaltsdifferenz von 1:12 in einem Betrieb oder zum bedingungslosen Grundeinkommen. Den hier Engagierten war am wichtigsten, überhaupt eine Debatte zu beginnen und vielleicht erst im zweiten oder dritten Anlauf zu gewinnen, wenn überhaupt.

Die Abstimmungen sind Stoff für viele Gespräche in Küchen, Kantinen und Kneipen, Tageszeitungen und Talkshows, Versammlungen und Vereinssitzungen. Direkte Demokratie ist immer auch eine Schule der Demokratie, eine ständige politische Weiterbildung. Das Prinzip der Mitverantwortung hat auch eine pädagogische Seite: Jeder Bürger und jede Einwohnerin sieht sich sanftem Druck ausgesetzt, sich zu den Themen der nächsten Volksabstimmungen eine Meinung zu bilden – auch diejenigen, die sich selbst als unpolitisch sehen. Direkte Demokratie wirke wie »unersetzliche Bürgerschulen, ohne die gerade der freiheitlich-demokratische Staat in seinen Wurzeln verdorren müsste«, befand der Schweizer Adolf Gasser bereits 1947. »Ich kann mir kein besseres politisches System vorstellen«, bilanziert die frühere National- und Europarätin Gaby Vermot-Mangold ihre langjährige Arbeit. »Man wird immer wieder konfrontiert mit inhaltlichen Herausforderungen, muss sich eindenken in die politischen Mechanismen, muss Entscheide fällen und wird nie in Ruhe gelassen – und das ist ein gutes Gefühl!«

Initiativen und Referenden sind unterschiedliche Instrumente, auch wenn die Begriffe in Deutschland fälschlicherweise oft synonym verwendet werden. Von einem Referendum spricht man, wenn ein bereits bestehendes Gesetz zurückgenommen werden soll, das durch die Regierung, das Parlament oder auch durch eine frühere Volksabstimmung zustande kam. Um ein bestehendes Gesetz nochmals abzustimmen (»fakultatives Referendum«), muss eine Gruppierung oder Partei binnen 100 Tagen 50.000 Unterschriften sammeln. Bei einem »obligatorischen Referendum« befindet die Bürgerschaft über eine vom Parlament

beschlossene Verfassungsänderung oder einen Beitritt zu einer supranationalen Organisation wie der UNO. Statt von Referendum sprechen viele auch vom »Volksveto«, was die Sache auf den Punkt bringt.

Eine Volksabstimmung hat auf Schweizer Bundesebene nur dann Erfolg, wenn sowohl die Mehrheit aller Stimmenden (»Volksmehr«) als auch die Mehrheit in den Kantonen (»Ständemehr«) zustande kommt. Dann muss das Parlament die Vorlage beraten, gegebenenfalls ändern, verabschieden und je nach Forderung in der Verfassung verankern. Es gibt also diverse »Checks and Balances«, die für Ausbalancierungen zwischen direkter und repräsentativer Demokratie sorgen. Und allen Vorurteilen zum Trotz: Fast alle Gesetze beschließt – anders als in Deutschland mit seiner übermächtigen Exekutive – allein das Parlament, das nach wie vor eine sehr starke Legislative darstellt.



Die Bevölkerung ist der oberste Souverän, der immer und jederzeit eingreifen kann. Es handelt sich also um einen unendlichen demokratischen Prozess, dessen Richtung ständig geändert und korrigiert wird. Die Regierenden sind sich dessen bewusst. Oftmals nehmen sie in ihren Beratungen und Entscheidungen vorweg, was die Mehrheit der Bürgerschaft wohl denkt. Dieser Respekt vor dem Bevölkerungswillen ist bis in den Alltag hinein spürbar. Manchmal sogar »in übertriebener Weise«, wie politische Aktivistinnen finden, die die allzu schnelle Anpassung an gefühlte Mehrheitsstimmungen kritisieren.

Die Exekutive der Schweiz, der »Bundesrat«, regiert seit 1959 nach dem »Konkordanzprinzip«. Dies bedeutet, dass die wichtigsten politischen Parteien ins Regierungskabinett eingebunden sind. Nach der sogenannten Zauberformel entsenden die drei größten Parteien je zwei Mitglieder, die viertgrößte Partei ein Mitglied ins siebenköpfige Regierungskabinett. Auch wird darauf geachtet, dass mindestens zwei Bundesratsmitglieder aus der französischen oder italienischen Schweiz stammen, die konfessionelle Zugehörigkeit mag ebenfalls eine Rolle spielen. Das Konkordanzprinzip wurde nie in die Verfassung hineingeschrieben. Es geht vielmehr um eine stille Übereinkunft der größten Parteien. Im Prinzip steht es jeder dieser Parteien frei, die Regierung

zu verlassen und in Opposition zu gehen, aber allenfalls für den linken Flügel der Sozialdemokratischen Partei war dies jemals eine ernsthafte Option. Eine solche Konkordanzdemokratie ist weltweit einmalig.

In der Regierung, im Bundesrat, gibt es Mehrheiten und Minderheiten. Es wird abgestimmt. Aber gegen außen vertreten alle Regierungsmitglieder dann die Mehrheitsentscheidung. Ein einzelnes Bundesratsmitglied, ein Minister also, findet aber im Notfall durchaus seine Wege oder lässt durchsickern, dass er oder sie in der Minderheit war. Eine parlamentarische Opposition im üblichen Sinne gibt es nicht, weil die Parteien in die Regierung eingebunden sind. Die ziemlich bedeutungslose Opposition bilden dann kleine Parteien: die Grünen, die Grünliberalen, die Lega dei Ticinesi und weitere. Die Abgeordneten, »Nationalräte« genannt, bilden keine Koalitionen und konzentrieren sich mehr auf Sachpolitik. All das zeigt, wie stabil, konsensorientiert und manchmal auch langweilig das Land funktioniert.

In den 26 Kantonen wiederum bestimmen die jeweiligen Kantonsverfassungen, was »vors Volk« muss. Im Groben funktioniert die kantonale Demokratie wie die nationale, auch wenn unterschiedlich geregelt wird, wie viele Unterschriften in welcher Frist vorliegen müssen. Im Kanton Bern kommt ein Referendum mit 15.000, im Kanton Zürich mit 6.000 Unterschriften zustande. In manchen hat der Souverän sämtliche kantonalen Gesetze mehrheitlich zu billigen, auch Finanzhaushalte und Steuersätze. Das macht auch Kantonalpolitiker vorsichtiger und bescheidener.

Die Idee der Volkssouveränität geht sogar so weit, dass die Parlamente in den beiden Kantonen Appenzell Innerrhoden und Glarus nur beraten und nicht entscheiden dürfen. Die Rollen sind hier umgekehrt: Die eigentliche Gesetzgebung findet in »Landsgemeinden« statt. Hunderte oder Tausende von Menschen diskutieren unter freiem Himmel Gesetze und Finanzhaushalte. Und das mit Würde, Fahnen und Tamtam, mit Tradition, Identität und Emotion; manchmal tragen die Männer sogar Schwerter. Hier kommt man dem – männlich geprägten – Geist der alten attischen Demokratie vielleicht näher als irgendwo anders.

Allerdings wird in der Schweiz immer wieder darüber gestritten, ob diese Versammlungen noch zeitgemäß seien. Kritisiert werden vor allem die nichtgeheime Abstimmungsweise und eine gewisse Minderheitenfeindlichkeit. Der Politikwissenschaftler Hans-Peter Schaub verglich in seiner Dissertation die Demokratiequalität in acht Kantonen und kam zum Ergebnis, dass weder die positiven noch die negativen Klischees über die Landsgemeinden stimmten. Sie seien weder die häufig glorifizierten »Schulen der Demokratie« mit einer besonders aktiven Zivilgesellschaft, noch seien sie so minderheitenfeindlich wie oft angenommen.[52]

Was im brasilianischen Porto Alegre in den 1980ern als neue demokratische Errungenschaft gefeiert wurde – die Diskussion und Verabschiedung eines »Bürgerhaushalts« –, ist in der Schweiz so alt wie der Hut des Adligen, vor dem sich Wilhelm Tell der Legende nach nicht verbeugen wollte. In einigen Schweizer Gemeinden entscheidet die Bevölkerung direkt über den kommunalen Etat. Auch viele Amtsinhaber werden hier direkt gewählt – etwa die von Schulbehörden, Bezirksverwaltungen und Gerichten. Die Bürgerschaft hat also wesentlich mehr Rechte und Kompetenzen als in Deutschland und kann auch viel direkter bestimmen, wohin ihr Steuergeld fließt.



Interessanterweise rechnet sich direkte Demokratie auch ökonomisch. Befürchtungen, Bürger und Einwohnerinnen würden sich jede Menge kommunale Spaßbäder oder andere unfinanzierbare Wünsche genehmigen, traten nicht ein. Im Gegenteil. Die Steuermoral ist dort höher als in Wahldemokratien: Die Leute sind offenbar viel eher bereit, Steuern zu zahlen, wenn sie sehen können, wohin »ihr« Geld geht – etwa in kommunale Kliniken oder Schulen. Und in Kantonen mit viel direkter Demokratie ist gleichzeitig das Pro-Kopf-Einkommen größer als andernorts.[53]

In einer akribischen Fallstudie untersuchten die Ökonominnen Patricia Funk und Christina Gathmann 25 Schweizer Kantone in den letzten 110 Jahren. Ergebnis: Je mehr die Bürgerschaft selbst über die Verwendung der Ausgaben mitreden kann, desto solider sind die öffentlichen

Finanzen. In 15 Kantonen wird ein sogenanntes Finanzreferendum einberufen, wenn ein öffentliches Investitionsprojekt die vorgegebene Höhe überschreitet. Kostenexplosionen wie bei »Stuttgart 21« oder der Hamburger Elbphilharmonie wären im Alpenstaat nicht ohne Weiteres möglich. Allein zwischen 1980 und 1999 fanden 461 verschiedene regionale Finanzreferenden statt. Und offenbar reicht schon die bloße Drohung mit einer Volksabstimmung, dass Politiker sparsamer mit Geldern umgehen.[54]

Direkte Demokratie kostet natürlich auch Zeit: Die Entwicklung eines Gesetzes bis zur Abstimmung dauert drei bis sechs Jahre. Entschleunigte Entscheidungsprozesse sind in den Überschallzeiten von heute zumeist von Nutzen. In der Schweiz geht es auch insgesamt gemütlicher zu als im hektischen Deutschland: Die Mittagspausen werden noch eingehalten, das alltägliche Tempo ist etwas langsamer. Mitursache oder Folge des Selbstregierens? Das ist schwer zu sagen.

## In Deutschland noch sehr ausbaufähig

Die Demokratie der Bundesrepublik macht im Vergleich dazu einen sehr ausbaufähigen Eindruck. Der eigentliche Souverän hat zwischen den Wahlen kaum etwas zu sagen. Viele außerparlamentarisch Engagierte geben irgendwann frustriert auf, weil ihre Stimmen kein Gehör finden, weil keine Resonanz und Rückkopplung mit politischen Gremien stattfindet. Das schwächt die Legitimität des Gesamtsystems und erhöht die Wut in manchen Kreisen.

Dabei sind direkte und repräsentative Demokratie kein Gegensatz, sondern könnten sich wunderbar gegenseitig ergänzen und stärken. Das Schweizer Parlament erarbeitet weit mehr Gesetze als der Bundestag, es ist in scheinbar paradoxer Weise als Legislative stärker und gewichtiger als sein deutsches Pendant. Die *German Angst* vor der direkten Demokratie ist kontraproduktiv. Denn damit wird eine Haltung bei den politischen Entscheidungsträgern verfestigt, die der Sozialwissenschaftler Karl Deutsch (1912–1992) so definierte: »Macht ist das Privileg, nicht lernen zu müssen.«

Die Hauptursache für die Abneigung vieler Deutscher gegen die direkte Demokratie lag in der Erfahrung des Nationalsozialismus. Nach dem Zweiten Weltkrieg herrschte tiefes Misstrauen gegenüber dem »Pöbel«, der die Naziherrschaft möglich gemacht hatte. Das Grundgesetz, im Auftrag der drei westlichen Besatzungsmächte 1949 verabschiedet, setzt deshalb allein auf repräsentative Demokratie. Bundesweite Volksabstimmungen sind nicht vorgesehen. Und nach dem Willen der CDU soll das auch so bleiben.

Alle anderen Parteien sind dafür: CSU, SPD, Grüne, Linke, FDP, auch die AfD. In einer parteiinternen Befragung Ende 2016 sprachen sich 68 Prozent der CSU-Mitglieder dafür aus, dass sich die CSU für Volksentscheide auf Bundesebene einsetzt. Bei repräsentativen Umfragen in der Gesamtbevölkerung sind es noch mehr: 71 Prozent befürworteten im Oktober 2016 bundesweite Volksbefragungen, auch 59 Prozent der Unions-Anhänger. Fragt man allgemeiner nach mehr Bürgerpartizipation, so wie die Bertelsmann-Stiftung 2011, stimmen sogar 81 Prozent zu.



Alle Parteien außer der CDU starteten auch immer wieder Initiativen, um bundesweite Volksentscheide zu ermöglichen. 2002 legten SPD und Grüne einen gemeinsamen Gesetzentwurf vor. 2005 forderten Linke, Grüne und FDP in getrennten Entwürfen eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes. Alle scheiterten an der dafür nötigen Zweidrittelmehrheit im Parlament. Deutschland ist in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg das einzige Land, das auf nationaler Ebene noch nie einen Volksentscheid erlebt hat.

Damit fehlt hierzulande das wichtigste Element der Demokratie: die Anerkennung, dass die Bevölkerung der oberster Souverän ist, dass sie mit bundesweiten Volksbegehren das erste Wort und mit Referenden das letzte Wort haben sollte, um Parlament und Regierung zu korrigieren. Wie das Beispiel Schweiz zeigt, sorgt direkte Demokratie nicht für Chaos und Willkür, sondern für größtmögliche Stabilität – in einem Ausmaß, die sogar manchen Schweizern schon zu viel ist. Direkte Demokratie ist der Hallverstärker im demokratischen Klangkörper und das wichtigste resonanzerzeugende Element.

Viele Menschen in Deutschland, die sich als progressiv verstehen, werden allerdings sehr konservativ, wenn sie das Wort »Volksabstimmung« hören. Sie argumentieren, damit könnte morgen die Todesstrafe oder andere menschenfeindlichen Gesetze eingeführt werden. Das ist jedoch falsch. Hier wacht das Bundesverfassungsgericht über die Grundwerte der Verfassung. Und dazu gehört auch Artikel 102 des Grundgesetzes, der explizit feststellt: »Die Todesstrafe ist abgeschafft.« Auch andere Grundrechte, die Minderheiten schützen, können nicht oder nur mit Zweidrittelmehrheit weggestimmt werden.

In diesem Punkt ist die Situation hier sogar besser als in der Schweiz. Denn dort gibt es kein Verfassungsgericht, das im Zweifelsfall bestimmte Abstimmungen verbietet. Viele Schweizer fordern deshalb die Einführung einer Instanz, die Grundwerte hütet. Damit wäre ein Volksentscheid über ein Minarettverbot oder »gegen Masseneinwanderung« illegal, weil er gegen das Grundrecht auf Religionsfreiheit oder das internationale Recht auf Freizügigkeit verstößt. Aber man muss zugunsten der Schweiz auch hinzufügen: Diese beiden von der rechtspopulistischen SVP initiierten minderheitsfeindlichen Volksabstimmungen haben zwar international für viel Aufsehen gesorgt, sind aber die Ausnahme geblieben. In mehr als 150 Jahren direkter Demokratie gab es bisher nur 20 Volksinitiativen, die sich gegen Minderheitenrechte richteten, und nur 4 wurden angenommen.[55]

Manche argumentieren auch, direkte Demokratie verschärfe die soziale Spaltung. Tendenziell würden sich nur Wohlhabende bei Volksentscheiden beteiligen, Ärmere eher nicht. »Die höheren und mittleren Schichten sowie die Männer sind über-, die unteren Schichten und die Frauen unterrepräsentiert«, schreibt etwa der Sozialwissenschaftler Wolfgang Merkel in einer Studie der Otto-Brenner-Stiftung.[56] Das Argument gilt allerdings ebenso für Wahlen – sozial Benachteiligte gehen tendenziell weniger wählen. Umgekehrt zeigt der Fall der Schweiz, dass direkte Demokratie auch für Unterprivilegierte oder politisch eher Desinteressierte als immerwährende »Schule der Demokratie« wirkt. Wolfgang Merkels Argument ist zudem grundsätzlich zweifelhaft: Sollte auf ein Recht etwa nur deshalb verzichtet werden, bloß weil es

manche nicht nutzen? Dann könnten wir auch Wahlen, Klagemöglichkeiten oder die Homo-Ehe abschaffen und vieles mehr.

## Volksgesetzgebung ist kein Plebiszit

Ein Prozess der Volksgesetzgebung, den Bürger und Einwohnerinnen initiieren, ist nicht zu verwechseln mit einem Referendum oder Plebiszit, das eine Regierung inszeniert – oft um des puren Machterhaltes willen. Solche Plebiszite »von oben«, in unserer Terminologie »von unten«, sind immer zweifelhaft, wenn nicht sogar gefährlich. Sie festigen die Macht der Mächtigen zulasten der Ohnmächtigen, stiften Unfrieden und hinterlassen zutiefst gespaltene Nationen. Dies vor allem aus drei Gründen: Erstens kann eine Regierung den für sie günstigsten Zeitpunkt festsetzen und damit unter Umständen populistische Wellen erzeugen. Zweitens lässt sie bei der Abstimmung zumeist keine Alternativen zu. Und drittens kann es bei knappen Mehrheitsergebnissen der unterlegenen Minderheit hinterher an den Kragen gehen.



Ein Beispiel für solch ein Referendum fand im Oktober 2016 in Ungarn statt. Regierungschef Victor Orbán wollte über die EU-Flüchtlingsquoten abstimmen lassen, um seinen gnadenlosen Kurs gegen Geflüchtete politisch zu legitimieren. Allerdings scheiterte er daran, dass an der Abstimmung nur rund 45 statt der erforderlichen 50 Prozent der Wahlberechtigten teilnahmen.

Anderes Beispiel: die Abstimmung über den »Brexit«, die allerdings kein Plebiszit im rechtlich bindenden Sinne war. Der frühere britische Regierungschef David Cameron brach sie aus machtpolitischen Gründen vom Zaun. Cameron glaubte, er könne damit die Rechtspopulisten um Nigel Farange kaltstellen, die Bevölkerung werde den Austritt aus der EU schon ablehnen. Hier wäre eine Bürgerberatung ein besseres Mittel der Wahl gewesen, befand David Van Reybrouck in einem »Spiegel«-Interview: »Stellen Sie sich vor, es wären per Losverfahren tausend Briten ausgewählt worden. Diesen Menschen hätte man ein halbes Jahr Zeit gegeben, sich über die Zukunft der europäisch-britischen Beziehungen Gedanken zu machen … Hätte man diese Leute am Ende dieses

Prozesses abstimmen lassen – es hätte wahrscheinlich eine viel vernünftigere Entscheidung gegeben, und die tiefe Spaltung des Landes wäre vermieden worden.«[57]

## Volksgesetzgebung auf Landesebene

Seit 1998 ist die Volksgesetzgebung auf Landesebene in allen 16 deutschen Bundesländern möglich. Am längsten gibt es sie in Hessen und Bayern, seit der Wende auch in den ostdeutschen Ländern. 1989 hatte die oppositionelle Bürgerbewegung der DDR am Runden Tisch einen Verfassungsentwurf ausgearbeitet, der bundesweite Volksentscheide vorsah, dieser war aber an der westdeutschen Regierung gescheitert. Dafür wurden die Volksentscheide in alle späteren Landesverfassungen der neuen Bundesländer hineingeschrieben.

Ein im März 2017 veröffentlichter Bericht von Mehr Demokratie zeigt, dass direkte Demokratie vor allem seit den 1990er-Jahren immer häufiger genutzt wird.[58] Seit 1946 gab es insgesamt 324 Bürgerverfahren, aber nur 23 Abstimmungen in bloß 7 Ländern. Die allermeisten Verfahren scheitern, ohne den Volksentscheid erreicht zu haben – weil sie nicht über die Unterschriftenhürde kommen, für unzulässig erklärt werden oder die Initiativen sie zurückziehen. 2016 wurde das besonders deutlich. Vier von sechs Volksbegehren bekamen nicht genügend Unterschriften: in Brandenburg eine Initiative gegen eine dritte Startbahn des Flughafens BER und gegen Windkraft sowie zwei Initiativen gegen Windenergie in Mecklenburg-Vorpommern.

Direkte Demokratie wird am häufigsten in Hamburg und Bayern praktiziert, dort gab es immerhin schon sieben bzw. sechs Volksabstimmungen. In Berlin waren es bisher drei. Aber in 7 von 16 Bundesländern war noch nie ein Volksentscheid erfolgreich – weil die gesetzlichen Regelungen meist zu restriktiv sind. Vor allem in Hessen und im Saarland sind die bürokratischen Hürden zu hoch: Eine hohe Unterschriftenzahl ist gekoppelt mit kurzen Sammelfristen und dem Zwang, nur in einer Amtsstube unterschreiben zu dürfen und nicht etwa an Informationsständen von Bürgerinitiativen in Fußgängerzonen.

In vielen Bundesländern sind Reformen nötig: Volksbegehren sollten zu allen Themen möglich sein, über die im Landesparlament entschieden wird. Die Anzahl der zu sammelnden Unterschriften sollte gesenkt, die Fristen für die Sammlung verlängert werden. Es sollte erlaubt sein, die Unterschriften in Straßenaktionen zu sammeln. Und bei Abstimmungen sollte die einfache Mehrheit entscheiden, Quoren für eine Mindestbeteiligung sollten entfallen.

In Bayern konnte Mehr Demokratie 1995 die Einführung kommunaler Bürgerbegehren mit einem Volksentscheid erzwingen. Die an langjähriges Alleinregieren gewöhnte CSU hatte sich mit allen Mitteln gegen den Bürgergesetzentwurf gewehrt, unter anderem mit der grotesken Behauptung, das würde Arbeitsplätze vernichten, das Läuten von Kirchenglocken infrage stellen, ja sogar das Münchner Oktoberfest gefährden. Ein von Mehr Demokratie initiiertes breites Bündnis hielt mit fantasievollen Aktionen dagegen, etwa mit einem Benefizkonzert »ErVOLKsstimmung« der »Biermösl Blosn«. Das Bündnis konnte binnen zwei Wochen 1,2 Millionen Menschen mobilisieren, in den Amtsstuben ihre Unterschrift für das Volksbegehren zu leisten. Die Gesetzesvorlage von Mehr Demokratie gewann im anschließenden Volksentscheid fast 58 Prozent der Stimmen, der Gegenentwurf der CSU scheiterte mit knapp 39 Prozent.

Zehn Jahre später bekannte der damalige bayerische Innenminister Günther Beckstein, hier einen wichtigen Lernprozess vollzogen zu haben. Er bedankte sich bei Mehr Demokratie mit den folgenden Worten: »Bürgerbegehren und Bürgerentscheid haben dazu beigetragen, die Bürgergesellschaft zu stärken, eine neue politische Kultur in den Gemeinden aufzubauen und zahlreiche Chancen auch für die Politiker und Mandatsträger zu eröffnen. Das befürchtete Chaos ist nicht eingetreten. Bürgerbegehren und Bürgerentscheid haben vielmehr zu einer näher am Bürger orientierten Kommunalpolitik geführt. Die Mandatsträger müssen umstrittene Projekte vor der Öffentlichkeit nachhaltiger vertreten.«[59]

## Bürgerbegehren auf kommunaler Ebene

Nicht nur in Bayern, auch in Kommunen anderer Länder kann die Bürgerschaft mittels sogenannter Bürgerbegehren mitreden – wobei die vorgeschriebenen Prozeduren sich stark voneinander unterscheiden. In Baden-Württemberg sind sie seit 1956 möglich, in Berlin erst seit 2005.

Manchmal kann ein kommunaler Bürgerentscheid bundesweite oder sogar weltweite Folgen haben. Dafür ist das Schwarzwaldörtchen Schönau ein Beispiel. Nach der Explosion des Atomkraftwerks Tschernobyl 1986 gründete das Ehepaar Ursula und Michael Sladek dort zusammen mit weiteren besorgten Eltern eine Stromsparinitiative. Doch beim örtlichen Energiemonopolisten KWR bissen sie auf Granit. Sind Sie verrückt? Wir leben vom Stromverkauf, wieso sollten wir Energie sparen?, herrschten deren Vertreter sie an.

Das war letzlich der Untergang des Monopolisten. Die Sladeks – sie Grundschullehrerin, er Arzt – initiierten zusammen mit Gleichgesinnten einen Bürgerentscheid zur Übernahme seines Stromnetzes. Auch die Gegenseite reichte ein Bürgerbegehren ein, das aber scheiterte. 1994 gründeten die »Stromrebellen« mit bundesweiter Unterstützung das Elektrizitätswerk Schönau – die erste Bürgergenossenschaft, die ausschließlich Strom aus regenerativer Energie anbot. 1997 kaufte sie das Netz. Heute hat sie gut 100 Beschäftigte, rund 5.000 Genossenschaftsmitglieder und mehr als 160.000 Stromzahlende bundesweit. »Unser Produkt ist ein gesellschaftliches Produkt, und die Leute, die wir beliefern, sind nicht nur unsere Kunden, sondern vor allem Mitstreiter und Mitbewegende«, bilanziert Michael Sladek. »Unsere Geschichte macht vielen anderen Mut. Und mir selbst macht es auch immer wieder Spaß, wenn andere Kommunen sich aus den Klauen der Monopole befreien wollen.« Seine Ehefrau bekam 2011 für ihr Umweltengagement den renommierten »Goldman Environmental Prize« verliehen, den ihr der damalige US-Präsident Barack Obama persönlich aushändigte.

Von 1956 bis 2016 gab es deutschlandweit gut 7.000 Bürgerbegehren auf kommunaler Ebene, die zu rund 3.500 Bürgerentscheiden führten.

Die große Mehrheit kam per Unterschriftensammlung von Betroffenen zustande, eine Minderheit durch Gemeinderäte. An den Abstimmungen beteiligten sich im Schnitt jeweils ungefähr die Hälfte der Wahlberechtigten.

Spitzenreiter ist auch hier Bayern mit fast 2.800 Bürgerbegehren und gut 1.600 Bürgerentscheiden, weit mehr als in allen anderen Bundesländern. Grund: Dank des Volksentscheides, den Mehr Demokratie 1995 gewonnen hatte, sind die Verfahrenshürden niedriger als anderswo. Es folgen Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Schlusslicht sind Rheinland-Pfalz und das Saarland.[60]

Das Spektrum für Bürgerbegehren ist allerdings oft begrenzt: Über Themen rund um die Bauleitplanung darf in Kommunen von Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Sachsen-Anhalt nicht abgestimmt werden. Dasselbe gilt für Planfeststellungsverfahren rund um oftmals umstrittene Großprojekte in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und im Saarland. Auch liegt die Anzahl der geforderten Unterschriften unter einem Bürgerbegehren oft zu hoch, ebenso die nötigen Quoren. Nur in Hamburg genügt hier die einfache Mehrheit, während in Kommunen aller anderen Bundesländer eine Mindestbeteiligung von 8 bis 30 Prozent der Stimmberechtigten gefordert wird.[61]



### Bürgerentscheid gegen Ackergifte in Mals

Kommunale Bürgerentscheide können harte Machtkonflikte auslösen. Das musste neben Schönau auch die 5.000-Seelen-Gemeinde Mals im Obstanbaugebiet Vinschgau im italienischen Südtirol erleben. Die Menschen dort hatten buchstäblich die Nase voll von den Pestiziden, die massenhaft auf Äpfel und Aprikosen gespritzt werden. Ein starker »Oberwind« braust, von den schneebedeckten Dreitausenderbergen kommend, an etwa 300 Tagen im Jahr über die Malser Haide und weht die Ackergifte überallhin – auch auf die Felder von Biobauern, in Schulhöfe und Kindergärten.

Deshalb veröffentlichte ein sogenanntes Promotorenkomitee ein flammendes »Manifest zum Schutz der Gesundheit« und gegen Ackergifte, unterzeichnet von über 50 Ärztinnen und Tierärzten, Zahnärztinnen und Biologen. Sprecher wurde der örtliche Apotheker Johannes Fragner-Unterpertinger. Zusammen mit der Bürgerinitiative »Hollawint« und anderen engagierten Gruppen initiierte das Komitee zahlreiche Informationsveranstaltungen über die Gefahren von Pestiziden und bereitete einen Bürgerentscheid vor. Bürgermeister Ulrich Veith, trotz seiner Parteimitgliedschaft in der konservativen SVP ein starker Befürworter von Bürgerbeteiligung, ließ die Gemeindesatzung 2012 so ändern, dass kommunale Volksentscheide möglich wurden. Er tat auch sonst sehr viel, um die Gemeinde zu beleben. Im September 2014 stimmten dann 75 Prozent der Wahlberechtigten dafür, dass Mals ackergiftfrei wird. Seitdem macht die Gemeinde internationale Schlagzeilen als »Wunder von Mals«. Denn es war durchaus ein Wunder, dass eine weitgehend von Landwirtschaft abhängige Kommune mit großer Mehrheit so entschied.

Was motivierte die Leute? »Wir haben keine Schwalben und keine Lerchen mehr. Sie finden keine Insekten mehr zum Fressen«, trauert eine Architektin um verloren gegangene Natur. »Es geht um Lebensqualität: um eine Landschaft, in der wir uns erholen können, ohne in den Urlaub fahren zu müssen«, sagt eine Imkerin. Die Leute aus dem Obervinschgau seien seit jeher »ein bisschen anders« gewesen, lacht eine Erzieherin. »Diese Grenzregion zwischen den Ländern und Kulturen war schon immer unruhig und kriegsbedroht«, findet die Besitzerin eines Biohotels. »Überleben, zusammenstehen, Neues erfinden« sei darum die Devise vieler Vinschger geworden, die nahe der Grenze zu Österreich und der Schweiz leben.

Im Januar 2015 wollte Bürgermeister Ulrich Veith den Volkswillen in der Kommunalverfassung verankern. Viele Gemeinderäte aber blieben der Sitzung fern, sodass keine Mehrheit zustande kam. Dem Bürgermeister und dem Apotheker als Sprecher des Promotorenkomitees flatterten Drohungen und Klagen ins Haus: Sie hätten sich des »Betrugs« schuldig gemacht, angeblich Gelder verschwendet und die Abstimmung

durchgezogen, ohne dazu berechtigt gewesen zu sein. Ein Prozess in Bozen läuft immer noch und kostet sie viel Geld und Nerven.

Die Malser stehen indes mit großer Mehrheit fest hinter den beiden Männern. Bei den Kommunalwahlen im Mai 2015 erhielt der Bürgermeister mit 72 Prozent der Stimmen eine unerwartet starke Bestätigung seines bürgernahen Kurses. Der neu zusammengesetzte Gemeinderat startete einen neuen Anlauf, um den Volkswillen umzusetzen. Mals erklärte sich politisch für pestizidfrei und gab konventionellen Obstbauern zwei bis drei Jahre Zeit, um ihren Betrieb umzustellen.

Das alles passte der konservativ geführten Landesregierung der Autonomen Provinz Südtirol nicht. Ministerpräsident (»Landeshauptmann«) Arno Kompatscher initiierte 2016 ein neues Gesetz, das Gemeinden jede Handlung verbietet, die nicht von der Landesregierung autorisiert ist. Ein Versuch, im Nachgang die Volksabstimmung von Mals für illegal oder zumindest illegitim zu erklären. Und das, obwohl die EU-Kommission im selben Jahr auf die Frage eines Abgeordneten des Europäischen Parlaments geantwortet hatte, dass lokale Pestizidverbote nicht grundsätzlich im Widerspruch zu EU-Recht stehen. Ein zeitgleiches Gesetz der Grünen Fraktion im Südtiroler Parlament in Bozen, das den »Malser Weg« rechtlich abgesichert hätte, fand keine Mehrheit.



Der rechtliche Ausgang für Mals ist offen, für die engagierten Pestizidgegner und Naturschützerinnen im Vinschgau bleibt die Sache nervenaufreibend. Aber politisch hat das »Wunder von Mals« gesiegt, allen juristischen Fußangeln zum Trotz. Aus aller Welt kommen inzwischen Touristen, Journalistinnen und Fernsehsender. Das »Wunder« zeigt, welche starke politische Wirkung ein kommunaler Bürgerentscheid haben kann, selbst wenn er nicht oder nicht gleich umgesetzt werden kann.

Neben der direkten und der repräsentativen gibt es auch die konsultative Demokratie: Bürger beraten und schreiben Gutachten. Der Vorteil der direkten Demokratie ist die Beteiligung aller, aber die Stimmabgabe ist ein relativ abstrakter und wenig sinnlicher Vorgang, an dem sich

auch deshalb nicht alle beteiligen. Dafür beruht die konsultative Demokratie auf direkter persönlicher Begegnung und kann das lustvolle Gefühl erzeugen, die eigene Stimme zu erheben; sie hat aber wiederum den Nachteil, dass nur eine Minderheit an den Bürgerräten teilnehmen kann. Man sieht: Die Stärken der einen Form gleichen die Schwächen der anderen aus. Alle drei demokratischen Formate ergänzen sich gegenseitig. Werden sie gleichzeitig eingesetzt, entfalten sie eine enorme Bindungskraft – auch und gerade in Zeiten bedrohter Demokratie.

## Die Konsultative: Bürgerberatung als Bürgerermächtigung

In einem berühmt gewordenen Aufsatz in »The Atlantic Monthly« erinnerte US-Politikprofessor James Fishkin von der Universität Texas an das alte Losverfahren aus Athen. Das war 1988, mitten in der Wahlkampfzeit von George Bush senior versus Michael Dukakis. Der Professor schlug vor, 1.500 zufällig ausgewählte Menschen zwei Wochen lang mit den beiden Präsidentschaftskandidaten zusammenzubringen. Sie sollten die Kandidaten der Republikanischen und der Demokratischen Partei auf Herz und Nieren prüfen. Ihre Fragen und ihre anschließenden Beratungen sollten im Fernsehen zu sehen sein. Das war die Wiedergeburt der Idee einer konsultativen oder deliberativen Demokratie, bei der die kollektive Beratung im Mittelpunkt steht, der gemeinsam erlebbare Klangkörper der Demokratie.

Es dauerte einige Jahre, bis Fishkin seinen Vorschlag realisieren konnte – in kleinerem Format und mit weniger Personen. 1996 organisierte er in Texas eine »deliberative Umfrage« mit 600 Menschen zu den Präsidentschaftskandidaten Bill Clinton und Robert Dole. Er ließ den Teilnehmenden Informationsmappen zukommen, verteilte Fragebögen vor und nach ihren Beratungen. Der Unterschied zwischen »vorher« und »nachher« war laut David Van Reybrouck »wirklich sehr frappierend: Der Beratungsprozess hatte die Bürger erheblich kompetenter gemacht, sie waren differenzierter in ihrem politischen Urteil geworden, hatten gelernt, ihre Meinungen zu korrigieren, und mehr Einblick in die Komplexität des politischen Entscheidungsprozesses gewonnen. Zum ersten

Mal war wissenschaftlich nachgewiesen worden, dass normale Individuen kompetente Bürger werden konnten, wenn sie die Instrumente dafür bekamen.«[62] Diese Form öffentlicher Beratung war eine Erweiterung und demokratische Vertiefung der »Townhall Meetings«, jener politischen Versammlungen in Rathäusern oder anderswo, die in der Geschichte der USA eine wichtige Rolle spielten.

Fishkins Aktion in Texas hatte weitreichende Folgen. Zahlreiche wissenschaftliche Artikel erschienen zum Thema. Vor allem aber explodierte die deliberative Praxis rund um den Globus. Der Professor und sein »Center for Deliberative Democracy« an der Universität Stanford organisierten unzählige Bürgerräte und -versammlungen: in Argentinien, Australien, Brasilien, Bulgarien, China, Dänemark, Griechenland, Hongkong, Italien, Japan, Korea, Mongolei, Polen und Ungarn.[63] Erstaunlich waren die Ergebnisse auch in den USA: Ausgerechnet im Ölförderstaat Texas sprachen sich zufällig ausgeloste Bürgerräte für die Förderung von erneuerbaren Energien aus. Die Anzahl der Menschen, die einen Beitrag zur Energiewende leisten wollten, stieg durch den öffentlichen Beratungsprozess von 52 auf 84 Prozent. Heute stehen dort mehr Windräder als in jedem anderen US-Bundesstaat – kein Trump kann sie mehr abbauen.[64]



Ein schöner Beweis, wie kollektive Intelligenz funktioniert, wenn man ihr eine Chance lässt. Eine unabdingbare Voraussetzung dafür ist allerdings, dass alle Bevölkerungsgruppen repräsentativ vertreten sind. Dann erst werden Bürgerräte wirklich vielstimmig. Dann erst werden alle Interessen und Bedürfnisse berücksichtigt. Dann erst wird die Tendenz ausgebremst, dass sich die lautesten Stimmen durchsetzen, die Stimmen derer, die einflussreicher oder rhetorisch geschickter sind als andere.

Die sogenannte qualifizierte Zufallsauswahl eignet sich hierfür wohl am besten: Sie ist ein Losverfahren, bei dem demografische Kriterien wie Geschlecht, Alter, Herkunft, Beruf und Bildungsgrad berücksichtigt werden. Falls im ersten Stadium der Zufallswahl vorwiegend alte weiße Männer oder vorwiegend junge schwarze Frauen ausgewählt werden, wird weiter gelost, bis die Repräsentativität stimmt.

Bürgerräte und Bürgerversammlungen haben den enormen Vorteil, weitestgehend frei von Eigeninteressen und parteitaktischen Überlegungen zu sein. Sie sind schwer korrumpierbar oder durch Lobbyisten beeinflussbar, weil nur der Zufall entscheidet, ob jemand einem Gremium angehört oder nicht. All das stärkt sie darin, eine gemeinsame »Stimme der Vernunft« zu entwickeln, die nicht auf sachfremde Einflüsterungen hört.

Die Vielstimmigkeit und die Variationsbreite der Stimmen ist dabei entscheidend. Frauen und Männer haben tendenziell unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse. Allerdings nicht *alle* Frauen und *alle* Männer. Alte und Junge leben ebenfalls oft verschieden oder auch Alteingesessene und Neuzugezogene, Stadt- und Landbevölkerung, Menschen verschiedener Religionsgemeinschaften, Berufe und Bildungsgrade. Je genauer eine Gruppe die Gesamtbevölkerung repräsentiert, desto besser, inklusiver, solidarischer und durchdachter werden ihre Empfehlungen. Der Raum mit Ohren scheint intelligent zu werden. Oder, in der Sprache der Wissenschaft: »emergent«. Emergenz entsteht, wenn sich aus allen Teilen eines Systems etwas Neues entwickelt, das mehr ist als die Summe aller Teile, in diesem Falle aller Stimmen. Also etwas Unerwartetes und im wahrsten Sinne des Wortes Unerhörtes erklingt.

## Kombinationen von direkter und deliberativer Demokratie

Eine Kombination von direkter Demokratie mit partizipativen Verfahren kann ebenfalls segensreich sein. Ein Bürgerrat kann beispielsweise einen Gesetzentwurf oder ein Bürgergutachten zu einem bestimmten Thema formulieren, das danach direktdemokratisch zur Abstimmung steht – allein oder in Kombination mit einem Alternativentwurf des Parlaments oder gar als dritte Alternative neben Bürgergutachten und Parlamentsgesetz. Die Auswahl, die zur Abstimmung steht, wird größer, die Legitimität des demokratischen Prozesses vertieft sich.

Die größten Beratungsprozesse der Moderne fanden in Kanada, den Niederlanden, Island und Irland statt. In den kanadischen Provinzen

British Columbia und Ontario berieten 2004 und 2007 jeweils über 100 ausgeloste Personen die Reform des Wahlsystems. Das Losverfahren bestand auch hier aus einer »qualifizierten Zufallsauswahl« von gleich viel Frauen und Männern aus allen Bezirken sowie Indigenen. Alle Beteiligten erhielten – das ist auch sehr wichtig – eine finanzielle Entschädigung als Anerkennung für ihre monatelange Arbeit. Letztlich scheiterten ihre Vorschläge aber in einem nachgeschalteten Referendum. In den Niederlanden geschah Ähnliches, hier ignorierte die Regierung die Ergebnisse.

In Island entstand auf der Basis einer kollektiven Bürgerberatung gar die erste »Bürgerverfassung« der Welt. Eine konservative Regierung hatte die Nation zum Bankenparadies ausgebaut, bis die Finanzkrise von 2008 das Land in den Abgrund stürzte. Die drei größten Banken und die meisten Unternehmen gingen bankrott. Eine aufgebrachte Bevölkerung schlug in lautstarken Demonstrationen auf Pfannen und Topfdeckel ein und jagte die Regierung Anfang 2009 davon. Viele Bürger und Einwohnerinnen forderten einen radikalen Neuanfang. Das Parlament lud daraufhin 950 Personen, nach dem qualifizierten Zufallsprinzip aus dem Einwohnerregister ausgelost, zu einer »Nationalversammlung« ein. Diese berieten die grundlegenden neuen Werte und Prinzipien.



Danach kandidierten 520 Menschen für ein »Verfassungsparlament«. 25 wurden unter Einhaltung des Proporzes von Gebieten und Geschlechtern gewählt. In einem offenen und transparenten Prozess berieten sie zwei Jahre lang eine neue Verfassung. »Der wohl demokratischste Verfassungsgebungsprozess der Weltgeschichte«, befand der Kolumnist Thorvaldur Gylfason.[65] Die isländische Bevölkerung nahm den Entwurf 2012 mit Zweidrittelmehrheit an, doch noch fehlte die nötige Zustimmung von zwei Dritteln der Abgeordneten. Aber 2013 stimmten die Konservativen in einer seltsamen Parlamentssitzung nachts um zwei Uhr die Bürgerverfassung nieder – wohl aus Angst vor dem eigenen Bedeutungsverlust.

Einen weit besseren Ausgang nahm ein ähnlicher Prozess in Irland. Auch hier ging es um die Verfassung, genauer: um acht Artikel. Im Auf-

trag des irischen Parlaments diskutierte 2013 eine Bürgerversammlung von 100 Personen – 66 ausgeloste Laien, 33 Politiker, ein Vorsitzender – unter anderem darüber, ob die Amtszeit des Präsidenten verlängert und die Homo-Ehe erlaubt werden sollte. Die Bürgerversammlung tagte ein ganzes Jahr lang, immer ein bezahltes Wochenende pro Monat.

Finbarr O'Brien, ein älterer Herr ohne höhere Schulbildung, war einer davon. Er hatte 30 Jahre lang als Lastwagenfahrer gearbeitet, danach als Gapelstapler und Briefträger. »Bei der Bürgerversammlung mitzumachen gehört zu den besten Erfahrungen meines Lebens«, verriet er Reportern der ZEIT. Er habe es schade gefunden, bei der zweiten, 2016 eingesetzten Bürgerversammlung nicht mehr mitmachen zu dürfen.[66]

O'Brien war kein politischer Mensch gewesen, Nachrichten hatten ihn wenig interessiert, gegenüber Politikern hatte er Abscheu empfunden. Als neunjähriger Junge war er von einem Mann mehrfach sexuell missbraucht worden, und in seinem Kinderhirn hatte sich die Vorstellung eingebrannt: Schwule sind Vergewaltiger. Dann landete er in der Bürgerversammlung am Tisch ausgerechnet neben einem jungen Schwulen mit Ohrring, Nasenring und bunten Fingernägeln. »Er überwand sich, schüttelte dem Mann die Hand, sie redeten, mussten sie ja, über die Homo-Ehe. O'Brien fand ihn nett«, berichten die ZEIT-Reporter. »Auf der Bühne erzählten an jenem Tag zwei Geschwister von ihren Eltern, zwei liebevollen Vätern. O'Brien fühlte mit ihnen. Er spürte, wie sich seine Meinung änderte. Seine Therapeutin hatte ihm gesagt, Schwule seien normale Menschen, jetzt füllte sich dieser Satz mit Leben … Der ehemalige Schwulenhasser Finbarr O'Brien ist mit seinem Tischnachbarn bis heute befreundet.«

Am Ende stimmte O'Brien für die Homo-Ehe, genauso wie weitere 77 von 100 Angehörigen der Bürgerversammlung. Mitte 2015 hielt die Regierung darüber ein Referendum ab. Sie gab den Iren die Empfehlung des Bürgergremiums an die Hand, Homosexuelle gleichzustellen. Ergebnis: 62 Prozent stimmten der Verfassungsänderung zu. Und das wohlgemerkt im erzkatholischen Irland. Im ebenfalls katholischen

Frankreich führte die Einführung der Homo-Ehe ohne vorherige Bürgerkonsultationen zu Protestdemonstrationen von Hunderttausenden.

»Am Anfang fragen die Bedenkenträger immer: Wie könnt ihr ahnungslose Leute solche Entscheidungen treffen lassen?«, kommentiert David Van Reybrouck in der ZEIT diesen gelungenen Prozess der Bürgerermächtigung. »Man muss sich nur die Protokolle durchlesen, um zu verstehen, wie unbegründet diese Angst ist. Ja, am Anfang sind die Menschen oft ahnungslos, aber sie lernen, darum geht es ja, und am Ende treffen sie informierte Entscheidungen.«

Das aber überhören und übersehen die Verteidiger der rein repräsentativen Demokratie. Wolfgang Merkel kam in der genannten Studie der Otto-Brenner-Stiftung zum Schluss, dass Bürgerversammlungen keinen Ausweg aus der Krise der Wahldemokratie böten. Wahlen seien »die egalitärste Partizipationsform, weil sie die wenigsten individuellen Ressourcen voraussetzen«. Bürgerräte aber seien nicht fähig, Macht-Assymetrien auszugleichen, und verfügten oft nicht über genügend »kognitive Ressourcen« für die zu lösenden Probleme.[67] Als ob es nur um Kognition ginge. Als ob je ein gesellschaftliches Problem allein mit dem Verstand gelöst worden wäre. Der Sozialwissenschaftler macht denselben Denkfehler wie einst Descartes: Er trennt Rationalität von Empathie und Emotionen. Wolfgang Merkel übersieht das größte Potenzial von Bürgerräten: ihre Fähigkeit, Resonanz herzustellen und bei Konflikten Dissonanz in vielstimmige Harmonie zu überführen.



## Elementare Voraussetzungen für das Gelingen

Aber in einem hat der Professor sicher recht: Keineswegs jede Entscheidung einer Gruppe oder Menschenmenge ist »intelligent«. Es gibt Schwarmintelligenz, aber auch Schwarmdummheit. Wie kann man Erstere fördern und Letztere verhindern? Forscher und Wissenschaftlerinnen haben diese Frage bisher viel zu wenig untersucht. Der US-Journalist James Surowiecki versucht in seinem Buch »Die Weisheit der vielen« Hinweise zu geben, aber er ist zu sehr auf die Sphäre der Ökonomie fixiert.

Antworten anderer Art formuliert Jascha Rohr, Begründer des Instituts für Partizipatives Gestalten. Auch er hat eine Art musikalische Demokratie entdeckt: In guten kollaborativen Prozessen klängen die Stimmen am Ende wie ein Akkord, sie ergänzten sich gegenseitig und fügten sich auf magische Weise zusammen: »So wie die Saiten eines Klaviers in Schwingung geraten, wenn man bei gedrücktem Pedal eine einzelne Note spielt, so scheinen die Teilnehmenden durch die freie Aufgabenstellung einer eigenen Resonanz zum gemeinsamen Thema folgen zu können. Es ist, als ob sie nach einem Ton suchen, der sowohl zu ihnen selbst als auch zum Gesamtakkord passt.« Schwingen sich womöglich auch die neuronalen Gehirnfrequenzen der Beteiligten aufeinander ein? Wir wissen es nicht.

Nach Beobachtung von Jascha Rohr ist ein Element von zentraler Bedeutung: Kollektive Intelligenz entstehe »nicht durch kollektives Handeln, sondern, ganz im Gegenteil, durch das Hervorheben des individuellen Potenzials jedes Einzelnen in einem gemeinsamen Kontext«. Die größtmögliche Kreativität der Einzelpersonen entfaltet sich in der Gruppe. Er schlussfolgert: »Das beste Kollektiv ist das, in dem die Individuen frei ihre eigenen Potenziale entwickeln können und dabei eine individuelle Beziehung zum Kollektiv pflegen.«[68]

Es geht also nicht um Gleichschaltung und Gleichmacherei. Ganz im Gegenteil: Die Entfaltung der einzelnen Stimmen im vielstimmigen Klangkörper der Demokratie ist absolut entscheidend. Nur wenn alle Stimmen in allen Tonlagen frei erklingen können, entwickelt sich demokratische Resonanz.

Es gibt noch weitere Voraussetzungen dafür, dass ein Beteiligungsprozess wirklich gelingt und eine kollektive Intelligenz hervorbringt, die die Klugheit jeder Einzelperson übersteigt. Partizipationsverfahren benötigen klare und transparente *Zielsetzungen*. Professionelle *Organisatoren und Moderatorinnen* sollten zu Beginn einen Überblick geben, was das Ziel ist, wie es erreicht werden soll, wie lange die Beratungen dauern und in welchem Rhythmus sie ablaufen. Sie sollten sich verantwortlich fühlen für das Gelingen des Prozesses, sich aber ansonsten in-

haltlich heraushalten. Verfahren sollte so *inklusiv* wie möglich verlaufen und alle Betroffenen an einen Tisch bringen: entweder per qualifizierter Zufallsauswahl oder über andere Auswahlmethoden. Ähnlich wie Schöffen sollten Teilnehmende für ihre Arbeit ideell und materiell *Anerkennung* erfahren – wenigstens in Form von Aufwandsentschädigungen. Und, vielleicht am wichtigsten: *Legislative und Exekutive sollten am Ende in der Pflicht stehen, die Ergebnisse nach Möglichkeit umzusetzen.*

## Die Ignoranz von Regierenden ist fatal

Die politisch Gewählten sollten also zur Resonanz verpflichtet werden. Sie sollten diesen Stimmen zuhören, die Beratungsergebnisse zur Kenntnis nehmen und Stellungnahmen dazu abgeben. Nichts ist fataler für Demokratie und Bürgerpartizipation als die Ignoranz von Regierenden. Wer einmal als Bürger erlebt hat, dass eine über lange Zeit sorgfältig ausgearbeitete Vorlage in den Schubladen der Zuständigen verschwindet, reagiert wahrscheinlich wütend oder mit frustriertem Rückzug. Er oder sie wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach nie wieder an solch einem Prozess beteiligen.



Das war auch das Problem bei vielen Bürgerdialogen im Rahmen der deutschen Energiewende. Zwar ist die Unterstützung der Bevölkerung für erneuerbare Energien trotz aller Kampagnen der Gegenseite nach wie vor ungebrochen. Laut einer Umfrage im Herbst 2016 befürworten 93 Prozent der Befragten ihren schnellen Ausbau.[69] Doch viele Fragen sind nach wie vor heiß umstritten. Etwa ob zentralisierte Trassen nötig sind, die Windstrom von Nord- nach Süddeutschland transportieren, oder ob es nicht besser wäre, das Stromnetz weitgehend zu dezentralisieren, also Herstellung und Verbrauch so nah wie möglich zusammenzubringen.

Hier entzündet sich immer wieder lokaler Protest gegen einzelne Projekte. Andernorts entsteht Frust aus der gegenteiligen Erfahrung: Bürgergenossenschaften wollen Solar- und Windprojekte ausbauen und können es nicht mehr, weil die Große Koalition gesetzliche Änderungen zulasten von Bürgerprojekten und zugunsten von Energiekonzernen

durchgesetzt hat. Die bürgergetriebene Energiewende in Deutschland, international hoch geachtet, wurde mutwillig ausgebremst. Politiker, die sich doch eigentlich freuen müssten über so viel engagierten Klimaschutz, sorgten dafür, dass Euphorie in Ernüchterung umschlug.

All das führte zu viel Unmut. Der wurde noch dadurch erhöht, dass Bürgerdialoge im Rahmen der üblichen Infrastrukturplanung keinen verbindlichen Status haben und eher zufällig erfolgen. Grundsatzfragen wie die einer zentralen versus dezentralen Stromversorgung bleiben unerörtert und unberaten. Zugelassen ist bisher nur die informelle Beteiligung bei Detailfragen. Hier wird viel politisches Kapital verplempert, viel Engagement verpufft, viel Sachverstand bleibt unerhört.

## Schorndorf: Kein Kampf gegen Windmühlenflügel

Wie man es besser machen kann, demonstrierte beispielsweise das oberschwäbische Schorndorf: Die 40.000-Einwohner-Stadt löste einen Konflikt um Windräder mittels eines Bürgerrats. Sozialdemokrat Matthias Klopfer, 2006 zum Oberbürgermeister gewählt, hatte seit Beginn seiner Amtszeit die Bürgerpartizipation zu fördern versucht: »Ich habe nie verstanden, warum man für Bürgerbeteiligung so wenig Geld ausgibt.« Jeder Statik- oder Bodengutachter, sagt er, werde von der Gemeinde für Stellungnahmen bezahlt – das sollte auch für Bürgerbeteiligung gelten. Denn die sei »ein Schlüssel zum Erfolg«, erklärt er in einem Videogespräch der »Stiftung Mitarbeit«, die seit 1963 bundesweit Vorhaben der Bürgerbeteiligung und Integrationsprojekte fördert.[70]

Als sich Gegner und Befürworterinnen von Windrädern in Schorndorf kompromisslos gegenüberstanden, beschloss der Gemeinderat gemeinsam mit der Nachbarkommune die Einsetzung eines Bürgerrates. Sie losten 70 Personen aus, hinzu kamen Vertreter von Bürgerinitiativen pro und kontra Windkraft. Ein externes Institut managte den Prozess, eine Auftaktveranstaltung informierte über Sinn und Ablauf der Bürgerbeteiligung. Viele kontroverse Fragen wurden zu einem Fragenkatalog gebündelt, der als Grundlage für ein anschließendes Expertenhearing diente. Immer wieder unternahm der Bürgerrat Exkursionen zu

vorgeschlagenen Standorten. Die Stimmung war positiv und konstruktiv. Schließlich erarbeitete der Bürgerrat eine Empfehlung zu verschiedenen Windkraftstandorten. Der Gemeinderat stimmte der Vorlage einstimmig zu, mehr als 90 Prozent der Bevölkerung nahmen sie an.

»Die Zufallsauswahl von Bürgern würde ich sofort wieder machen, es war mit Abstand die beste Bürgerbeteiligung, die wir bislang durchgeführt haben«, bilanziert der Oberbürgermeister. Und weiter: »Wenn es um eine Schulhofgestaltung geht, brauche ich keine Zufallsauswahl, das kann ich mit der Schule machen und mit den betroffenen Nachbarn. Aber in diesem Fall haben uns der gesunde Menschenverstand und die unterschiedlichen Lebenserfahrungen der zufällig ausgewählten Teilnehmerinnen und Teilnehmer sehr gut getan. Egal ob leitender Angestellter oder einfache Bürgerin: Die Leute freuen sich, dass sie gefragt werden. Die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger führt so interessanterweise auch zu einer Versachlichung von Gemeinderatsdiskussionen, da bin ich immer sehr positiv überrascht. Und plötzlich denkt man, ja, guck mal, man kann es ja auch anders machen.«



Die Verwaltung müsse lernen, meint er, dass Bürgerbeteiligung zwar anstrengend sei, dass sie auch Zeit koste, aber dass es in der konkreten Umsetzungsphase leichter für sie werde und die demokratische Legitimation steige. Man müsse aber auch selbst »Kompetenzen aufbauen und beispielsweise lernen zu moderieren, weil wir nicht ständig Profis einkaufen können«. Schlecht sei es, »wenn man Bürgerbeteiligung immer bloß in Krisensituationen macht oder bei einem herausgehobenen Projekt«. Der Oberbürgermeister schlussfolgert: »Bürgerbeteiligung muss Alltagshandeln werden.«

## Kanzleramtsdialog versus Bürgerdialog

Wie man es besser nicht machen sollte, demonstriert umgekehrt die Auswertung der Bürgerdialogreihe »Gut Leben in Deutschland«. Eine Enquetekommission des Bundestages hatte von 2011 bis 2013 »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« und die Spannungen zwischen diesen Begriffen diskutiert, denn Wirtschaftswachstum kostet Ressourcen und

kann Lebensqualität sogar mindern. Die Enquetekommission konnte sich aber nicht auf einen gemeinsamen Abschlussbericht einigen, sondern zerlegte sich entlang der Parteilinien. Stattdessen vereinbarten Union und SPD nach den Bundestagswahlen Ende 2013 in ihrem Koalitionsvertrag einen Bürgerdialog zur Lebensqualität. Vom April bis Oktober 2015 organisierte das Kanzleramt insgesamt 203 Dialogveranstaltungen im ganzen Bundesgebiet. Bei 50 Events waren die Bundeskanzlerin und ihre Minister persönlich vor Ort. Parallel dazu konnten Interessierte auf einer Website Kommentare hinterlassen. Insgesamt beteiligten sich fast 16.000 Menschen an der kollektiven Erforschung der so wichtigen Frage, was gutes Leben politisch und persönlich für sie bedeutet.

Das Bundeskanzleramt brauchte ein ganzes Jahr, um den Bürgerdialog auszuwerten. Der Ende 2016 vorgelegte »Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität in Deutschland« war dann rund 300 Seiten dick. Aber dennoch inhaltlich erschütternd dünn – so dünn, dass selbst CDU-Experten die Hutschnur platzte. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Matthias Zimmer schrieb zusammen mit dem früheren Grünen-Parlamentarier Hermann Ott einen geharnischten Kommentar.[71] Die Auswertung sei völlig beliebig und ohne »ordnende Hand« geschehen, die Kriterien für gutes Leben seien nicht gewichtet, sondern nur aneinandergereiht worden. »Verbreitung von Fettleibigkeit« stünde gleichberechtigt neben so existenziellen Zukunftsfragen wie der Klimakrise. Auch die Notwendigkeit, das Wirtschaftshandeln vom gigantisch steigenden Ressourcenverbrauch zu entkoppeln, komme schlicht nicht vor. »Es ist ein wenig so, als wenn ein Koch durch die Küche streift, in allen Schränken und Schubladen etwas mitnimmt und von allem ein wenig in die Suppe rührt – das Ergebnis wird im besten Falle fade schmecken, im schlimmsten Falle ungenießbar sein«, lautete das beißende Fazit der beiden ehemaligen Mitglieder der Enquetekommission.

Wie mag es jenen ergangen sein, die sich engagiert an den Online- und Offlinedialogen beteiligt hatten? Die Kommentare formuliert und Vorschläge eingebracht hatten? Sie dürften weder sich noch ihre Ideen in dem Bericht wiedergefunden haben. Mit Millionen Steuergeldern hat es

das Kanzleramt geschafft, dieses elementare Zukunftsthema zu einem denkbar schlechten und politisch völlig folgenlosen Report zu verarbeiten. Wer so etwas live erlebt, ist bedient. Derjenige oder diejenige wird wahrscheinlich zukünftig aufjaulen, wenn das Wort »Bürgerberatung« oder »Bürgerdialog« fällt. Ein solcher »Dialog« ist Resonanzvernichtung.

Dass Bundesministerien auch besser arbeiten können, beweist das »Integrierte Umweltprogramm 2030«, das die zuständige Ministerin Barbara Hendricks 2016 vorlegte.[72] Es ist ein Gestaltungsvorschlag für die deutsche Umweltpolitik bis 2030 und der Versuch, die von der UNO verabschiedeten »Nachhaltigkeitsziele« auf den nationalen Rahmen hinunterzubrechen. Ins Programm miteingeflossen sind die Ergebnisse von ausgelosten Bürgerräten in sechs Städten sowie eines Onlinedialogs. An den Beratungen hatten jeweils 12 bis 15 zufällig ausgewählte Personen teilgenommen, die anderthalb Tage lang nichtöffentlich die Frage diskutierten: »Ökologisch zukunftsfähig: Wie wollen wir 2030 leben, wirtschaften und arbeiten? Wie gelingt uns gemeinsam der Weg dorthin?« Die Bürgerräte – insgesamt knapp 500 Menschen – präsentierten ihre Ergebnisse zeitnah in dreistündigen öffentlichen Bürgerforen. Zudem gab es einen zweiteiligen Onlinedialog: Im nichtöffentlichen Teil konnten 25 zufällig Ausgewählte Vorschläge machen, im öffentlichen gab es über tausend Beiträge von mehreren tausend Beteiligten.

Aus Themen, die am häufigsten genannt wurden, destillierten die Auswerter eine ganze Reihe von »Bürgerbotschaften« an die Adresse der Politik. Die Teilnehmenden forderten unter anderem »mehr Transparenz« und eine verstärkte Bürgerbeteiligung in der Umweltpolitik. Sie verlangten mehr Energiesparen, eine erhöhte Lebensdauer von Konsumartikeln, mehr Recycling und Vermeidung von Plastikabfällen. Sie setzten sich mehrheitlich für eine dezentrale Stromerzeugung durch Wind und Sonne ein. Sie forderten »artgerechte Tierhaltung und Ausstieg aus der Massentierhaltung«, wollten mehr regionale Lebensmittel und den Schutz der Artenvielfalt. Sie entwarfen die Vision von »abgasfreien Großstädten bis 2030«, verlangten nach mehr Radwegen, mehr Elektromobilität sowie einen Stopp der versteckten Subventionen

für Flugbenzin. Alles hochvernünftige Forderungen, die nach gemeinschaftlicher Beratung zustande kamen.

## Leuchtturm Vorarlberg

Im österreichischen Bundesland Vorarlberg ist die Bürgerbeteiligung seit 2013 in der Landesverfassung verankert. Dem vorausgegangen war die Gründung eines »Büros für Zukunftsfragen« als Stabsstelle der Landesregierung, um das »wachsende Misstrauen« zwischen Regierung und Regierten abzubauen, wie sein Leiter Manfred Hellrigl sich erinnert. »Wir brauchen repräsentative, direkte und partipative Demokratie, alle drei Formen«, befand der Österreicher bei einem Berlinbesuch: Bürgerräte würden zu sehr interessanten, manchmal sogar »verblüffenden Ergebnissen« kommen.

Beispiel: Beinahe hätte die Bodenseestadt Bregenz einen eskalierenden Konflikt erlebt wie die schwäbische Hauptstadt mit »Stuttgart 21«. Jahrzehntelang stritt man sich dort um die Bebauung des »Seestadtareals«. 2009 stand die Kommune kurz davor, den entsprechenden Masterplan zu beschließen. Doch sie war so klug, zuvor einen Bürgerrat von einem Dutzend zufällig Ausgewählten einzusetzen. Diese merkten schnell, dass die superkompetenten Masterplaner das Wichtigste vergessen hatten: die Sichtverbindung zwischen Stadt und Bodensee. Der Bürgerrat entwickelte viele Alternativideen, darunter eine Überbrückung, die den freien Blick zum See erlaubte. Einstimmig beschloss die Stadtvertretung, diese zu bauen.[73] Dass es dann doch nicht dazu kam, lag an den Investoren, die Anfang 2017 ihre Pläne für das Einkaufszentrum Seestadt wegen zu hoher Kosten zurückzogen.

Anderes Beispiel: der landesweite »Bürgerrat Asyl- und Flüchtlingsrat in Vorarlberg«, der im Juni 2015 eingesetzt wurde, um Vorschläge zum Umgang mit Neuzugezogenen zu machen. In einem Land mit einer so starken rechtspopulistischen Bewegung kein kleines Risiko. Aber der 23-köpfige Bürgerrat überraschte auch hier mit vielen konstruktiven und kreativen Ideen. »Mut machen!«, empfahl er. Und: »Aus positiven Erfahrungen aus der Geschichte lernen. Gut mit Ängsten und Beden-

ken umgehen.« Die Geflüchteten sollten möglichst in kleinen Einheiten in Gemeinden untergebracht werden, die dort Wohnenden sollten vorher auf transparente Weise informiert werden. Ein »Willkommensinformationspaket« für Neulinge in Österreich sollte allgemeine Informationen, wichtige Formulare und »Spielregeln« für das Zusammenleben mit Einheimischen enthalten.[74]

Die Resonanzbildung zwischen Bürgerrat, Bevölkerung und Politik gehört zum wichtigsten Teil des Prozesses. Der Bürgerrat stellt seine Ratschläge in öffentlichen »Bürgercafés« vor, zu denen er die interessierte Bevölkerung sowie Politiker einlädt. Die Auswertung von deren Reaktionen erfolgt in einer »Resonanzgruppe«, die auch offiziell so heißt. Sie besteht aus Vertretern und Repräsentantinnen des Bürgerrats, der Gemeinde, der Landesregierung sowie weiteren Fachstellen. Aus alledem entsteht ein weiterer Bericht, der an Landesregierung, Landtag und Gemeinden weitergeleitet wird. In diesem Fall mit dem Titel »Gemeinsam schaffen wir ein Vorarlberg für alle«.[75] Die Politik ist verpflichtet, sich damit zu befassen und eine ausführliche Rückmeldung zu geben.



Für diesen transparenten Beratungsprozess des »Bürgerrats Asyl« gab es am Ende sogar einen Preis von einer Jury des österreichischen Bundeskanzleramtes. »Das Projekt hat, neben der hohen Wirkung in der Bevölkerung, auch bewiesen, dass Partizipationsprojekte rasch zu Erfolgen führen können«, lobte die Jury. »Eine Durchlaufzeit von weniger als einem halben Jahr von der Fragenformulierung bis zur Ergebnispräsentation zeigt hohe Reife in der Projektabwicklung.« Die Initiative habe eine »hohe Vorbildwirkung« und mache auch der Verwaltung »Mut zur Umsetzung«.[76]

Menschen, die bei den verschiedenen Bürgerräten in Vorarlberg mitgemacht hatten, äußerten sich hinterher geradezu begeistert. »Man hat jeden ausreden lassen«, befand einer der Beteiligten. Oder: »Jeder hat etwas zu sagen – auch viel Vernünftiges.« Oder gar: »Es sprudelt überall.« Es herrsche eine kreative Atmosphäre, in der konstruktive Sachpolitik möglich sei. »Die Ergebnisse sind wertvoll und brauchbar. Die Befürchtung, dass Wunschlisten ans Christkind fabriziert werden, ist

nicht eingetroffen«, so auch das Fazit von Zukunftsbüro-Leiter Manfred Hellrigl.[77] In Berlin präzisierte er nochmals: »90 bis 95 Prozent sind begeistert und wollen wieder teilnehmen und das Verfahren anderen empfehlen. Es gibt eine sehr hohe Bereitschaft der Bevölkerung, sich zu beteiligen – aber nicht parteipolitisch.«

## Zukunftsräte für Zukunftsthemen

Der Anlass für den Chef des Vorarlberger Zukunftsbüros, in Berlin zu reden, war die öffentliche Präsentation des Buches »Die Konsultative«. Dessen Autoren Patrizia Nanz und Claus Leggewie schlagen darin vor, Bürgerberatung nach der Legislative, Exekutive und Judikative als »vierte Gewalt« einzurichten. »Dazu soll eine breite und tiefgehende Konsultation der Bürgerschaft dem Gesetzgebungs- und Entscheidungsverfahren vorangestellt und nachgeordnet werden«, schreiben die beiden Politikwissenschaftler. Nach ihrer Überzeugung werde sich das positiv auf den Politikbetrieb auswirken und die Parlamente stärken.

Eine dauerhafte Variante der Bürgerräte, so glauben sie, könnten Zukunftsräte sein, die in einer Gemeinde, einem Stadtteil, einem Land oder gar auf EU-Ebene wichtige Zukunftsthemen bearbeiten wie Generationengerechtigkeit, Klimakrise, Artensterben, Schutz von Gemeingütern oder von urbanen Freiräumen. Auch sie sollten aus 15 bis 20 zufällig Ausgewählten bestehen, die die lokale Bevölkerung »annähernd und vor allem in ihrer Generationenmischung abbilden«. Die Empfehlungen, die sie am Ende abgeben, sollten von öffentlichen Veranstaltungen und netzgestützter Kommunikation »flankiert« werden. Zentral sei ein »verbindliches Feedback« des Gemeinderats, Landtags oder Bundestags: »Regelmäßige Berichte der Zukunftsräte werden durch die Verpflichtung von Exekutive und Legislative beantwortet, sich mit diesen Vorlagen substantiell, in angemessener Frist und konkret zu befassen.«

Die beiden Autoren verschweigen nicht, dass diese Art von »Konsultative« durchaus kostet. Zukunftsräte sollten sich nach ihrem Vorschlag zwei Jahre lang regelmäßig treffen, eine »maßvolle Aufwandsentschädigung« erhalten, die ungefähr der von Schöffen entspricht, und von

»Verwaltungsmitarbeitern mit Moderationserfahrung unterstützt« werden. Diese Kosten könnten von den Gemeinden, von einem eigens gegründeten Stiftungsfonds oder auch über »Crowdfunding« getragen werden.

Nanz und Leggewie schwebt ein »Mehrebenennetzwerk von Zukunftsräten« vor, das sich »von der lokalen und Stadtteilebene über regionale Verbündete und die Länderebene bis ›nach oben‹, auf die Bundes- und Europa-Ebene entfaltet und eine parlamentarische oder direktdemokratische Entscheidung vorbereiten soll. So können Beteiligungswillige von der lokalen zur nationalen und europäischen Ebene und zurück wandern.«[78]

Man mag ganz generell gegen »Bürgerräte« einwenden, dass nur eine kleine Anzahl von Personen daran teilnehmen kann. Das stimmt natürlich. Aber je öfter »die Konsultative« irgendwo tagt, je häufiger Bürgerräte eingesetzt werden, desto mehr Menschen werden einbezogen. Es spricht sehr viel dafür, so vielen Bürgern und Einwohnerinnen wie möglich diese Chance aufs Mitredenkönnen einzuräumen – auf allen politischen Ebenen.



## Planungszellen und Bürgergutachten

Gute Ideen entstehen oftmals mehr oder weniger gleichzeitig an mehreren Orten der Welt. So war es auch mit den Bürgerräten. Schon bevor James Fishkin in den USA die ersten deliberativen Prozesse in Gang brachte, hatte der Wuppertaler Soziologieprofessor Peter Dienel Anfang der 1970er-Jahre das »Planungszellen«-Verfahren ersonnen. Eine Planungszelle arbeitet ganz ähnlich wie ein Bürgerrat, die Unterschiede liegen nur in einigen Verfahrensdetails. Auch hier werden etwa 25 Mitglieder per Zufall ausgewählt und zumeist für eine Woche von ihren üblichen Arbeitsverpflichtungen freigestellt, damit sie gemeinsam Lösungen für ein Problem erarbeiten. Eine Differenz zu Bürgerräten liegt darin, dass die Teilnehmenden ohne weitere demografische Kriterien aus dem Einwohnermelderegister ausgelost werden. Dafür tagen aber immer mehrere Planungszellen parallel zum selben Thema, um Ein-

tönigkeit vorzubeugen und eine Vielzahl unterschiedlicher Stimmen erklingen zu lassen. Sie werden von Fachleuten beraten und geben am Ende genauso wie die Bürgerräte ein »Bürgergutachten« ab.

Peter Dienel und seine Anhänger organisierten insgesamt mehr als 300 »Planungszellen« im In- und Ausland, an denen ungefähr 8.000 »Laiengutachter« beteiligt waren. Die Themen waren ebenso heterogen wie die Orte: Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs in Hannover, Belebung eines Plattenbauviertels in Frankfurt/Oder, Eckpunkte für ein zukünftiges Europa, Campus-Management der Universität Wuppertal, Energie- und Verkehrswende in Berliner Stadtquartieren, Freibadgestaltung in Wetzlar, Gebietsreform in Thüringen und vieles mehr.

Der Soziologe nannte die dadurch entstehenden lebendigen zwischenmenschlichen Prozesse auch gerne »Erlebnisurlaub Planungszelle«. Bis zu seinem Tod 2006 war er überzeugt: »Bürgergutachten produzieren Legitimation.« Die Reaktionen von Politikern und Verwaltungen sah er aber kritisch: »Das Verfahren löst Befürchtungen aus, und zwar bei all denen, die in der politisch-administrativen Apparatur tätig sind. Deren Stammhirne sehen hier Besitzstandsprobleme.«[79]

Einwohner einer Gemeinde in Bayern haben sich von Peter Dienel inspirieren lassen. Im 1.300-Seelen-Ort Aislingen im schwäbischen Landkreis Dillingen entwickelten Wolfgang Scheffler und Heike Hoedt das dörfliche Format eines »Mikrobürgergutachtens«. 25 zufällig ausgewählte Personen beraten ein Thema nicht eine ganze Woche lang, sondern an einem Samstagnachmittag in zwei Durchgängen, unterbrochen von einer Kaffeepause. Das erste Thema für ein Mikrogutachten in Aislingen hieß 2009: »Was sind die wichtigsten Anliegen im Dorf?«, gefolgt 2011 von einem Gutachten zum Lebensmitteleinkauf und 2016 zu Asyl. Auch an einer benachbarten Montessori-Schule kam das Verfahren bereits zweimal zum Einsatz.

»Wir halten Bürgergutachten mit Planungszellen für ein äußerst wirksames Verfahren, um BürgerInnen kontinuierlich an einer sinnvollen Meinungsbildung innerhalb unserer Demokratie zu beteili-

gen: eine echte Demokratisierung der Demokratie«, heißt es auf der Website. Die Erfahrung habe nämlich gezeigt, dass die Gutachtenden »im Rahmen der intensiven Auseinandersetzung mit dem Thema innerhalb der Planungszellen in nur *vier Tagen* Meinungsänderungen durchmachen, für die die Gesamtgesellschaft *vier Jahre* benötigt«.[80]

## Zukunftsmusik in den Kommunen

Auf den ersten Blick ist Weyarn eine typisch bayerische Gemeinde südöstlich von München: Zwiebeltürmchen, Prozessionswege, sattgrüne Wiesen, der Seehamer See. Ein Dutzend Dörfer mit insgesamt etwa 3.200 Einwohnern. Nichts Besonderes.

Doch! Weyarn gilt als »Demokratiewunder«. Es hat ein sehr aktives Dorfleben, eine »Mitmachsatzung« und eine Art Bürgerkammer, in der die Aktivitäten der verschiedenen zivilgesellschaftlichen Arbeitskreise koordiniert werden. Die Selbstregierung der Gemeinde entstand nicht bewusst, sondern in den 1990er-Jahren als Folge eines Prozesses zur Dorferneuerung, als »Experiment mit offenem Ausgang«. So heißt es auch auf der Website – die übrigens weit informativer ist als so manche städtische Selbstdarstellung. Zwei Leitbilder bestimmten von Beginn an den Weg: »Wir wollen ländlicher Raum bleiben« und: »Wir planen die Zukunft mit dem Bürger.«

Das wäre nicht gegangen ohne die bemerkenswerte Bereitschaft der CSU-dominierten kommunalen Gremien einschließlich Bürgermeister, Macht abzugeben und Bürgerbeteiligung als Bereicherung zu sehen. »Politik, Verwaltung und Bürger arbeiten auf allen kommunalen Handlungsfeldern zusammen«, besagt die Gemeindewebsite. Und weiter: »Auf diese Weise ist über die Jahre ein strukturiertes Modell für BürgerInnen-Mitwirkung gewachsen – das ›Zwei-Säulen-Entscheidungsprinzip‹. Der Weg der Partizipation ist ein Prozess, der eine grundlegende Änderung politischen Handelns beschreibt, die wiederum die Voraussetzung für nachhaltige Ergebnisse ist. Es handelt sich um einen ganzheitlichen Ansatz einer nachhaltig gedachten Politikänderung. Das bedeutet, dass er auf die gesamte Bevölkerung und nicht auf einzelne

Zielgruppen gerichtet ist. Wir wollen alle Kompetenzen in unserer Gemeinde nutzen.«[81]

Das »Weyarner Grundgesetz«, die Bürgerbeteiligung, wurde 2008 vom Gemeinderat verabschiedet. »Das ist einer der wesentlichsten Beschlüsse, die in dieser Gemeinde gefasst wurden«, befand der damalige Bürgermeister Michael Pelzer. Laut dieser Satzung wird alle sechs Jahre eine Bürgerversammlung einberufen, um das 21-köpfige »Steuerungsgremium« zu wählen. Darin sitzen der Bürgermeister, acht gewählte Mitglieder sowie je eine Person aus einer wechselnden Zahl von Arbeitskreisen, die sich um das Gemeindeleben kümmern. Diese »zweite Kammer« ist mit Selbstverwaltungskompetenzen ausgestattet. Sie hat unter anderem das Recht, sich vom Gemeinderat die Etats für Sachkosten der Arbeitskreise bezahlen zu lassen. Bei der Neuwahl des Gremiums 2015 hob der neue CSU-Bürgermeister Leo Wöhr ausdrücklich hervor, dass es bislang gelungen sei, »Parteipolitik und persönliche Interessen von dem Gremium fernzuhalten«.

Die ehrenamtlichen Arbeitskreise kümmern sich um Senioren, um Geflüchtete, um das Dorfleben, um Energie und Umwelt, um Geschichte, Verkehr, Kultur und mehr. Bemerkenswerterweise hat jeder ein eigenes Leitbild entwickelt. Der »Arbeitskreis Dorfleben«, bereits 1992 im Zuge der Dorferneuerung gegründet, will »vielfältige Möglichkeiten der Begegnung anbieten, um lebendige Heimat für Alte und Junge, Neuzugezogene und Altbürger zu schaffen«. Er bietet »Gemeindespaziergänge« an, organisiert Ferienprogramme und Feste. Der »Arbeitskreis Geschichte« möchte »alte Traditionen erforschen, erhalten und bewusst machen«; er führt ein Gemeindearchiv, sammelt Haus- und Hofgeschichten, Interviews mit Älteren, örtliche Literatur und Zeitungsartikel.

Diese eher traditionell-konservative Ausrichtung verträgt sich offenbar bestens mit der Aufnahmebereitschaft von Geflüchteten, um die sich der »Arbeitskreis Asyl« kümmert. Der »Weyarner Helferkreis« organisiert Patenschaften mit Flüchtlingen und sucht Jobs und Lehrstellen für sie. Im 2017 gegründeten »Arbeitskreis Garteln« wiederum geht es um

die Pflege von Gemeinschaftsbeeten am Klosteranger. Und im »Arbeitskreis Energie und Umwelt« wird die »Energiewende Weyarn« vorangebracht: Die Gemeinde will sich ab 2025 ausschließlich mit erneuerbaren Energien versorgen und bietet unter dem Titel »LandSchafftEnergie« Information und Beratung an.

Die Arbeitskreise planen nachhaltige Projekte bis zur Entscheidungsreife. Und der Gemeinderat nutzt umgekehrt ihre Kompetenz, um Lösungen für kommunale Probleme zu finden. Parkplatzgestaltung? Der Arbeitskreis »Ortsbild« kümmert sich darum. Schulneubau? Ein Arbeitskreis »Schule« bildet sich. Jugendtreffs? Jungbürgerversammlungen und ein »Arbeitskreis Jugend« sorgen dafür, dass sich auch der Nachwuchs einbringen und erste direktdemokratische Erfahrungen machen kann. Engagierte erhalten professionelle Beratung, damit sie fachlich mitreden können und ihre Vorschläge ernst genommen werden.



Für die Demokratisierung seines Gemeindelebens hat Weyarn zahlreiche Preise erhalten, unter anderem den Europäischen Dorferneuerungspreis, den Deutschen Engagementpreis und das Gütesiegel »Nachhaltige Bürgerkommune«. Eine weitere Auszeichnung als »Bürgerorientierte Kommune« 2002 führte dazu, dass sich ein »Arbeitskreis Demokratiebilanz« bildete, der Fragebögen an alle Gemeindemitglieder verschickte. Rund ein Drittel der Erwachsenen und sogar etwa die Hälfte der Jugendlichen schickte ausgefüllte Bögen zurück. Weitaus die meisten Befragten äußerten sich positiv über die Beteiligungsmöglichkeiten in der Gemeinde. Die große Mehrheit der Dorfjugend gab an, gerne in Weyarn zu leben. Die Jugendlichen, viele von ihnen schon beteiligungserfahren, äußerten zahlreiche Anregungen, wünschten sich mehr Freizeitmöglichkeiten und bessere Nahverkehrsanbindungen.

## Bürgerbeteiligung im Aufwind

Nicht wenige Städte und Gemeinden haben ihre Bürgerbeteiligung seit der Jahrtausendwende enorm ausgeweitet. »Bürgerbeteiligung im Aufwind«, urteilt ein »Kommunalwiki« der Grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung, schränkt aber auch ein: »Für ein Fazit ist es viel zu früh.«[82] Pioniere sind sowohl kleine als auch große Kommunen, wir können hier nur einige wenige aufführen, etwa die badische Gemeinde Murg (7.000 Einwohner), die schwäbische »Bürgerkommune Filderstadt« (45.000) oder die »Heldenstadt Leipzig« (560.000).

***Beispiel Murg:*** Die kleine Gemeinde am Hochrhein nahe der Schweizer Grenze fällt vor allem durch intensive Visionsbildung auf. Unter Leitung des partizipationsbegeisterten CDU-Bürgermeisters Adrian Schmidle hat sie bereits von 2007 bis 2009 in einem mehrstufigen Prozess eine »Leitvision« für eine ökosoziale Zukunft entwickelt. In deren Mittelpunkt stehen »hohe Lebenskultur und ökologische Verantwortung« sowie eine »bürgernahe, transparente und unbürokratische Gemeinde- und Ortsverwaltung«. Das Leitbild wurde in zwei Bürgerforen mit dem Titel »Murg 2020« zur Diskussion gestellt und von einer »Leitbildkommission« schließlich verabschiedet, um derzeit erneut überprüft zu werden.

2012 gründeten ein Arzt und andere Engagierte die zivilgesellschaftliche Initiative »Murg im Wandel«, die sich als »Ausdruck einer gelebten Demokratie auf kommunaler Ebene« sieht. Die mehrfach ausgezeichnete Initiative organisiert öffentliche »Zukunftsgespräche« und arbeitet partnerschaftlich mit Gemeindegremien und Bürgergruppen zusammen. Ihr Ziel: einen Lebensstil zu fördern, der »hohe Lebensqualität bei niedrigerem Energie- und Ressourcenverbrauch« fördert. »Murg im Wandel« orientiert sich dabei an der weltweiten Bewegung der »Transition Towns«, die der Brite Rob Hopkins anstieß. Mehrere Arbeitskreise kümmern sich um »Gutes Leben«, Bauen, Wohnen, Klimaschutz, Energie sowie Mobilität. Die Initiative betreibt auch einen »Bürgerbus«, der vor allem dann fährt, wenn die Busfahrer des öffentlichen Nahverkehrs schon ihr Feierabendbier trinken. 26 Ehrenamtliche, vor allem Rentner, steuern einen gemeindefinanzierten Minielektrobus und nehmen Menschen kostenlos mit.[83]

***Beispiel Filderstadt:*** Der Gemeinderat der Kleinstadt nahe Stuttgart initiierte im Jahr 2000 ein Hearing mit dem Titel »Wege zur Bürgerkommune«. In der Folge trieb ein hauptamtlicher Leiter des »Referats für Bürgerbeteiligung und Stadtentwicklung« zusammen mit Engagierten die Bürgerpartizipation voran. Motto: »Wir sind Filderstadt – mitdenken-mitreden-mitmachen«. Ein »Büro von Bürgern für Bürger« mit Seminarräumen und Kommunikationstechnik entstand, ebenso eine Freiwilligenagentur und eine Bürgerstiftung. In Kursen wurden 80 Bürgermentoren und Netzwerkarbeiterinnen ausgebildet. Dialogrunden in Stadtteilen und Quartieren machen auf soziale Probleme und deren Lösung aufmerksam. Interessierte können sich auf www.wir-sind-filderstadt.de oder in der Bürgerzeitung »Echo« informieren.

***Beispiel Leipzig:*** Eine kommunale Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung betreibt seit 2012 unter dem Namen »Leipzig weiter denken« Bürgerdialoge zu nachhaltiger Stadtentwicklung. Unter anderem organisierte sie Gesprächsforen in allen 63 Leipziger Stadtteilen sowie die Veranstaltung »Leipzig 2030 – auf dem Weg zur nachhaltigen Stadt«. In einem vom Bundeswissenschaftsministerium geförderten Projekt soll in diversen Formaten eine integrierte Stadtentwicklung bis zum Jahr 2030 ausgearbeitet werden.[84]



Wie man schon an diesen wenigen Beispielen sieht, kann Bürgerbeteiligung in sehr unterschiedlichen Formaten stattfinden; es müssen also nicht unbedingt Bürgerräte und -gutachten sein. Runde Tische haben sich schon in der DDR-Wendezeit sehr bewährt, auch wenn sie manchmal eckig waren. Wenn sich in turbulenten Zeiten Betroffene und politisch Verantwortliche auf gleicher Augenhöhe begegnen und einander zuhören, bewirkt das fast immer das Wunder einer konstruktiven Konfliktlösung. Ähnlich nachhaltig wirken Dialogrunden, bei denen die Teilnehmenden im Kreis sitzen – allein die uralte egalitäre Kreisform sorgt dafür, dass sich alle gleichberechtigt fühlen.

Bewährt haben sich auch die »Zukunftswerkstätten«, entwickelt von Zukunftsforscher Robert Jungk (1913–1994). In mehrtägigen Workshops nehmen sich Betroffene zuerst einen Missstand vor, entwickeln

dann eine gemeinsame Vision und überlegen sich im dritten Schritt, wie sie diese strategisch umsetzen können. Auf dem »Beteiligungsblog« der Deutschen Umweltstiftung und anderswo im Internet finden sich weitere geeignete partizipative Formate, etwa Bar-Camps, Fishbowls, Global Cafés oder Open-Space-Konferenzen.[85]

Manche Institutionen arbeiten auch mit Mischformen von direkter und digitaler Beteiligung. Etwa das »Future-for-all-Parliament«, das der Zukunftsforscher Peter Spiegel mit ins Leben rief. Teilnehmende hören kurze Impulsreferaten, äußern sich dazu spontan und können auf dem Handy zusätzlich digital über eine bestimmte Frage abstimmen.[86] Auch die Bewegungsplattform Campact will im Vorfeld der Bundestagswahlen mittels Mischformen zusammen mit Tausenden Teilnehmenden eine ökosoziale Vision für das Zusammenleben in Deutschland entwickeln. Motto: »Aufbruch 2017«.

## Wunschkonzerte mit utopischen Tönen

Wie kann Demokratie jenseits dieser schon existierenden Beispiele vertieft und verlebendigt werden? In der nationalen und internationalen Debatte kursieren zahlreiche Vorschläge, die grundsätzlich realisierbar, aber noch nicht verwirklicht sind. Wir können hier nur einige vorstellen, im Internet und anderswo wimmelt es von weiteren.

Für deren Realisierung bedarf es vieler engagierter Einzelpersonen und Gruppen. Manchmal wird behauptet, die Menschen wollten nicht so viel mit Politik behelligt werden, sie hätten mit ihren Jobs und ihren Familien mehr als genug zu tun. Doch selbst wenn das stimmt – wenn die Totaldigitalisierung in den kommenden Jahrzehnten Millionen von Arbeitskräften freisetzen sollte, dann werden diese Menschen froh sein, sich um etwas so Sinnvolles wie das Gemeinwohl zu kümmern. Völlig unabhängig davon, wie man zur »Industrie 4.0« steht, kann das Argument der Arbeitsüberlastung dann nicht mehr gelten. Und angesichts der vielen lokalen und globalen Probleme sind Millionen von Köpfen und Herzen nötig, um in aller Ruhe die besten Zukunftslösungen auszuloten. Wir brauchen vertiefte Demokratie und Bürgerkon-

sultationen in Dörfern, Städten, Bundesländern bis hin zur nationalen, europäischen und internationalen Ebene.

## Protest- und Ersatzstimmen

Die Juraprofessoren Hermann K. Heußner und Arne Pautsch schlagen vor, eine »Experimentalklausel« in Gemeindeverfassungen zu verankern.[87] Damit könnten interessierte Kommunen ausprobieren, ob bestimmte Instrumente zu einer Erhöhung der kommunalen Wahlbeteiligung führen. Etwa die Abgabe einer »Proteststimme«, wenn jemand mit allen zur Wahl stehenden Parteien oder Kandidaten unzufrieden ist. So etwas, schreiben sie, existiere bereits in Indien und im US-Bundesstaat Nevada. All jene, die sich über das unzureichende »politische Gesamtangebot« ärgern, müssten sich dann nicht mehr gezwungen sehen, eine Protestpartei zu wählen oder ungültige Stimmzettel abzugeben oder am Wahltag zu Hause zu bleiben.



Noch folgenreicher wäre die Einführung von »Ersatzstimmen« und »integrierten Stichwahlen«. Beide würden taktisches Wählen in Zukunft unnötig machen und deswegen weit ehrlicher die politischen Präferenzen der Wählenden wiedergeben. Eine Ersatzstimme für eine andere Partei könnten Menschen vorsorglich für den Fall abgeben, dass die Partei ihrer ersten Wahl nicht die Fünf-Prozent-Hürde oder kommunale Sperrklauseln überspringt; es zählt dann ihre Ersatzstimme.

Bei der »integrierten Stichwahl« können Wahlberechtigte alle Kandidaten in der Reihenfolge ihrer Präferenzen mit »1«, »2« und »3« wählen. Wenn ihre erstfavorisierte Kandidatin nicht durchkommt, zählt ihre Stimme für den Zweitfavorisierten, dann für die Drittfavorisierte usw. Damit könnten der erste und zweite Wahlgang zusammengelegt werden. Dieses Verfahren wird bereits in mehreren Ländern praktiziert, etwa in Irland bei der Präsidentschaftswahl oder in den australischen Wahlen zum Repräsentantenhaus.

Vor allem in Präsidialsystemen wie etwa in Frankreich könnten damit ganz andere Ergebnisse entstehen, die den Willen der Wahlberechtig-

ten genauer zum Ausdruck bringen. Bisher nehmen sich Kandidaten, die ähnliche Programme vertreten, im ersten Wahlgang gegenseitig die Stimmen weg. Bei der »integrierten Stichwahl« mit Zweit- und Drittfavoriten aber setzen sich am Ende diejenigen Kandidaten durch, mit denen die meisten Wahlberechtigten leben können.

## Direktwahl

Der 2013 verstorbene Juraprofessor Roland Geitmann, früher im Kuratorium von Mehr Demokratie, war ein Anhänger von Direktwahlen. In verschiedenen Artikeln schlug er vor, dass Bürgermeister und Landräte nicht länger vom Gemeinderat oder Kreistag gewählt würden, sondern direkt von der Bevölkerung. Es gab lange politischen Widerstand dagegen, doch nunmehr sind in allen Bundesländern Direktwahlen möglich. Anders sieht es mit der Direktwahl von Ministerpräsidenten aus. Der Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim erarbeitete Ende der 1990er Jahre im Auftrag der kommunalen Wählergemeinschaften von Rheinland-Pfalz einen Gesetzentwurf dafür, aber ein entsprechendes Volksbegehren blieb bisher aus. Roland Geitmann war überzeugt davon, dass solche Änderungen nur »auf Druck von unten« zustande kommen – oder in unserer Terminologie: auf Druck von oben.

Genauso gut könnte man sich auch die Direktwahlen von Vertrauensfrauen und -männern in verschiedene Ämter vorstellen: Datenschutzbeauftragte, Ombudsmänner- und frauen, Rechnungshofpräsidenten, Verfassungsrichterinnen. Die Schweiz macht es vor.

## Einheizliste

Die rund 4.700 Einwohner von St. Ulrich im italienischen Südtirol zeigten sich im Mai 2015 zutiefst parteienmüde. Bei den Wahlen in ihrer Gemeinde war die konservative SVP allein angetreten, weil sich keine anderen Parteikandidaten fanden, und auch die örtliche SVP hatte die 18 nötigen Personen auf ihrer Liste nur mit Mühe zusammenbekommen. Die Bürgerschaft quittierte die dürftige Auswahl beim Urnengang

mit Verweigerung: 60 Prozent blieben zu Hause. Zu viele. Für November 2015 wurden Neuwahlen angesetzt.

Eine Gruppe von 14 Frauen und Männern aus der Ladinisch sprechenden Gemeinde verstand das als Weckruf. Sie setzten sich zusammen, um ein ganz anderes Politikkonzept auszuarbeiten, eine »Politik ohne Parteien«. Ihr Vorschlag: eine Einheitsliste, eine »Lista Unica«.[88] Geeignete Personen für den Gemeinderat wurden durch eine Vorwahl ermittelt. Jene 27, die die meisten Stimmen errungen hatten, wurden auf eine überparteiliche Einheitsliste gesetzt. In einer Umfrage sprachen sich 84 Prozent der Befragten in St. Ulrich für das Vorgehen aus.

»Parteipolitik ist in einem Dorf nicht notwendig«, fand Sara Stuflesser, eine der Initiatorinnen. Deshalb seien sie auch an die SVP und die »Freiheitlichen« herangetreten, eine eigene Kandidatur zu unterlassen. Doch die wollten davon nichts wissen. Dafür kam umso mehr Unterstützung von den Jungen im Dorf. »Denen wird ja gern und häufig nachgesagt, dass sie sich nicht für Politik interessieren. Ihnen, aber auch allen anderen wollen wir mit der Einheitsliste eine alternative Idee von Politik vermitteln«, erklärte Stuflesser. »Politik sollte wieder offener werden, mehr die Meinung der Bevölkerung einbeziehen und das werden, was die Griechen als Demokratie bezeichnet haben: die Herrschaft des Volkes«, fand die »Lista Unica«.[89]

Das Ergebnis der Wahlen im November 2015 war ein eindeutiger Sieg für die »Einheitsliste«. Sie war auch eine »Einheizliste« für die örtliche Demokratie, denn sie hatte mobilisierend gewirkt: Die Wahlbeteiligung war von 40 auf fast 60 Prozent gestiegen. Die »Lista Unica« erhielt 56 Prozent der Stimmen, die SVP 39, die Freiheitlichen 3, und die Siegerin stellte auch den neuen jungen Bürgermeister Tobia Moroder.

## Verfassungsabstimmungen

Die Bevölkerung als oberster Souverän sollte Verfassungen per Volksabstimmung legitimieren, bevor diese in Kraft treten. Doch das hat in vielen Nationen nie stattgefunden, auch in Deutschland nicht.

Christian Felber, der österreichische Vordenker der Gemeinwohlökonomie, fordert deshalb seit Jahren, dass so grundlegende Dinge wie Verfassungen, Grundrechte oder auch unsere Geld- und Eigentumsordnung in Bürgerkonventen demokratisch abgestimmt werden müssen. Solange das nicht stattfinde, lebten wir in einer »Prädemokratie«.[90]

In Deutschland pochen die »Initiative Verfassungskonvent« und die Gruppe »Verfassung vom Volk« auf dieses Grundrecht des Souveräns, sich selbst eine Verfassung zu geben. Beide Gruppierungen wollen im ersten Schritt erreichen, dass das Grundgesetz um die Möglichkeit bundesweiter Volksabstimmungen erweitert wird. In den nächsten Schritten möchten sie über dieses erweiterte Grundgesetz das Volk abstimmen lassen und für die Einberufung einer »verfassungsgebenden Versammlung« werben.[91]

Auch Mehr Demokratie befürwortet die Verankerung bundesweiter Volksentscheide im Grundgesetz, geht dies aber pragmatischer an. Der Verein hat bereits einen entsprechenden Gesetzentwurf erarbeitet und will nach den Bundestagswahlen dafür sorgen, dass dieser Punkt im Koalitionsvertrag der nächsten Regierungskoalition verankert wird.[92]

## Neue gesetzliche Bestimmungen für Volksabstimmungen

An dem Plebiszit in Ungarn und dem »Brexit« ist zu sehen, wie tragisch es werden kann, wenn eine sehr große Minderheit niedergestimmt wird und sich am Ende zwei Lager unversöhnlich gegenüberstehen. Nationen, Bundesländer oder Kommunen, die Volks- oder Bürgerentscheide neu einführen, könnten dabei mit klaren gesetzlichen Bestimmungen zusätzlich regeln, wie mit knappen Mehrheiten von 50 Prozent plus X zu verfahren ist. Zum Beispiel könnten in solchen Fällen Befürworter und Gegnerinnen zu weiteren Konsultationen verpflichtet werden. Oder mindestens angehalten werden, auf den »Gegner« zuzugehen und einen Kompromiss zu suchen. Falls dieser gefunden wird, kann über ihn nochmals abgestimmt werden.

Eine andere Möglichkeit wäre, statt einem puren »Ja« oder »Nein« eine Stufenskala von 0 (absolute Ablehnung) bis 10 (absolute Zustimmung) zur Abstimmung zu stellen. Dann bestünde das Endergebnis nicht aus zwei verfeindeten Lagern, sondern aus politischen Tendenzen. Bei knappem Ausgang kann ebenfalls weiterverhandelt werden.

Wichtig wären zudem Garantien für transparente und faire Kampagnen im Vorfeld. Es widerspricht dem demokratischen Geist von Volksabstimmungen, wenn die Gegenseite bzw. Opposition so massiv behindert und bedroht wird wie etwa jüngst in der Türkei. Eine Abstimmung während eines Ausnahmezustandes verbietet sich von selbst. Es widerspricht dem demokratischen Geist ebenfalls, wenn milliardenschwere Geldgeber anonym im Hintergrund agieren und teure Werbefeldzüge bezahlen. Hier sollten Transparenzgesetze garantieren, dass das Sponsoring einer Pro- oder Kontra-Kampagne ab einer bestimmten Summe verboten wird. Oder dass zumindest alle diejenigen öffentlich benannt werden müssen, die viel Geld fließen ließen.



## Bundeswerkstatt

Eine Weiterentwicklung der Bürgerräte zu einer »Bundeswerkstatt« schlägt Jascha Rohr vor, Mitbegründer des Instituts für Partizipatives Gestalten. In seinem Buch »In unserer Macht« entwirft er die Vision einer Bundeswerkstatt in Berlin, in der zufällig ausgewählte Menschen Großprojekte experimentell durchspielen, bevor sie realisiert werden. Das spreche Kopf, Herz und Hand gleichzeitig an, findet er. Ein solches Gremium müsste »als modernes öffentliches Gemeingut konzipiert sein«. Er sieht es als »dritte Kammer«: »Neben Bundestag und Bundesrat benötigen wir eine Bundeswerkstatt!« Parallel dazu seien Landes- und Kommunalwerkstätten möglich.

»Als Begleiter solcher Problemlösungs- und Gestaltungsprozesse weiß ich«, schreibt er, »zu welch unglaublich beeindruckenden und konstruktiven Ergebnissen beispielsweise eine Gruppe von dreißig Menschen in drei Tagen mit einem Budget von 15.000 Euro kommen kann.« Und weiter: »In meiner Arbeit erlebe ich, dass Menschen als Gestal-

ter zu Höchstleistungen imstande sind: intellektuell, kulturell, geistig, emotional. Wir sind Ko-Schöpfer, Transformatoren und Prozessoren auf diesem absolut rätselhaften und wunderbaren Planeten.«

Und er stellt folgendes Gedankenexperiment an: »Was hätte passieren können, wenn statt der Klimakonferenz in Kopenhagen auf der ganzen Welt in den 300 größten Städten lokale Problemlösungsprozesse mit jeweils 100 Teilnehmenden über zehn Tage mit einem Budget von jeweils 500.000 Euro veranstaltet worden wären? Jede Stadt hätte parallel und zeitgleich regionale Lösungsstrategien gegen den Klimawandel erarbeiten und sich parallel mit den Prozessen der anderen Städte auseinandersetzen können: über Konferenzschaltungen, direkte Städtepartnerschaften und persönliche Kontakte der Teilnehmenden, über Telefonate, Social Media, vielleicht sogar über eintägige Treffen in Städteclustern in den einzelnen Ländern. Jede Stadt und jedes Land hätte einen ganz individuellen Ansatz entwickeln und sich dabei immer wieder im globalen Prozess rückversichern können … Ich sehe kollektive Intelligenz daher als eine Kulturtechnik, die uns ermöglicht, uns über unsere individuellen thematischen Resonanzen in Felder der Auseinandersetzung ›einzuloggen‹.«[93]

## Los-Senat statt Bundesrat

Der Bundesrat, die zweite Kammer in Deutschland, könnte durch eine ganz andere Form ersetzt werden, schlägt Karl-Martin Hentschel vom Bundesvorstand des Vereins Mehr Demokratie vor. Ähnlich wie bei den Bürgerräten könnten per qualifiziertem Losverfahren 300 Plätze ausgelost werden, wobei jedes Jahr 100 Plätze getauscht werden sollten. Dieser Los-Senat hätte die Aufgabe, die Gesetze des Bundestags, Stellungnahmen von Parteien, Regierung und ausgewählter Verbände zu beraten und abzustimmen. Wenn er einen Gesetzentwurf ablehnt, würde dieser zurück an den Bundestag gehen. Dieser Senat hätte zudem das »Initiativrecht«, das heißt, er könnte Parlament oder Regierung auffordern, zu einem von vielen Menschen erwünschten Thema binnen eines halben Jahres ein Gesetz vorzulegen – etwa für eine einheitliche Bürgerversicherung.

## Los-Senate in anderen Ländern

Ähnliche Ideen kreisen in vielen Ländern. David Van Reybrouck stellt in seinem Buch einige vor. Bereits 1985 schlugen die US-Autoren Ernst Callenbach (»Ökotopia«) und Michael Phillips vor, das House of Representatives in ein Representative House umzuwandeln: Die 435 Volksvertreter der USA sollten nicht mehr gewählt, sondern ausgelost werden. Für Großbritannien befanden der »OpenDemocracy«-Gründer Anthony Barnett und der Journalist Peter Carty, dass das britische House of Lords mit seiner erblichen Mitgliedschaft endlich demokratisiert werden müsse. Es sollte in »House of Peers« umbenannt werden, in ein Haus der Gleichgestellten. Der konservative Wissenschaftler Keith Sutherland ging sogar noch weiter: Das House of Commons, also die erste Parlamentskammer, sollte in ein ausgelostes Gremium umgewandelt werden. Auch in Frankreich kursiert schon länger die Idee einer »Dritten Kammer«: Der Politikwissenschaftler Yves Sintomer schlug vor, die Plätze dafür unter Freiwilligen auszulosen. Diese Kammer sollte vor allem Zukunftsthemen wie Ökologie oder soziale Fragen bearbeiten.



Einen auf den ersten Blick verwirrenden, letztlich aber durchdachten Vorschlag präsentiert der US-Forscher Terrill Bouricius. Er stellt sich ein selbstlernendes politisches System ohne Parteien und Lobbyismus vor. Die Arbeit der Gesetzgebung sollte demnach in vier Phasen unterteilt werden. In der ersten Phase hätten die Bürger ein Petitionsrecht, um Themen und Vorschläge einzubringen. In der zweiten würden sogenannte Interest Panels organisiert, die ähnlich wie parlamentarische Ausschüsse arbeiten und Anhörungen mit Experten und Gruppen veranstalten. In der dritten Phase gäbe es »Review Panels«, die die bisherigen Ergebnisse auswerten. Und in der vierten würde eine »Policy Jury« aus 400 Los-Bürgern in geheimer Wahl darüber abstimmen. Ein »Rules Council« und ein »Overset Council« wären dafür da, die Spielregeln zu überwachen.[94]

Van Reybrouck referiert die Vorschläge mit erkennbarer Sympathie. Denn, so fragt er rhetorisch: »Was hat man von einem Parlament voller hochausgebildeter Juristen, wenn nur noch wenige von ihnen den Brotpreis kennen?«

## Europa demokratisieren

Die große Parteienmüdigkeit hat auch Europas Bevölkerung ergriffen und bedroht die Legitimität der EU in ihrem Kern. Die EU-Kommission kümmert sich zwar kleinkariert um das Verbot von Ölkännchen auf Restauranttischen oder um genaueste Temperaturvorschriften für die Kühlschränke von Tagesmüttern. Die großen Fragen aber geht sie nicht an, etwa die Flüchtlingsintegration, die Bankenregulierung, die hohe Jugenderwerbslosigkeit, eine klimafreundliche Agrarwende oder die Demokratisierung der Demokratie.

Nachdem eine Bevölkerungsmehrheit in Frankreich und den Niederlanden den EU-Verfassungsvertrag von Lissabon 2005 in zwei Volksabstimmungen krachend scheitern ließ, war der Schock in Brüssel zuerst groß. Eilig organisierte man dort eine neue Kommunikationsstrategie sowie »europäische Bürgerkonferenzen«, an denen jeweils gut 1.500 Ausgeloste aus den 27 Mitgliedsstaaten teilnahmen. Die Eingeladenen berieten je zwei Tage über die Zukunft Europas und bekundeten zunächst große Zufriedenheit über diese Möglichkeit. Doch das aufwendige Bürgerbeteiligungsverfahren, zu dem bis 2010 insgesamt rund 100.000 Menschen eingeladen worden waren, wurde ohne jede Begründung abgebrochen. Die politisch Verantwortlichen ignorierten seine Ergebnisse weitestgehend.[95] Viele, die teilgenommen hatten, reagierten enttäuscht bis wütend.

Um das demokratische Defizit der EU abzubauen, gibt es zahlreiche Vorschläge. Patrizia Nanz und Claus Leggewie befürworten die Einrichtung eines dauerhaften EU-Zukunftsrats als »Labor der Demokratie«, der als »Sprachrohr der Bürger« Parlament, Rat und Kommission berät. Er könnte entweder eingesetzt oder aus lokalen, regionalen und nationalen Zukunftsräten entwickelt werden und zu Themen wie Klimaschutz tagen.[96] Der Politikwissenschaftler Hubertus Buchstein kann sich neben dem Europäischen Parlament ein »House of Lots« vorstellen, also ein Haus der Ausgelosten als zweite Kammer. Die 200 Teilnehmenden sollten unter der gesamten erwachsenen EU-Bevölkerung ausgewählt werden, und zwar proportional verteilt nach Mitgliedstaaten.

Der Jurist Roland Geitmann empfahl die Direktwahl des EU-Kommissionspräsidenten und des Ministerrats. Die Demokratisierung Europas werde nur gelingen, »wenn mit Volksbegehren und -entscheid dafür das Instrumentarium zur Verfügung steht«, war er überzeugt. Und: »Die sich dadurch eröffnenden ausgiebigen öffentlichen Diskurse über die Gestaltung der EU könnten das in Gang bringen, woran es noch fehlt: die europaweite Vernetzung der Zivilgesellschaft und entsprechendes Europabewusstsein.«

Die EU ist undemokratisch und widerspricht den Ideen der Gewaltenteilung von Montesquieu, findet auch die Berliner Politikprofessorin Ulrike Guérot in ihrem Buch »Warum Europa eine Republik werden muss«. Ihre Exekutive – die Kommission und der Ministerrat – ist übermächtig, ein »postdemokratisches Bürokratiemonster«. Und sie wird nicht von der Legislative gewählt. Auch das Parlament wird nicht nach dem Prinzip »eine Person, eine Stimme« gewählt, die Abgeordneten vertreten eine sehr ungleiche Anzahl von Bürgern, das Prinzip der politischen und bürgerlichen Gleichheit wird verletzt.[97] Vor allem die südlichen Eurokrisenstaaten haben unter der Dominanz der Deutschen zu leiden. »Ein gebrochener Gesellschaftsvertrag aber führt notwendigerweise zur Revolution«, warnt Guérot. Und: »Wenn die Linke sie nicht macht, dann machen sie eben die Rechtspopulisten.[98]

Deshalb schlägt sie vor, »die erste transnationale europäische Demokratie« zu gründen: »dezentral, regional, postnational, sozial und demokratisch«. Sie denkt sich diese »RePublik« als »Netzwerk aus europäischen Regionen und Städten, über das das schützende Dach einer Europäischen Republik gespannt wird, unter dem alle europäischen Bürger politisch gleichgestellt sind«, einschließlich der Geflüchteten. Diese werde damit zu einem Projekt der Grenzenlosigkeit, der bürgerlichen Emanzipation, der Freiheit, des Friedens, der Demokratie, des guten Regierens und des Rechts.[99]

Für das Parlament schlägt die Professorin ein Zwei-Kammer-System vor. Die erste Kammer sei das Repräsentantenhaus. In der zweiten, dem Senat, sollten je zwei Vertreter aus 50 bis 60 historisch entstandenen

EU-Regionen sitzen, etwa Savoyen, Katalonien, Flandern, Venetien oder Bayern. EU-Präsident, Repräsentantenhaus und Senat sollten direkt gewählt, EU-Minister dürften nicht länger von Nationalregierungen eingesetzt werden.[100]

In dem Positionspapier »Europa neu denken und gestalten«, das die Mitgliederversammlung des bundesweiten Vereins Mehr Demokratie im Juni 2016 verabschiedete, hat Mehr Demokratie einen Teil dieser Vorschläge aufgegriffen und um eigene Ideen erweitert. Das »europäische Haus« sollte vier neue Stützpfeiler erhalten, heißt es darin. Der erste Pfeiler wäre eine von den Bürgern geschriebene EU-Verfassung, die über einen direkt gewählten Verfassungskonvent zustande käme. Wenn sie fertig vorliegt, sollte sie in einer europaweiten Urabstimmung angenommen oder abgelehnt werden, und zwar ähnlich wie in der Schweiz mit einem »doppelten Mehr«, einer Mehrheit der gesamten EU-Bevölkerung und einer Mehrheit in zwei Drittel oder drei Viertel aller Mitgliedsländer. Der zweite Pfeiler wären demokratisch legitimierte Institutionen, etwa das von Guérot skizzierte Zwei-Kammer-Parlament plus als Regierung ein »Kollegialrat« nach Schweizer Vorbild, der von beiden Kammern gewählt wird. Der dritte Pfeiler wäre die Einführung der direkten Demokratie einschließlich »Volksveto«, ebenfalls wie in der Schweiz. Und der vierte wäre eine konsequente Dezentralität und Regionalisierung, sodass so viele Regelungen so ortsnah wie möglich getroffen werden – ähnlich wie in Dänemark, Schweden oder ebenfalls in der Schweiz.

Auch die EU-Wirtschaftspolitik schreit nach Demokratisierung. Drei Millionen Menschen unterschrieben die EU-Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA, Hunderttausende demonstrierten dagegen, und in einer Konsultation der EU-Kommission lehnten 97 Prozent der EU-Bürger Sonderklagerechte für Konzerne ab. In einem Positionspapier vom April 2017 umreißt die Bewegungsplattform Campact, wie stattdessen eine neue ökofaire progressive EU-Handelspolitik aussehen könnte; die Forderungen waren zuvor unter 40.000 Campact-Aktiven abgestimmt worden.[101] Statt Handel als Selbstzweck zu sehen, schreibt Campact-Autorin Anna Cavazzini, müsse die Erfüllung von EU-Grundwerten das

Ziel von Handelspolitik werden: Demokratie, Wohlstand, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, nachhaltige Entwicklung, Klima-, Umwelt- und Verbraucherschutz, Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Länder mit niedrigen Standards in diesen Bereichen sollten sich höheren anpassen, nicht umgekehrt. Fairer Handel müsse zum Goldstandard werden. Bevölkerung und Parlamente müssten mitbestimmen können, sowohl die der Mitgliedsstaaten als auch das EU-Parlament.

»Der EU-Kreislauf braucht eine Infusion gewöhnlicher Bürger – des Herzbluts der Demokratie«, findet auch die britische Autorin Priya Basil.[102] Sie schlägt einen Aktionsplan »Demos« vor, der unter anderem das Feiern von fünf Europatagen zwischen dem 5. und 9. Mai beinhaltet: »Während dieser Zeit ist der öffentliche Verkehr zwischen den EU-Ländern kostenlos, Hotels bieten vergünstigte Preise an, öffentliche Einrichtungen laden zu Tagen der offenen Tür ein. Überall finden europabezogene Straßenfeste statt, Diskussionen, Ausstellungen, Konzerte – kostenlose interkulturelle Aktivitäten, bei denen man erfahren und überlegen kann, was es heißt, Europäer zu sein.«



Viele Modelle sind hier möglich und umsetzbar. Man möchte der Brüsseler Bürokratie zurufen: Hauptsache, ihr unternehmt endlich etwas, was Europas Demokratie vertieft! Wenn ihr das nicht tut, könnte das der Untergang der EU sein.

## Ein Weltparlament bei der UNO

Ein ähnliches Defizit bei der demokratischen Legitimität wie die EU haben auch die Vereinten Nationen. Die nach dem Zweiten Weltkrieg verabschiedete UN-Charta beginnt zwar mit den vielversprechenden Worten: »Wir, die Völker …«. Aber »die Völker« haben in der UNO und ihren Unterorganisationen nichts zu sagen, nur die Funktionäre, die von den oftmals zweifelhaften Regierungen ernannt werden.

Deshalb läuft bereits seit 2007 eine internationale Kampagne, um eine UN-Parlamentsversammlung ins Leben zu rufen.[103] Globaler Koordinator des »Komitees für eine demokratische UNO« mit Sitz in Berlin

ist Andreas Bummel, zugleich Vorsitzender von Democracy without Borders. Zusammen mit dem sozialdemokratischen EU-Parlamentarier Jo Leinen hat Bummel die gemeinsame Vision in dem Buch »Das demokratische Weltparlament« skizziert. Demnach sollten die Mitglieder des UN-Parlaments im ersten Schritt aus den nationalen Parlamenten entsandt werden und vor allem beratende Funktion haben. Nach und nach könnten sie dann in den Ländern direkt gewählt werden. Und mit weiteren Befugnissen ausgestattet werden, um die UN-Exekutive angemessen zu kontrollieren. Die globale Kampagne wirbt dafür, dass die in der UN-Generalversammlung vertretenen Regierungen der Gründung einer Parlamentarischen Versammlung zustimmen. Die UN-Charta müsste dafür nicht geändert werden, sie erlaubt die Einsetzung neuer Organe.

Angesichts so vieler explosiver Probleme auf dem Planeten unterstützen zahlreiche UN-Angehörige, Einzelpersonen und Institutionen aus gut 150 Ländern diese Idee einer grenzenlosen Demokratie. Etwa der frühere UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali oder die UN-Ernährungsexperten Olivier de Schutter und Jean Ziegler. Oder Heiner Bielefeldt, der UN-Sonderberichterstatter zu religiöser Freiheit, der an ein »großes Potenzial« eines solchen UN-Parlaments glaubt. Weltweit scheint es dafür offenbar eine riesige Unterstützung zu geben. Russland war der einzige Staat, in dem es laut einer BBC-Umfrage von 2005 hierfür keine Mehrheit, sondern nur ein »Unentschieden« gab. In allen anderen großen Ländern, in den USA, China, Indien, Brasilien und weiteren elf Ländern, unterstützten im Schnitt 63 Prozent der Befragten die Idee.

So viele unerfüllte Wünsche. So viele Wunschkonzerte wären möglich.

Schlussakkord

# Die Unvollendete

Manche mögen nach alldem nun einwenden: Demokratie ist doch kein Wunschkonzert. Doch, genau das ist sie! Im Gegensatz zu allen anderen Staatsformen ist allein die Demokratie in der Lage, sich stetig weiterzuentwickeln, und in der Pflicht, die Wünsche des Volkssouveräns zum Ausdruck zu bringen. Nur sie kann seine Vielstimmigkeit ertönen lassen.

Vielstimmigkeit – das bezieht sich auch auf ihre Formen. Direkte Demokratie ergänzt sich wunderbar mit konsultativer und repräsentativer. Jede ergänzt die andere. Und in all ihren Formen kommt die menschliche Resonanzfähigkeit zum Tragen: Wir reden, wir hören zu, wir reflektieren, indem wir die Stimmen der anderen in unserer Erinnerung wiedererklingen lassen. Durch Vielstimmigkeit wird Spannung erzeugt und wieder abgebaut. Das macht Demokratie erlebbar, attraktiv und gehaltvoll.

Heute aber ist sie in so vielen Ländern in Gefahr. Alt-neue identitäre Herrschaftsformen entstehen, in denen populistische »Führer« behaupten, sie würden das Volk verkörpern, dessen Stimme sei ihre Stimme. Im Vergleich zu solchen autoritären Regimes ist die Selbst- und Mitbestimmung der Bevölkerung immer im strategischen Nachteil. Herrscher und Diktatoren können Befehle erteilen, die sofort umgesetzt werden, in der Demokratie ist das unmöglich. Hier müssen die Beteiligten aufeinander hören. Aber genau dieser Umstand macht demokratische Entscheidungen in der Tendenz klüger, reflektierter, aufgeklärter, menschenfreundlicher, wohlklingender, ja: schöner.

Wir hoffen, die aufgeführten Beispiele haben deutlich gemacht, dass sich niemand fürchten muss vor der hässlichen Stimme des »Pöbels«. Im Gegenteil wird dieser erst erzeugt, wenn weite Teile der Bevölkerung nichts zu sagen haben, wenn sie zwischen den Wahlen mundtot gemacht wer-

den. Rechtspopulismus kann nur in resonanzfreien Räumen entstehen. Das beste Mittel dagegen sind erweiterte Aufführungen der Demokratie.

Ja, es stimmt: Auch die AfD fordert Volksabstimmungen. Aber nicht weil sie Demokratie befördern will, sondern weil sie an ein Volk mit einem einheitlichen, eintönigen »Volkswillen« glaubt. Doch das Schöne an direkter Demokratie ist, dass dieses Instrument den Rechtspopulisten selbst Flötentöne beibringen kann, wie man in der Schweiz des Öfteren sehen kann. Es wird der AfD faktisch nicht möglich sein, Volksbegehren durchzusetzen, die Grundrechte von Minderheiten außer Kraft setzen.

Wir brauchen Demokratie wie die Luft zum Atmen, sagte einst Gorbatschow. Man könnte ergänzen: wie die Luft zum Erheben unserer Stimmen. Denn Selbstregieren bedeutet im Kern: beständig mit allen zu reden, immer auf der Suche nach Gemeinsamkeit und Verständigung. Das beginnt am familiären Küchentisch und endet in der UNO.

Natürlich ist nicht jede Aufführung der neuen demokratischen Formen immer gleich gelungen. Wie bei Musikdarbietungen müssen die Beteiligten vorher üben, ihre Instrumente pflegen, Stimmbildung betreiben. Sie müssen die Chance erhalten, den demokratischen Klangkörper selbst zu erzeugen, sie müssen ganz genau aufeinander hören und sich einspielen.

Und weil das so ist, wünschen wir uns im Wunschkonzert der Demokratie als Wichtigstes die Einführung des Volksentscheides auf Bundesebene. Der Souverän in Deutschland muss frei nach Hannah Arendt endlich das Recht haben, Rechte zu haben – so wie in vielen anderen europäischen Ländern. Er muss sich selbst als frei und gleich und kreativ erleben und seine vielen unterschiedlichen Stimmen direkt erheben können. Nach den Bundestagswahlen im September 2017 wird sich der Verein Mehr Demokratie in einer Kampagne dafür starkmachen, dass im Koalitionsvertrag der neuen Regierungskoalition – wie auch immer sie aussieht – die Einführung von bundesweiten Volksentscheiden verankert wird. Dazu gehört auch das »fakultative Referendum«, also das

»Volksveto« gegen bereits beschlossene Gesetze. Auch auf Landesebene muss direkte Demokratie leichter anwendbar werden.

Ja, und selbst wenn das verwirklicht ist, wird nicht jedes Konzert den Beifall aller finden. Immer wieder wird es auch Misstöne und Dissonanzen geben. Sie gehören dazu. Demokratie ist per se die Unvollendete, sie wird nie zu Ende kommen, weil sie nur als Prozess denkbar ist. Sinnbildlich gesprochen, wird im demokratischen Prozess »Die Unvollendete« von Schubert am häufigsten aufgeführt.

Es gibt einen Musikerwitz über diese Symphonie, und der geht leicht abgeändert folgendermaßen: »Der Präsident hat Konzertkarten für Schuberts Unvollendete geschenkt bekommen. Weil er verhindert ist, gibt er die Karten an seinen Ressortchef von der Abteilung Politische Grundsatzfragen der marktkonformen Demokratie weiter. Am nächsten Tag fragt der Präsident seinen Ressortchef, ob ihm das Konzert gefallen habe. Doch der antwortet nicht. Und übergibt ihm stattdessen ein Memorandum, in dem es heißt:

1. Für einen beträchtlichen Zeitraum hatten die vier Oboespieler nichts zu tun. Ihr Part sollte deshalb reduziert werden. Dadurch würden auf jeden Fall gewisse Arbeitszusammenballungen eliminiert.

2. Alle zwölf Geiger spielten die gleichen Noten. Das ist unnötige Doppelarbeit. Die Mitgliederzahl dieser Gruppe sollte drastisch gekürzt werden. Falls wirklich ein großes Klangvolumen erforderlich ist, lässt sich dieses durch den Einsatz elektronischer Verstärker erzielen.

3. Erhebliche Arbeitskraft kostete auch das Spielen von Zweiunddreißigstel-Noten. Das ist eine unnötige Verfeinerung. Es wird deshalb empfohlen, alle Noten auf- bzw. abzurunden. Würde man diesem Vorschlag folgen, wäre es möglich, auch Volontäre und weniger qualifizierte Hilfskräfte einzusetzen.

4. Unnütz ist schließlich, dass die Hörner genau jene Passagen wiederholen, die bereits von den Saiteninstrumenten gespielt wurden.

5. Würden alle in diesem Sinne überflüssigen Passagen gestrichen, könnte das Konzert von 25 Minuten auf etwa 4 Minuten verkürzt werden. Hätte Schubert sich an diese Erkenntnis gehalten, wäre er wahrscheinlich in der Lage gewesen, seine Symphonie zu vollenden.«

Aber wie würde sich dieses Stück anhören? Hocheffizient. Eintönig. Schrecklich. Warum nicht gleich das Orchester auf ein einziges Instrument und einen einzigen Ton reduzieren? Das wäre dann nicht mehr Schubert, sondern Erdogan.

Wie schön klingt hingegen die Unvollendete. Oder unvollendet bleiben Müssende. Und ihre fortlaufende Weiterentwicklung durch uns alle.

Wir hoffen auf eine vielstimmige Resonanz unseres Wunschkonzertes und dieses Büchleins.

## Was will Mehr Demokratie e. V.?

Es geht auf das Ende dieses Buches zu. Sie haben gelesen von der Krise der Demokratie und wie sie unterhöhlt wird. Gelesen haben Sie auch davon, wie kreativ und mit welchen Ideen sich unser Selbstbestimmungsrecht einlösen ließe. Und nun, was folgt daraus? Schlagen Sie das Buch einfach zu? Schreiben Sie es mit uns doch einfach weiter!

Mehr Demokratie e. V. ist die größte Nichtregierungsorganisation für direkte Demokratie weltweit. Wir treten dafür ein, dass Bürger das Recht haben und faire Bedingungen vorfinden, wichtige Fragen selbst zu entscheiden, wenn sie das wollen – in Gemeinden, in den Bundesländern, auf Bundesebene und in der EU. Neben der direkten Demokratie haben wir uns auch das Wahlrecht auf die Fahnen geschrieben, damit die Bürgerinnen und Bürger mehr Einfluss haben bei der Wahl ihrer politischen Vertretungen. Und schließlich geht es uns um Transparenz und Informationsfreiheit.

Mehr Demokratie hat bisher 35 Volksbegehren und Volksinitiativen selbst initiiert, insgesamt rund fünf Millionen Unterschriften bei Aktionen, Volksinitiativen und Verfassungsbeschwerden gesammelt. So haben wir für mehr als 20 Reformen in den Bundesländern gesorgt und bessere Mitbestimmungsrechte erkämpft. Gemeinsam mit Campact und foodwatch haben wir die größte Verfassungsbeschwerde der deutschen Geschichte gegen CETA initiiert.

Regelmäßig veröffentlicht Mehr Demokratie e. V. Berichte und Rankings zur direkten Demokratie, zum Wahlrecht und zu Transparenzregeln. Für die Mitglieder gibt es eine eigene Zeitschrift, das md-magazin.

**10.000 Mitglieder fördern die Arbeit von Mehr Demokratie und fordern gemeinsam, die Demokratie zu vervollständigen. Das sind viele. Gemessen an unseren Aufgaben aber sind es viel zu wenige. Schließen Sie sich uns an, werden Sie Mitglied, spenden Sie, bestellen Sie unseren kostenlosen Newsletter. Wir halten Sie auf dem Laufenden, informieren über Aktionen – und unsere gemeinsamen Erfolge.**

Hier finden Sie uns: www.mehr-demokratie.de

Wenn wir aufhören, die Demokratie zu entwickeln, fängt die Demokratie an aufzuhören.

## Über die Autorin



Ute Scheub ist promovierte Politikwissenschaftlerin, freie Journalistin und Buchautorin. Zuletzt erschien von ihr »Die Humusrevolution« im oekom verlag.

Sie unterstützt voller Überzeugung die Ziele des Vereins Mehr Demokratie. Mehr über sie auf www.utescheub.de

# Anmerkungen

1 www.oxfam.de/ueber-uns/aktuelles/2017-01-16-8-maenner-besitzen-so-viel-aermere-haelfte-welt-bevoelkerung

2 Dietmar Palan, Klaus Werle: Wenn 147 Konzerne die Wirtschaft kontrollieren. Züricher Tagesanzeiger, 23.10.2011

3 Rebecca Barlinger: Unsere Stimme – ein Phänomen und seine Erforschung«. 3Sat, 13.8.2013

4 Rangar Yogeshwar: Die Macht der Stimme. Quarks & Co., Sendung vom 3.12.2013

5 Yogeshwar, a. a. O.

6 Manfred Spitzer: Cyberkrank. Wie das digitale Leben unsere Gesundheit ruiniert. München 2015, S. 138 ff.

7 Hannes Schwenger: Alle oder keiner. Tagesspiegel, 29.3.2017

8 Hartmut Rosa: Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung. Berlin 2016, S. 73, 366 ff.

9 Richard Sennett: Zusammenarbeit. Berlin 2012, S. 30

10 Friedrich Cramer: Symphonie des Lebendigen. Frankfurt am Main 1996

11 Fred Cummins, University of Dublin: Joint Speech, dialogical sense-making and logos. http://pworldrworld.com/fred/?page_id=258 Dank an Alexandra Grieser für diesen Hinweis!

12 Vgl. Andreas Weber: Alles fühlt. Klein Jasedow 2014. Und Frans de Waal: Der Mensch, der Bonobo und die Zehn Gebote. Stuttgart 2015

13 Vgl. Elisabeth Wehling: Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht. Köln 2016

14 Elias Canetti: Masse und Macht. Frankfurt am Main 2001

15 Rosa: a. a. O., S. 370

16 Kyle M. Jasmin et al.: Cohesion and Joint Speech. Journal of Neuroscience, 27.4.2016. Dank an Alexandra Grieser für den Hinweis!

17 Roger Willemsen: Das Hohe Haus. München 2014; Die Kanzlerin chloroformiert das Land, Interview mit Roger Willemsen, Tagesspiegel, 2.3.2014

18 Marco Bülow: Macht und Ohnmacht der Volksvertreter, www.youtube.com/watch?v=y5FiOrJClts

19 Markus Balser, Uwe Ritzer: Durch die Hintertür. Süddeutsche, 29.2.2016

20 www.heise.de/tp/features/Das-reichste-Prozent-in-Deutschland-besitzt-ein-Drittel-des-Gesamtvermoegens-3375228.html

21 David Van Reybrouck: Gegen Wahlen. Warum Abstimmen nicht demokratisch ist. Göttingen 2016, S. 46, 61

22 www.welt.de/wirtschaft/article152865867/Diesen-Berufen-misstrauen-Deutsche-am-meisten.html

23 Karl Jaspers: Wohin treibt die Bundesrepublik? 1966, S. 130 ff.

24 Deutschlandradio Kultur vom 21.3.2017

25 Johannes Thumfart: Warum Populismus nicht die Ursache ist. Spiegel Online, 4.3.2017

26 Dagmar Schediwy: Die Wiederkehr des Autoritären. taz, 17.3.2017

27 Wilhelm Heitmeyer: Das Destruktive in der Normalität. Der Freitag, 13.10.2016

28 Carolin Ehmcke: Gegen den Hass. Frankfurt am Main, 2017, S. 47

29 Yvonne Hofstedter: Das Ende der Demokratie. München 2016, S. 63, 70, 349, 353

30 Der Aktivist. Interview mit Raúl Krauthausen. taz, 18.3.2017

31 Britta Stuff: Die Heimsuchung. Spiegel, 29.10.2016

32 Martin Riesebrodt, Die Rückkehr der Religionen, Fundamentalismus und der »Kampf der Kulturen«, München 2000, S. 13; ders., Rückkehr zur vermeintlich heilen Welt. Tagesspiegel, 7.5.2002

33 Martin Helg: Wie er wurde, was er ist. NZZ am Sonntag, 5.8.2016

34 Doch kein Ende der Geschichte, Interview mit Oliver Nachtwey. Deutschlandradio Kultur, 10.4.2017

35 Theodor W. Adorno u. a.: Der autoritäre Charakter. Studien über Autorität und Vorurteil. Frankfurt am Main 1968

36 https://de.wikipedia.org/wiki/World_Values_Survey

37 Malte Lehming: Rechtspopulismus: Es geht um Werte! Tagesspiegel, 12.3.2017

38 Mehr über diese von Christian Felber initiierte weltweite Bewegung unter www.ecogood.org

39 Stefan Klein: Wie kommt das Gute in die Welt? Zeit, 22.12.09

40 Bruno Frey, Claudia Frey Marti: Glück – die Sicht der Ökonomie. Zürich 2010, S. 79 ff.

41 Benjamin Radcliff, Michael Krassa: People Are Happier in States That Allow Ballot Initiatives, The Conversation, 14.2.2016

42 Vgl. Frédéric Laloux: Reinventing Organizations. München 2015; Martin Meissonier: Mein wunderbarer Arbeitsplatz. Dokumentarfilm, Arte 24.2.2016

43 Reybrouck: a. a. O., S. 112

44 https://de.wikipedia.org/wiki/Demokratie

45 Reybrouck: a. a. O., S. 83

46 Reybrouck: a. a. O., S. 83 f.

47 Fabian Scheidler: Die Megamaschine. Wien 2015, S. 154 f.

48 Montesquieu: Vom Geist der Gesetze. Stuttgart 1965, S. 106

49 Reybrouck: a. a. O., S. 97

50 Verein für Bündner Kulturforschung (Hrsg.): Demokratie im frühneuzeitlichen Graubünden. Gesellschaftsordnung und politische Sprache in einem alpinen Staatswesen, 1470–1620. Zürich 2001

51 Claude Longchamp: Prädispositionen und Kampagnen bei Schweizer Volksabstimmungen. In: Theo Schiller und Volker Mittendorf (Hg.): Direkte Demokratie. For-

schung und Perspektiven. Wiesbaden 2002, S. 302

52 Claudia Blumer: Die Landsgemeinden müssen sich reformieren. Tagesanzeiger, 11.4.2015

53 Frey: a. a. O., S. 89

54 Olaf Storbeck: Direkte Demokratie hält den Staat schlank. Zeit-Online, 28.12.2011

55 Mehr Demokratie (Hrsg.): Politik braucht Beteiligung! Repräsentative und direkte Demokratie auf Bundesebene. Berlin 2016, S. 20

56 Wolfgang Merkel: Nur schöner Schein? Demokratische Innovationen in Theorie und Praxis. Arbeitsheft der Otto-Brenner-Stiftung, Frankfurt am Main 2015, S. 29

57 »Wahlen sind nicht demokratisch«, Interview mit David Van Reybrouck. Spiegel 31/2016

58 Mehr Demokratie (Hrg.): Volksbegehrensbericht 2017. Berlin 2017

59 Rede von Günther Beckstein anlässlich 10 Jahre Bürgerentscheid am 5.10.2005 in München

60 Mehr Demokratie: Presse-Information Bürgerbegehrensbericht 2016, 16.6.2016

61 Stephan Heller: Verhindern und ermöglichen. Die Kraft der direkten Demokratie. München 2013, S. 312 ff.

62 Reybrouck: a. a. O., S. 117

63 http://cdd.stanford.edu

64 Dokumentiert unter anderem im Film »Tomorrow – die Welt ist voller Lösungen«, Paris 2015

65 Maximilian Steinbeis: Das Verfassungsreferendum in Island, Deutschlandfunk 21.10.2012

66 Bastian Berbner, Tanja Stelzer, Wolfgang Uchatius: Rechtspopulismus: Zur Wahl steht: die Demokratie. Zeit, 19.1.2017

67 Merkel: a. a. O., S. 18, 52 ff.

68 Jascha Rohr: In unserer Macht – Aufbruch in die kollaborative Demokratie. Klein Jasedow 2013, S. 63

69 https://www.unendlich-viel-energie.de/themen/akzeptanz-erneuerbarer/akzeptanz-umfrage/deutsche-wollen-schnellen-ausbau-der-erneuerbaren

70 www.mitarbeit.de/klopfer_interview_forum_2015.html

71 Hermann E. Ott, Matthias Zimmer: Einheitsbrei und Lebensqualität. www.postwachstum.de, 12.12.2016

72 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hrsg.): Den ökologischen Wandel gestalten. Integriertes Umweltprogramm 2030. Berlin 2016

73 Patrizia Nanz, Claus Leggewie: Die Konsultative. Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung. Berlin 2016, S. 36

74 Thomas Ködelpeter: Bürgerrat Asyl- und Flüchtlingswesen in Vorarlberg. Ökologische Akademie e. V.

75 Kurzvideo über den Bürgerrat Asyl: https://vimeo.com/135456855

76 Landesweiter Bürgerrat: Asyl- und Flüchtlingswesen in Vorarlberg, auf: www.vorarlberg.at

77 Büro für Zukunftsfragen (Hrsg.):

Bürgerräte in Vorarlberg – eine Zwischenbilanz. Bregenz 2014

78 Nanz, Leggewie: a. a. O., S. 9, 56, 80 f., 85

79 www.planungszelle.de

80 www.BuergerInnenGutachten Partei.de

81 www.weyarn.de/aktiv.htm

82 http://kommunalwiki.boell.de/index.php/B%C3%BCrgerbeteiligung_in_der_Kommune_%E2%80%93_ein_Zwischenstand

83 www.murgimwandel.de; Steve Przybilla: Murg macht mobil, Spiegel Online, 29.3.2017

84 http://www.leipzig.de/buerger service-und-verwaltung/buerger beteiligung-und-einflussnahme/leipzig-weiter-denken/beteiligen/leipzig-2030/

85 http://bblog.de/category/methoden/; www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/kommunale-beteiligungspolitik-gestalten/kommunale-handlungsfelder-partizipativ-gestalten/

86 http://futureforall.dfki.de/debate

87 Hermann K. Heußner, Arne Pautsch: Die Kommunalisierung des Kommunalwahlrechts. Ein Weg zur Durchsetzung wahlbeteiligungssteigernder Wahlrechtsreformen. DVBI 20/2016, S. 1308 ff.

88 http://www.listaunica.eu/de/lista-unica

89 Lisa Maria Gasser: Grödner Demokratie-Baustelle, www.salto.bz, 19.8.2015

90 Christian Felber: Prädemokratie und der impotente Souverän, Standard, 17.9.2013

91 www.verfassung-vom-volk.org, www.deutschland-neu-starten.de

92 www.mehr-demokratie.de/volksabstimmung.html

93 Rohr: a. a. O., S. 7, 65 ff., S. 75

94 Van Reybrouck: a. a. O., S. 136 ff.

95 Nanz/Leggewie: a. a. O., S. 86 f.

96 Nanz/Leggewie: a. a. O., S. 87 f.

97 Ulrike Guérot: Warum Europa eine Republik werden muss! Eine politische Utopie. Berlin 2016, S. 33

98 Guérot: a. a. O., S. 105

99 Guérot: a. a. O., S. 82, 14, 117, 83

100 Guérot: a. a. O., S. 150, 135

101 Campact (Hrg.): Handel neu denken – Forderungen für eine progressive EU-Handelspolitik. Verden 2017

102 Priya Basil: Warum wir einen Aktionsplan für einen europäischen Demos der Bürger brauchen, taz, 14.1.2017

103 http://de.unpacampaign.org

Ein Buch von

## MEHR DEMOKRATIE E.V.

Die Demokratie ist durch Vertrauensverlust bedroht. Rechtspopulistische Bewegungen nutzen das geschickt aus. Ist das das Ende dieser jahrhundertealten Idee? Ganz und gar nicht! »Demokratie. Die Unvollendete« zeigt, dass sie dem menschlichen Grundbedürfnis nach Resonanz entspringt. Vielen Bürgerinnen und Einwohnern genügt es nicht mehr, alle paar Jahre ihre Stimme in einer Wahlurne zu versenken. Es mangelt ihnen an Möglichkeiten zum Mitreden und Selbstregieren.

Um die tiefgehende Resonanzstörung zwischen Regierenden und Regierten zu beseitigen, brauchen wir Volksabstimmungen, ausgeloste Bürgerräte, Bürgergutachten, kurz: eine Vorwärtsverteidigung der Demokratie durch neue partizipative Formen. Das Buch präsentiert existierende Beispiele und kreative Denkmodelle. Ganz nach dem Motto von ***Mehr Demokratie***: Wenn wir aufhören, die Demokratie weiterzuentwickeln, fängt die Demokratie an, aufzuhören.